VIELFALT. DAS BESTE GEGEN EINFALT.

Herausgeber: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche / Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt am Main / www.interkulturellewoche.de / Design: European School of Design

INHALT

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

3 **Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2016**

VIELFALT. DAS BESTE GEGEN EINFALT.

Themen und Perspektiven der Vielfaltsgesellschaft

5 **Einleitungsartikel: Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt.**

Flüchtlinge

7 **Migrationspolitik und Flüchtlingsintegration – eine sozialethische Perspektive**
Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

9 **Deutschland und Europa – eine Wertegemeinschaft?**
Prof. Dr. Wolf-Dieter Just

12 **Refugees welcome – Deutschland ist viel größer als das Gejammere der ewig Besorgten und Überforderten**
Ekrem Şenol

13 **Eine Jeremiade**
Dr. Werner Höbsch

14 **Fachkräfte von übermorgen**
Detlef Scheele

15 **Freiwillig Engagierte und Hauptamtliche ergänzen sich**
Rainer Hub

17 **Ängste und Vorbehalte in der Nachbarschaft von Unterkünften**
Wolfgang Busse

18 **Wohnen – Wohnungslos in Deutschland: Zwischen Flüchtlingsunterkunft und sozialem Wohnungsbau**
Daniel Bigalke

Einwanderungsgesellschaft gestalten – Rassismus bekämpfen

20 **Integration 2.0 – Die »Flüchtlingskrise« verdeutlicht, dass Deutschland mental noch kein Einwanderungsland ist**
Dr. Jens Schneider

22 **Einwanderungsgesellschaft – erfolgreiche gemeinsame Zukunft**
Für eine offene und freiheitliche Gesellschaft!
Positionspapier des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

24 **Eine Einwanderungsverfassung für die Einwanderungsgesellschaft**
Farhad Dilmaghani und Dr. Johannes Eichenhofer

26 **Rassismus im deutschen Bildungssystem – menschenrechtliche Betrachtungen.**
Daniel Gyamerah

28 **Für solidarische Bildung in der globalen Migrationsgesellschaft**
Ein Aufruf aus Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialer Arbeit

30 **Sozialer Dienst in Europa: Migration findet statt**
Interview mit Johannes Flothow

32 **Abqualifizierung entgegentreten – Anerkennungskultur stärken!**
Projektteam »Anerkannt«

34 **Im rechtsextremen Untergrund braut sich etwas zusammen**
Uwe-Karsten Heye

35 **Früher war alles besser?**
Iman El Lebeidy, Carina Großer-Kaya, Özcan Karadeniz

36 **Türen öffnen! Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!**
Onna Buchholt

38 **Kosovo – Die Mär vom sicheren Herkunftsland**
Stephan Müller

ZUM WELTTAG DER MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE 2016

40 **Migranten und Flüchtlinge sind eine Herausforderung. Antwort gibt das Evangelium der Barmherzigkeit**
Botschaft von Papst Franziskus

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

42 **Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt.**
Predigtanregung von OKR Thorsten Leißer

43 **Vom »Willkommen« zur Integration**
Wort der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD) zur Ankunft der Flüchtlinge in unserem Land

44 **Vorschlag für eine Andacht im Rahmen der Interkulturellen Woche 2016**
Pfarrerin Cordula Haase

46 **So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Hausgenossen Gottes**
Predigt zu Epheser 2, 19 von Ali Reza Sadeghi

48 **Liturgische Bausteine**

ANREGUNGEN

49 **Neutral bleiben – Keine Option für Christen bei der Nutzung kirchlicher Räume**
Offener Brief

50 **Katholischer Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus**
Deutsche Bischofskonferenz

52 **Vergesst die Gastfreundschaft nicht – die Gemeinschaft Sant'Egidio und ihre Erfahrungen mit Geflüchteten**
Angelika Wagner

54 **JUMA – Jung, Muslimisch, Aktiv**
Lydia Nofal

55 **Bundesweit stark für die Zivilgesellschaft**
Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Gewalt und Extremismus

58 **»Gundelfingen steckt voller Talente, die eingebracht werden wollen«**
Interview mit Roswitha Strauß-Platzer

59 **Gekommen um zu bleiben – spanische Azubis in Hannover**
Iris Ehlert

61 **Smartphone-Rallye**
Claudia Carla

62 **Was uns Mut macht: Deutschland in zehn Jahren – Chancen und Herausforderungen**
»World-Café« im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2016

65 **AKTIONEN UND MATERIALIEN**

67 **WAS • WANN • WO?**
Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE 2016

Begegnung – Teilhabe – Integration

VIELFALT. DAS BESTE GEGEN EINFALT.

»Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt.« – So lautet das Motto der Interkulturellen Woche 2016. Für manche mag es naiv oder provokant klingen angesichts der komplexen Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft in Deutschland steht. Tatsächlich erleben wir eine Zeit der Umbrüche und Veränderungen, wie wir sie seit der Wiedervereinigung nicht gesehen haben: Fünf Jahre Bürgerkrieg in Syrien zwingen immer mehr Menschen zur Flucht. Vergeblich haben wir bislang gehofft, dass dieser Krieg bald ein Ende finden werde und Menschen sich nicht länger auf die gefährlichen Fluchtwege machen müssen. Auch von anderen Orten der Welt brechen Menschen auf und hoffen auf Schutz und Chancen in Europa. Dies wirft viele Fragen auf: Wie geht es weiter mit den Flüchtlingen? Wie gelingt die Integration von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen, Sprachen und Religionen? Wie können die Werte von Freiheit, Sicherheit und Recht in Europa bewahrt werden? Was ist unsere Verantwortung als Christen?

»Mein Vater war ein heimatloser Aramäer« (Dtn 26,5). So beginnt im fünften Buch Mose das Bekenntnis, das das Volk Israel nach der Befreiung aus Sklaverei und Unterdrückung und nach der ersten Ernte im Gelobten Land sprechen soll. Aktueller geht es kaum. Wir stehen als Christen in der Nachfolge dieser heimatlosen Aramäer aus dem Gebiet des heutigen Syrien, des Irak und der anderen Länder im Mittleren Osten. Das Christentum ist eine Religion, die auch aus den Flüchtlingserfahrungen des Alten Testaments gewachsen ist. Im Buch Levitikus wird die Konsequenz formuliert: »Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr euer Gott« (Lev 19,33 f.) In der Sprache des Neuen Testaments gesprochen: Das Gebot, den Fremden zu lieben, ist für Christen die Erfüllung der Gottes- und Nächstenliebe. Der Flüchtling ist unser Nächster. Fremdenhass ist mit der christlichen Botschaft unvereinbar.

Der Herausforderung durch die Not der Flüchtlinge können und dürfen wir nicht ausweichen. Es nützt nichts, ja es ist gefährlich und lähmt unser Vermögen, konkret auf die Herausforderungen zu antworten, wenn wir uns von Sorgen, Ängsten und Bedenken gefangen nehmen lassen. Auf die Probleme der globalisierten Welt können wir nicht mit Abschottung reagieren: Obergrenzen, Stacheldraht und Zäune führen nur dazu, dass die Schutzsuchenden auf neuen, meist gefährlicheren Routen fliehen. Stattdessen ist Mut zur Menschlichkeit und zu unseren Werten gefragt. Dem Recht auf Asyl, das im Grundgesetz niedergelegt ist, und den Verpflichtungen, die sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention ergeben, wird unser Land nur gerecht, wenn jeder, der bei uns Zuflucht sucht, Zugang zu einem individuellen, fairen und unvoreingenommenen Verfahren hat – unabhängig davon, wie viele Menschen gerade schutzbedürftig sind und unabhängig davon, aus welchem Herkunftsland ein Schutzsuchender stammt. Es gibt in der gegenwärtigen Situation keine einfachen und schnellen Lösungen.

Mit großer Sorge sehen wir, dass Populisten in Deutschland und anderswo in Europa wachsenden Zuspruch finden. Doch der Rückzug in nationales Denken ist fatal, die versprochene Sicherheit ein Trugschluss. Längst leben wir in einer vielfältigen Gesellschaft, die geprägt ist von Jahrzehnten der Zu- und Abwanderung. Dieser bunten Gegenwart gehört auch die Zukunft – trotz aller Probleme, die damit verbunden sind. Mit Angst und Abgrenzung ist kein Staat zu machen. Eine solche Politik vertrüge sich nicht mit der offenen Gesellschaft, an deren Aufbau gerade auch Christen beteiligt waren und sind. Und sie vertrüge sich nicht mit einem Europa der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, einem Europa, in dem die Menschenrechte das höchste Gut sind. Europa ist nicht nur als Wirtschaftsunion eine einzigartige Erfolgsgeschichte, sondern auch als Werteunion unersetzlich. Gerade in diesen Tagen gilt es, diese europäische Idee zu verteidigen.

Wir sind erschrocken über die zunehmende Verrohung der Sprache und die Radikalisierung des Denkens in manchen Teilen der Gesellschaft. Ressentiments und Aggressivität bis hin zu öffentlichen Gewaltfantasien werden spürbar mehr. Wie gefährlich diese Entwicklung ist, zeigt nicht nur die deutsche Geschichte, sondern auch die Gegenwart: Die steigende Zahl von Anschlägen auf Moscheen, die unzähligen antisemitischen Angriffe, die anhaltende Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte müssen uns alle entsetzen. Mitunter schlägt den Geflüchteten offener Hass entgegen, es kommt zu Pöbeleien oder gar körperlichen Angriffen.

So groß die Herausforderungen sind, vor denen wir stehen: Wir dürfen nicht die Getriebenen unserer Ängste werden, sondern müssen die Herausforderungen angehen. Daher rufen wir auf zur Solidarität mit den Geflüchteten, die angesichts von Gewalt und Perspektivlosigkeit zu uns gekommen sind: Begegnen wir ihnen mit Offenheit – im Geiste der Nächstenliebe!

Die Integration der Flüchtlinge – auch derjenigen, die nur für eine begrenzte Zeit in Deutschland bleiben können – ist der Schlüssel für ein gutes Miteinander in unserem Land. Besonders in den Bereichen Wohnen, Spracherwerb, Kindergärten und Schulen hat der Staat hier eine herausragende Aufgabe. Aber auch die Gesellschaft und nicht zuletzt die Kirchen sind gefordert. Mit Dankbarkeit erfüllt uns das große Engagement und die ungebrochene Bereitschaft von hunderttausenden Menschen in Deutschland, die weiter zuversichtlich anpacken und Menschen in Not helfen. Das Maß an Solidarität und Unterstützung, das Flüchtlinge in Kirchen und anderswo in unserer Gesellschaft erfahren, ist beeindruckend. Viele Helferinnen und Helfer beraten schutzsuchende Familien, sie begleiten Flüchtlinge bei Behördengängen und der Wohnungssuche oder stellen selbst Unterkünfte zur Verfügung.

Wer mit Helferinnen und Helfern spricht, hört nicht nur von Schwierigkeiten, sondern auch von viel Neuem, das entsteht, von Chancen und Freundschaften. Die unzähligen Momente der Begegnung mit den Fremden halten für die Helfenden wertvolle Erfahrungen bereit: Flüchtlinge werden als Menschen mit individuellen Geschichten erlebt; mit ihnen kommen neue Erfahrungen, Hoffnungen und Ideen zu uns. Wir sind überzeugt: Je mehr sich die Menschen begegnen, umso weniger bleibt Platz für Vorurteile, Hass und Ablehnung.

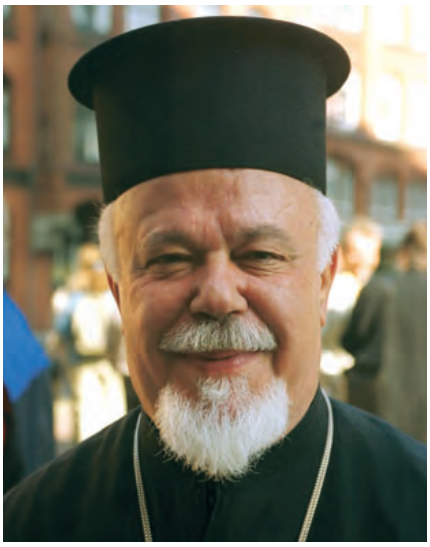
Die Hilfsbereitschaft der Vielen macht Mut für die vor uns liegenden Aufgaben und zeigt: Deutschland ist eine starke und menschliche Gesellschaft. Wir vertrauen darauf, dass durch dieses Engagement die neue Vielfalt in unserem Land nicht nur als Gegebenheit, sondern auch als Chance wahrgenommen wird.

Die Interkulturelle Woche ist mit ihren 5.000 Veranstaltungen an mehr als 500 Orten in ganz Deutschland breit verankert. Lassen Sie uns die in über 40 Jahren gewachsenen Erfahrungen nutzen! Denn wo Angst und Hass sich ausbreiten wollen, kann Begegnung helfen, Vorurteile abzubauen. Wir treffen Menschen mit ähnlichen Hoffnungen und Sorgen und der Sehnsucht nach einem Leben in Frieden.

So wünschen wir allen Mitwirkenden an Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche, dass sie in diesem Jahr die Vielfalt Deutschlands zeigen. Zusammen stehen wir ein gegen Gewalt und Rassismus. Vielfalt ist der Raum, in dem wir gemeinsam unser Christsein leben und die Zukunft in Deutschland und Europa gestalten wollen: zum Wohle alle Menschen, die hier leben.

Reinhard Kardinal Marx
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland



Metropolit Dr. h.c. Augoustinos von Deutschland
Vorsitzender der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland

von links nach rechts:
© Erzbischöfliches Ordinariat München
© epd, mck
© KNA-Bild

VIELFALT. DAS BESTE GEGEN EINFALT.

Das ist ein starkes Motto für das Jahr 2016. Es zeigt: Die Zivilgesellschaft ist stark und selbstbewusst – die Vielfalt wird sich durchsetzen gegen die Einfalt.

Es ist ein Motto, das bewusst die Millionen Menschen stärkt, die sich für ein Zusammenleben in Vielfalt auf der Basis von Grund- und Menschenrechten einsetzen.

Das Motto ist eine Abgrenzung gegenüber denjenigen, die einfache Lösungen propagieren. In einer komplexen und vielschichtigen Welt gibt es keine einfachen Lösungen – nicht bei der Frage des Umgangs mit Krieg und Vertreibung, Terrorismus, Kriminalität oder deren Folgen. Die Zivilgesellschaft in Deutschland hat sich der Herausforderung gestellt hinzusehen: wahrzunehmen, welche Auswirkungen Krieg und Vertreibung auf das Leben von Menschen haben; nachzuvollziehen, warum Menschen das Risiko der Flucht auf sich nehmen; verstehen zu lernen, dass das eigene Leben sich im Zuge der Globalisierung verändern wird. Die Vielfaltsgesellschaft ist an den Herausforderungen gewachsen und aktiv geworden. Es gibt ein gutes Zusammenleben der Mehrheit, die gemeinsam für die Aufnahme und Integration der Neuankommenden eintritt. Natürlich lösen die jüngsten Veränderungen auch Verunsicherungen aus. Das ist aber nicht zu verwechseln mit der Verbitterung über die eigene Lebenssituation, die destruktiv und rückwärtsgewandt ist und Menschen zu einer aggressiven und wütenden Abwehrhaltung gegenüber anderen bringt.

Die Grundlage und Richtschnur unserer Gesellschaft sind die unveräußerlichen Menschen- und Grundrechte, die über Jahrhunderte erkämpft wurden und immer wieder aufs Neue verteidigt werden müssen. Wenn Verbrechen geschehen, müssen sie geahndet werden. Es gibt keinen Rabatt bei zivilisatorischen Mindeststandards. Aber es hilft auch niemandem, immer wieder aufs Neue Debatten loszutreten, die selbst zu einer Gefährdung der Grundrechte führen. Diese können nicht mit Aktionismus verteidigt werden, der bei jedem Verbrechen nach schärferen und ausgrenzenden Gesetzen ruft.

Die Menschenrechte sind unveräußerlich, wir lassen uns das Recht, in Freiheit und in Menschenwürde zu leben, nicht nehmen. Das bedeutet konkret, so furchtbar es klingen mag: Es gibt keinen absoluten Schutz. Es besteht die Gefahr, dass sich beispielsweise Terroristen unter hier ankommende oder bereits länger lebende Menschen mischen und unter diesem Deckmantel Terrorakte begehen. Begibt man sich aber in die Logik der Täter, erreichen sie ihr Ziel, Flucht und Flüchtlinge zu diskreditieren und die Spaltung der Gesellschaften voranzutreiben.

Die ganze Welt und damit auch Europa und Deutschland stehen 2016 vor großen Herausforderungen. Gelingt es, Krieg und Vertreibung einzudämmen? Kann der Krieg in Syrien durch Verhandlungen begrenzt werden? Es ist aller Mühe wert, der Logik der Waffen die Logik der Vernunft entgegenzusetzen. Das Europa der Menschenrechte kann jedoch nicht nur Reden zum Jubiläumstag der Menschenrechte halten und dann, wenn es auf ihre Umsetzung ankommt, sie zur Disposition stellen. Die Zurückweisung von Flüchtlingen an Europas oder Deutschlands Grenzen ist kein Beitrag zum Schutz der Menschenrechte. Europa insgesamt steht in einer großen Verantwortung und es muss zeigen: Ist es eine Wertege-

Das Motiv »**Gesicht: Vielfalt**« ist als Plakat im Format DIN A3, DIN A2, und DIN A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2016 erhältlich. Gestaltung: european school of design, Frankfurt/M.

Das Bestellformular finden Sie auf:
www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:
info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax:
Fax: 069 / 24 23 14-71

meinschaft oder geht es allein um eine Wirtschaftsunion? Auch letztere wird in einer globalisierten Welt nur gelingen, wenn Europa als Wertegemeinschaft funktioniert und als Raum der Freiheit und des Rechts erhalten bleibt. Der Rückfall in nationalistische Kleinstaaterei wird die europäische Idee zerstören und zu enormen Verwerfungen auch ökonomischer Art führen.

Deutschland kommt eine wichtige Rolle in der Europäischen Union zu, sowohl aufgrund seiner Wirtschaftskraft als auch der Bevölkerungszahl.

Deutschland war das Land, das eine führende Rolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen im Jahre 2015 eingenommen hat. Diese breite Bewegung der Solidarität war in dieser Dimension überraschend und hält unvermindert an, obwohl sich der politische Wind in Deutschland gedreht hat und die mediale Aufmerksamkeit wieder fast ausschließlich auf Probleme statt auf die vielen Erfolgsgeschichten fokussiert. Die Aussage der Kanzlerin »Wir schaffen das« wurde immer wieder in Frage gestellt, ohne wirkliche Alternativen aufzuzeigen.

Es ist jedoch erfreulich, dass Unternehmen, Arbeitgeber, Gewerkschaften und viele andere die Notwendigkeit der Gestaltung von Integration erkennen. Dabei ist der Rechtsstatus der Flüchtlinge von entscheidender Bedeutung. Schnelle und faire Asylverfahren sind unverändert das Gebot der Stunde. Ein Aufenthaltsstatus ist der Schlüssel zur Integration. Je früher Integrationsangebote und -maßnahmen beginnen, desto besser. Die deutsche Sprache wird am besten im alltäglichen Umfeld von Schule, Kindergarten, Arbeitsplatz oder Nachbarschaft gelernt.

Der beste Schutz vor Angriffen besteht in der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen. Integration gelingt da, wo Flüchtlinge direkten Kontakt zu Nachbarinnen und Nachbarn haben. Der beste Schutz vor Sozialneid ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die konsequente Umsetzung des Mindestlohns für alle – unabhängig von der Herkunft.

Das friedliche Zusammenleben ist keine Selbstverständlichkeit. Die jahrelang unentdeckten Verbrechen des NSU haben uns in einen Abgrund blicken lassen. In den letzten Jahren haben sich nicht nur die sichtbaren Rechtspopulisten in AfD, Pegida und ähnlichen Zusammenschlüssen multipliziert. Auch rechtsradikale Strukturen in Deutschland und europaweit haben sich in gefährlicher Weise und jenseits der öffentlichen Wahrnehmung vernetzt. Es darf und muss nachgefragt werden, ob staatliche Institutionen sensibilisiert und gerüstet sind, auf diese Bedrohungen angemessen zu reagieren. Die hohe Zahl rassistischer Brandanschläge und anderer Gewalttaten wird immer noch nicht angemessen bewertet. Die Aufklärungsquote ist extrem gering. Dies wird zu Recht als Welle des Terrors, auf die der Staat nicht adäquat reagiert, wahrgenommen.

Die Feindseligkeit gegenüber einer pluralen Gesellschaft haben sich diejenigen auf die Fahnen geschrieben, die lärmend und zunehmend bedrohlich das Klima vergiften und den sozialen Frieden gefährden. Hand an eine Flüchtlingsunterkunft zu legen ist das Resultat aus einer Stimmung, die jeden »Anderen« als Bedrohung für das »Eigene« definiert. Ruhe und Besonnenheit muss an die Stelle der hektischen und kopflosen Debatten treten, die populistische Zuspitzungen argumentativ aufgreifen, statt sie als das zu enttarnen, was sie sind: Ein Angriff auf das friedliche Zusammenleben in Deutschland und Europa.

Das Engagement für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen verdient nach wie vor besondere Aufmerksamkeit. Wenn Muslime zu Fremden stilisiert werden, wenn ihr Glaube mit Terrorismus gleichgesetzt wird, dann werden sie bewusst ausgegrenzt und erniedrigt. Gerade für Kinder und Jugendliche kann dies, wenn es mit der Ausgrenzung aus dem Bildungssystem einhergeht und sie von gesellschaftlicher Teilhabe ausschlossen sind, auf perfide Weise zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeihung werden. Respekt und Anerkennung müssen die Grundlage jeder Bildungsbereitschaft sein.

Respekt und Anerkennung bilden die Grundlage für den Dialog der Religionen, der dort besonders sensibel gestaltet werden muss, wo Konflikte, die in Herkunftsländern unter dem Mantel der Religionen ausgetragen werden, durch Flucht und Migration räumlich an anderen Orten aufeinandertreffen. Religiöse Bildung sowie die Offenheit und Bereitschaft zum Dialog fördern das Aufeinander-Zugehen von Menschen.

Das seit über 40 Jahren wirkende Erfolgsrezept der Interkulturelle Woche gilt auch heute noch unverändert: Begegnung schafft Vertrauen und einander vertraut zu sein, ist eine gute Grundlage für ein akzeptierendes Zusammenleben und ein Miteinander auf gleicher Augenhöhe. Wir rufen dazu auf und ermutigen alle, die Herausforderung anzunehmen, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Teilhabe als Grundlage für eine friedliche, von Respekt getragene Gesellschaft zu sichern, die ihr Fundament in den Grund- und Menschenrechten hat.

■ Dieser Artikel wird vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche verantwortet.

■ Kontakt: info@interkulturellewoche.de

MIGRATIONSPOLITIK UND FLÜCHTLINGSINTEGRATION – EINE SOZIALETHISCHE PERSPEKTIVE

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

Öffentliche Diskussionen um Asyl, Einwanderung und Integration von Geflüchteten wecken Emotionen. Polemik und fahrlässige Vereinfachungen sind ebenso kontraproduktiv wie Prinzipienreiterei ohne Realitätsbezug und Folgenorientierung. Ursachen, Wirkungen und Folgen der Situation sind so komplex, dass es einfache Antworten nicht geben kann – wer meint, sie anbieten zu können, irrt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit. Entsprechende Erwartungen zu wecken, ist schon deshalb fahrlässig, weil es die Bereitschaft untergräbt, sich auf die notwendige Komplexität, auf unvermeidliche Schwierigkeiten und den absehbar langfristigen Prozess zur Erarbeitung und Umsetzung konstruktiver Lösungen einzulassen.

Nicht selten werden mit gezielter Desinformation Abwehrhaltungen bedient und Ängste geschürt – z.B. mit der unsinnigen Behauptung, zwei Drittel der Weltbevölkerung seien in Deutschland asylberechtigt. Asylberechtigt sind nur individuell (politisch) Verfolgte; für Bürgerkriegsflüchtlinge gelten eigene Regeln; für Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Armut, ökologischer Auszehrung und Perspektivlosigkeit verlassen, ist das Asylrecht nicht das Tor nach Europa. Das individuelle Asylrecht ist ein hohes, allerdings auch in Deutschland heute nur noch sehr eingeschränkt zugängliches Gut. Für dieses Recht kann es ebenso wenig eine »Obergrenze« geben wie die Achtung der Menschenwürde rechtlich und ethisch zur Disposition gestellt werden darf. Weil sie dennoch notorisch mit Füßen getreten wird, ist es so dringend, verlässliche Schutzansprüche zu sichern. Nicht das Asylrecht ist das Problem, sondern das Fehlen umfassender und fairer Einwanderungsregelungen für Menschen, die weder asylberechtigt sind, noch aus Eigeninteresse der aufnehmenden Gesellschaft willkommen geheißen werden. Den sozialen Frieden in der Gesellschaft und eine langfristig tragfähige Entwicklungsperspektive zu gewährleisten, ist ein hohes Gut, das die Regulierung von Grenzen seitens der Zielländer rechtfertigt, aber nicht eine Abschottungspolitik, die zu pauschaler Kriminalisierung der Einwanderungswilligen führt. Wenn – nach christlicher Überzeugung – die Güter der Erde für alle da sind und das gemeinsame Menschsein wichtiger ist als die Unterschiede, müssen Menschen eine faire Chance haben, sich um die Mitgliedschaft in einer Gesellschaft zu bewerben, in der sie sich aus keineswegs trivialen Gründen Lebens- und Arbeitsperspektiven erhoffen.

Das Motiv »**Schubladendenken**« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2016 erhältlich. Gestaltung: european school of design, Frankfurt/M.

Das Bestellformular finden Sie auf:
www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:
info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax:
Fax: 069 / 24 23 14-71

PERSPEKTIVENWECHSEL

Es gibt eine Tendenz, Flüchtlinge und Migranten vor allem als Eindringlinge, Bittsteller, sogar als Bedrohung wahrzunehmen. Was fremd erscheint, wird von Vielen zunächst abgewehrt. Diese Tendenz hat sich auch in Deutschland verstärkt – nicht ohne Anlässe, aber doch gefährlich einseitig und gegenüber den meisten Flüchtlingen ungerechtfertigt. Demgegenüber wäre ein Perspektivenwechsel zumindest zu versuchen:

Flüchtlinge und internationale Migrantinnen und Migranten verkörpern die reale Dynamik einer Welt, die von physischer und struktureller Gewalt, von dramatisch ungleichen Lebensbedingungen und Verletzungen elementarster Menschenrechte geprägt ist. Sie reagieren auf erfahrene Gewalt, Bedrohung des Lebens, Perspektivlosigkeit und/oder Ungleichheit, die als ungerecht wahrgenommen wird – nicht mit Fatalismus, sondern mit Initiative; sie nehmen ihr Leben in die Hand. Solche »unternehmerische Initiative« stößt auf (politische) Grenzen, die »im Prinzip« geschlossen sind. Grenzen – und der rechtlich-politische Umgang mit ihnen – sind nicht naturwüchsig, sondern historisch gemacht. Nur wo es Staatsgrenzen und Grenzpolitiken gibt, wird zwischen erlaubter und unerlaubter, regulärer und irregulärer Migration unterschieden – und werden Migranten, die ohne Erlaubnis Grenzen überschreiten und sich ohne Aufenthaltstitel in einem Land aufhalten, das nicht ihr Herkunftsland ist, kriminalisiert; sie gelten als illegal. Dennoch ist das Anliegen der meisten Einwanderungswilligen nicht per se illegitim – und die Lebensbedingungen, die solche Bewegung hervorbringen, sind nicht der »Lotterie der Natur« geschuldet, sondern zu guten Teilen selbst Resultat politischer Prozesse, Interessenkonflikte und Machtasymmetrien, an denen europäische Akteure ihren Anteil haben.

SOLIDARITÄT

Hoheit über die Grenzen gilt als Voraussetzung dafür, dass der Staat seine zentrale Aufgabe, Sicherheit im Inneren zu garantieren und nach außen zu verteidigen, wahrnehmen kann. Heute wird staatliche Souveränität aber nicht mehr als absolut angesehen, sondern mit dem Anspruch verbunden, die grundlegenden Menschenrechte zu achten und zu schützen. Eine global vernetzte Welt mit neuen Mobilitätsmustern braucht zudem komplexere Modelle rechtlicher und politischer Zugehörigkeit als ausschließlich das der Staatsbürgerschaft. In der politischen Philosophie gelten die hohen Standards der Freizügigkeit, die in der Europäischen Union in den letzten dreißig Jahren entwickelt wurden, als Muster, wie Staatlichkeit und offene Grenzen miteinander vereinbart sein können – in einer Ordnung, die Grenzen durchlässig macht und rechtlich gesicherte Zugehörigkeiten und Beteiligungsrechte auch unterhalb und oberhalb der Staatsbürgerschaft vorsieht. Inzwischen werden fast überall in Europa wieder mentale und/oder physische Grenzzäune hochgezogen; die Freizügigkeit ist gefährdet und mit ihr das politische Projekt Europa. Das Grundproblem in der gegenwärtigen Situation sind nicht die Flüchtlinge; es ist die fehlende Solidaritätsbereitschaft der Staaten in der Bewährungsprobe – der Mangel zeigt sich in Abschottung, Schließung von Grenzen, Verweigerung von Schutzrechten.

Eine gemeinsame und umfassend gemeinwohlorientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa muss darauf reagieren, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union rechtlich, politisch, sozial und ökonomisch nach wie vor gewaltige Unterschiede aufweisen – in den Schutzstandards für die Flüchtlinge und in der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinwesen. Solidarität ist gefordert zwischen den Mitgliedstaaten der Union, um die Aufnahme und Registrierung von Flüchtlingen, die Prüfung von Asylanträgen sowie die Verteilung und Integration der Bleibeberechtigten unter fairen Bedingungen für alle Beteiligten einlösen zu können. Und die Erstaufnahmeländer in den Krisenregionen des Nahen Ostens brauchen dringend Unterstützung, um die unerlässliche humanitäre Hilfe leisten zu können und den Flüchtlingen weitere gefährliche Fluchten nach Europa zu ersparen.

INTEGRATION ALS GENERATIONENAUFGABE

Die Flüchtlinge, die nach Europa gekommen sind, fordern die Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft der Gesellschaft heraus. Wie aufnahmefähig ein Staat ist, lässt sich nicht wissenschaftlich »objektiv« definieren; es hängt von vielen, nicht zuletzt »weichen« Faktoren ab, u.a. von früheren Zuwanderungserfahrungen, kulturellen und politischen Prägungen, Vertrautheit oder Unvertrautheit mit religiöser und kultureller Diversität. Soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten und Handlungsspielräume sind lokal verschieden; kurzfristige Kapazitätsgrenzen und logistische Engpässe können Grenzen markieren, die aber mittel- und langfristig überwindbar sind. Anforderungen und Potentiale der Integration der Flüchtlinge, die längerfristig in Deutschland bleiben werden, sind nicht von Anfang an und vollständig messbar. Sicher ist: Es geht um eine Generationenaufgabe, welche die ganze Gesellschaft verändert. Eine zentrale Rolle spielen das allgemeine und berufliche Bildungswesen als Schlüssel für soziale Partizipation und dauerhafte Erwerbsbeteiligung, für die Sicherstellung eines eigenständigen Lebensunterhaltes und die Eingliederung in die sozialen Sicherungssysteme. In diese Bereiche ist erheblich zu investieren, um die neu Angekommenen partizipationsfähig zu machen und – im Interesse sowohl der Geflüchteten wie der aufnehmenden Gesellschaft – die Potentiale der überwiegend jungen Zugewanderten zur Entfaltung zu bringen. Die Anstrengungen und Kosten dieses Prozesses dürfen in der öffentlichen Debatte weder unterschlagen noch überdramatisiert werden – das eine gefährdet die Glaubwürdigkeit, das andere die Akzeptanz einer vernünftigen und zielgerichteten Integrationspolitik.

Soziale und kulturelle Integration fordern nicht nur die Neuankömmlinge, die – unterstützt durch Integrationskurse und freiwilliges Engagement in der Bevölkerung – z.B. die rechtlichen und kulturellen Standards der Aufnahmegesellschaft kennen und achten lernen müssen. Auch die angestammte Bevölkerung muss in einen Prozess der Annäherung an das Neue und Fremde eintreten und den Umgang mit gesteigerter Heterogenität einüben. Hierin liegt eine große Bildungsaufgabe für die Zukunft – in Kindergärten und Schulen wie auch in außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung, für Kirchengemeinden und zivilgesellschaftliche Akteure. Eine Kultur der Diversität zu

entwickeln, wird die ganze Gesellschaft mit allen ihren Arenen der öffentlichen Kommunikation beanspruchen: Grundlegend dafür sind wechselseitiger Respekt, der von allen Menschen, die hier leben wollen, für alle anderen verlangt werden muss, sowie die Vermeidung jeder Art der Diskriminierung und der – sei es noch so subtilen – Gewalt von welcher Seite auch immer.

AUSBLICK

Migration, Flüchtlingszuzug und Integrationsaufgaben provozieren die Frage, in welcher Gesellschaft und Welt wir leben wollen. Sie ist in einer ganz und gar nicht idealen Wirklichkeit zu beantworten, vor der sich niemand auf eine »Insel der Seligen« zurückziehen kann. Die Gegebenheiten, die heute Menschen in die Flucht zwingen, können nicht ignoriert werden; sie sind Ergebnis teils langfristiger politischer Machtverhältnisse und Interessen. Aus diesem Blickwinkel ist es eine Frage der Gerechtigkeit, für eine an der Leitidee der Solidarität Maß nehmende Migrationspolitik einzutreten und am Ringen um eine Integration mitzuwirken, die von Anerkennung der Diversität auf der Basis wechselseitigen Respekts geprägt ist.

Dieser Text basiert auf der Studie von Marianne Heimbach-Steins: Grenzverläufe gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Migration – Zugehörigkeit – Beteiligung, Paderborn Schöningh 2016.

■ Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins leitet das Institut für Christliche Sozialwissenschaft an der Universität Münster.

■ Kontakt:
m.heimbach-steins@uni-muenster.de

DEUTSCHLAND UND EUROPA – EINE WERTEGEMEINSCHAFT?

Prof. Dr. Wolf-Dieter Just

»Flüchtlinge in Menge, besonders wenn sie kein Geld haben, stellen ohne Zweifel die Länder, in denen sie Zuflucht suchen, vor heikle materielle, soziale und moralische Probleme. Deshalb beschäftigen sich internationale Verhandlungen, einberufen, um die Frage zu erörtern: ›Wie schützt man die Flüchtlinge?‹ vor allem mit der Frage: ›Wie schützen wir uns vor ihnen?‹

Oder, durch ein Gleichnis ausgedrückt: Ein Mensch wird hinterrücks gepackt und in den Strom geschmissen. Er droht zu ertrinken. Die Leute zu beiden Seiten des Stromes sehen mit Teilnahme und wachsender Beunruhigung den verzweifelten Schwimmversuchen des ins Wasser Geworfenen zu, denkend: wenn er sich nur nicht an unser Ufer rettet!«[1]

Ist der Text auf die Mitgliedsstaaten der EU gemünzt? Er passt genau, ist aber schon 78 Jahre alt, stammt aus dem Jahr 1938. Autor ist Alfred Polgar, Essayist, Literatur- und Theaterkritiker, der als österreichischer Jude und Antifaschist schon 1933 aus Berlin fliehen und in anderen Ländern Schutz suchen musste – zunächst in Österreich, dann in der Schweiz, Frankreich und schließlich in den USA. Polgar denkt hier an die internationale Flüchtlingskonferenz in Evian, Juli 1938, die den Problemen der jüdischen Flucht aus Deutschland gewidmet war und ergebnislos endete. Auch nach der Konferenz, an der 32 Staaten teilnahmen, fanden die zahlreichen Juden, die dem NS-Staat entfliehen wollten, so gut wie keine aufnahmebereiten Länder.

© Thomas Plaßmann

Flucht, Asyl, Vertreibung, Exil: das ist – auch in seinem Umfang – kein neues Problem unserer Tage. Es war ein Dauerproblem des vorigen Jahrhunderts – hervorgerufen durch Krieg und Totalitarismus. Henning Müller hat in seinem Buch »Exil Asyl. Tatort Deutschland« Texte deutscher Flüchtlinge im Exil zusammengestellt. Zu den Exilanten, die in dieser Anthologie zu Wort kommen, gehören Schriftsteller wie Bertolt Brecht, Kurt Tucholsky, Else Lasker-Schüler, Thomas und Heinrich Mann; Wissenschaftler wie Albrecht Einstein, Theodor Adorno, Ernst Bloch; Politiker wie Willy Brandt und Maler wie Max Liebermann, Paul Klee und Ernst Ludwig. Klangvolle Namen! Sie wären von den NS-Schergen ermordet worden, hätten nicht andere Länder sie aufgenommen und Schutz gewährt.

1 Zitiert aus: H. Müller Hg.: Exil Asyl. Tatort Deutschland, Gerlingen 1993, S. 72.

Wenn man die Gedichte und Prosa dieser Deutschen liest, ist man überrascht, wie aktuell ihre Texte sind angesichts unserer Debatten um Asyl und Bleiberecht von Menschen, die heute vor Kriegen und Diktaturen fliehen. Und es waren ja nicht nur diese Eliten, die zur Flucht gezwungen waren. Während der NS-Zeit musste eine halbe Million Flüchtlinge das Land verlassen. Sie fanden in mehr als 80 Staaten weltweit Schutz, waren allerdings – das macht der Polgar-Text auch deutlich – meistens unerwünscht, abhängig von Politik und Wohlwollen des Aufnahmelandes. Viele erlebten Erniedrigung, Entbehrung und Feindseligkeit. Und: Etliche fanden keinen Schutz, darunter vor allem Jüdinnen und Juden, vor denen man – wie die Schweiz – die Grenzen verschloss und die dann in Konzentrationslagern ermordet wurden!

Nach dem Krieg führte dieses desaströse Versagen der Völkergemeinschaft zu den Zurückweisungsverboten der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 – in internationales Recht gegossene Lehren, die wir uns heute ins Gedächtnis rufen sollten, wenn darüber diskutiert wird, wie man die Flucht nach Deutschland und Europa stoppen, abschrecken, die Außengrenzen abriegeln kann; wenn man liest, wie viele Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte verübt werden; wenn auf flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen skandiert wird »Weg mit dem Dreck«; wenn in Magdeburg an Allerheiligen 30 Schläger 3 syrische Flüchtlinge mit Baseball-Schlägern zusammenknüppeln; wenn man Galgen mit sich herumträgt, an denen man Angela Merkel und Sigmar Gabriel hängen sehen möchte, weil sie Flüchtlinge ins Land lassen.

Auch bei den Müttern und Vätern des Grundgesetzes war die Erinnerung an die zahlreichen Deutschen, die zur Flucht gezwungen waren, sehr lebendig. Viele Mitglieder des Parlamentarischen Rates waren selbst Flüchtlinge gewesen. Und so kam es, dass der Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 ins Grundgesetz aufgenommen wurde: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«. Das Asylrecht bekam Verfassungsrang und galt ohne Gesetzesvorbehalt. Aber leider ist das Gedächtnis kurz. Als Anfang der 90er Jahre die Zahl der Asylsuchenden stark anstieg, wurde das Grundrecht auf Asyl durch den sogenannten »Asylkompromiss« kräftig geschleift, die Lehren aus der NS-Zeit waren offenbar vergessen. Und heute gilt das umso mehr. Mit den Asylpaketen I und II sind die größten Verschärfungen des Asylrechts durchgesetzt worden, die die Bundesrepublik je hatte: Starke Einschränkungen des Familiennachzugs, Erleichterungen der Abschiebung, Arbeitsverbote, Residenzpflicht und Sachleistungen statt Taschengeld in den Erstaufnahmeeinrichtungen, immer weitere Herkunftsländer werden willkürlich als »sicher« erklärt, um Flüchtlinge leichter dorthin abschieben zu können.

SIND WIR EINE WERTEGEMEINSCHAFT? ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Dabei werden Politikerinnen und Politiker nicht müde, darauf hinzuweisen, dass wir eine Wertegemeinschaft sind – wir Deutschen, wir Europäer. Das betonen heute Jean-Claude Juncker, Laurent Fabius, Präsident Gauck, Angela Merkel, Sigmar Gabriel, Horst Seehofer und viele andere. Unausgesprochen klopft man sich auf die Schulter: »Wir haben Werte« – und dabei schwingt auch immer eine Abgrenzung mit gegenüber den anderen, – denen, die keine Werte haben, jedenfalls nicht unsere. Als Angela Merkel im sächsischen Schkeuditz war, protestierten CDU-Mitglieder mit einem großen Plakat. Darauf stand: »Flüchtlingschaos stoppen! Deutsche Kultur + Werte erhalten. Merkel entthronen.« Auf welche Werte haben sich die Protestierenden wohl bezogen? Auch Horst Seehofer verweist immer wieder auf »unsere Werte« und … verlangt wochenlang »Transitzonen« an unseren Grenzen als Allheilmittel, ein Konzept, das – zu Ende gedacht – riesige Internierungslager und konsequenterweise auch einen großen Zaun um Deutschland erfordert hätte, um Schutzsuchende auszusperren. Was heißt hier »unsere« Werte? Wer ist das »Wir«, von dem er spricht? Und: Um welche Werte geht es dem Christ-Sozialen?

Christliche Werte können kaum gemeint sein. Kein Gebot wird im Alten Testament so oft wiederholt, wie das Gebot, Fremde nicht zu unterdrücken, sondern sie zu lieben und sogar rechtlich gleichzustellen (vgl. 3. Mose 24, 22). Es geht von der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen aus, einer von Gott verliehenen, unantastbaren Würde. Das christliche Gebot der Nächstenliebe kennt keine nationalen Grenzen.

Dieser universalistische Charakter des biblischen Menschenbildes kehrt heute in säkularisierter Form in den Menschenrechten des UN-Systems wieder:

»Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.«[2]

Alle Menschen sind frei, alle gleich und zu brüderlichem Umgang miteinander verpflichtet – die stolzen Werte der Französischen Revolution. Sie sind auch oberste Rechtsnormen in der Grundrechtecharta der Europäischen Union, die immer wieder als Wertegemeinschaft gepriesen wird. Da heißt es in der Präambel:

»In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität…«

Im Folgenden bekräftigt die Charta ausdrücklich die Rechte, die sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Sozialcharta des Europarats ergeben. Sie bekennt sich zum Recht auf Leben und »körperliche wie geistige Unversehrtheit« jeder Person (Art. 3), zum Asylrecht und zur Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention (Art 18). In Art. 19,2 heißt es:

»(2) Niemand darf in einen Staat abgeschoben oder ausgewiesen oder an einen Staat ausgeliefert werden, in dem für sie oder ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung besteht.«

2 Artikel 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

»EUROPA – WAS MACHST DU AN DEINEN GRENZEN?!«

AUSSTELLUNG ÜBER DIE AUSSENGRENZEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die »Festung Europa« kostet Jahr für Jahr mehr Menschenleben. Hunderte Flüchtlinge sterben immer wieder bei dem Versuch, die europäischen Küsten zu erreichen, weil sie verdursten oder ertrinken. Einige werden von Patrouillenbooten abgefangen und in ihre jeweiligen Herkunftsländer oder Transitländer zurückgeschickt. Unzählige weitere stranden in angrenzenden Ländern, wo ihre Rechte nicht respektiert werden. Über 23.000 Menschen sind Schätzungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zufolge seit dem Jahr 2000 auf der Flucht nach Europa ums Leben gekommen. Viele von ihnen fliehen vor Verfolgung, Folter und anderen Misshandlungen, andere, um der extremen Armut in ihren Herkunftsländern zu entkommen. Allen gemein ist jedoch, dass sie sich in Europa ein besseres Leben erhoffen. Viele von ihnen erreichen ihr Ziel allerdings nie. Die Ausstellung nimmt die Besucherinnen und Besucher mit an die Außengrenzen der Europäischen Union und zeigt Fotos von Ingeborg Heck-Böckler (Amnesty International), die im Jahr 2014 in einer internationalen Amnesty-Delegation hauptsächlich in Italien unterwegs gewesen ist. Im Jahr 2015 hat sie Marokko bereist und die hoffnungslose Situation der Flüchtlinge gesehen, die dort festsitzen. Die Ausstellung wird sich nach den geplanten Länderbesuchen der Fotografin in ihren Bildern und Texten im Laufe der Zeit wandeln. Ihre Botschaft jedoch könnte erst eine andere werden, wenn sich die europäische Flüchtlingspolitik geändert hat.

■ Die Ausstellung kann ausgeliehen werden.

■ Kontakt: Ingeborg Heck-Böckler
i.heck-boeckler@amnesty-aachen.de | Tel.: 0241 / 51 36 53

Und schließlich Art 33,1

»Der rechtliche, wirtschaftliche und soziale Schutz der Familie wird gewährleistet.«

DIE WIRKLICHKEIT

Angesichts dessen, was wir jeden Tag in den Medien über den Umgang mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen erfahren, mag man mit dem Kopf schütteln. Anstatt für Menschen, die um ihr Leben fliehen, legale, gefahrenlose Zugangswege zum Asylschutz in Europa zu schaffen, lässt die EU seit Jahren zu, dass tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken oder in Lastwagen ersticken; sie schottet sich ab mit immer neuen, immer höheren Zäunen an den Grenzen, mit bewaffneten Grenzschützern, Drohnen, Schiffen, Eurosur …

Mit den Flüchtlingen rückt uns Europäerinnen und Europäern die ungleiche Entwicklung auf unserem Globus unmittelbar auf den Leib. Sie sind Botschafter einer ganz anderen Welt als der unseren, die wir in Sicherheit und Wohlstand leben – einer Welt von Verfolgung und Bürgerkrieg, Hunger und Elend – von Fluchtursachen, zu denen die westliche Welt selbst erheblich beigetragen hat und beiträgt – durch Waffenlieferungen in Krisengebiete (z.B. Panzer an Saudi-Arabien und Katar), Unterstützung von Diktaturen, unfaire Handelsbedingungen und hohen CO_2-Ausstoß, unter dem am meisten die Länder südlich der Sahara durch Dürre und Hunger zu leiden haben, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen.

WAS HOFFNUNG MACHT

Man mag fragen, was die Menschenrechte eigentlich wert sind, wenn sie doch ständig verletzt werden. Aber das Menschenrechtskonzept sollte nicht mit unangemessenen Erwartungen überfrachtet werden. Auch das Diebstahlverbot wird täglich 1000-fach verletzt, ohne darum sinnlos zu sein. Man braucht sich nur vorzustellen, wo wir ohne die Menschenrechte stünden. Ohne sie könnten keine Menschenrechtsverletzungen angeprangert werden. Erst durch die Definition einer Norm, »wird ihre Verletzung (überhaupt) benennbar und kritisierbar« (Fritzsche). Erst durch die Anerkennung der bürgerlichen und sozialen Menschenrechte werden gnadenlose push backs, Definitionen von »Obergrenzen« für Schutzbedürftige, Einschränkungen des Familiennachzugs oder der Ausschluss von ausreichender sozialer und medizinischer Versorgung als Menschenrechtsverletzungen skandalisierbar. Menschenrechte definieren humanitäre Normen, zu deren Gewährleistung sich große Mehrheiten von Staaten dieser Welt verpflichtet haben. Sie besitzen eine breite internationale Legitimationsbasis.

Und: sie fundieren das Engagement all derer, die sich für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen. Eine ständig wachsende Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa ist nicht länger bereit, den krassen Widerspruch zwischen dem Anspruch einer menschenrechtsbasierten Wertegemeinschaft und der asylpolitischen Wirklichkeit hinzunehmen. Man schaut auf das Leid der Flüchtlinge, die z.B. in Syrien der Hölle entflohen sind, den Fassbomben und Giftgasattacken des Assad-Regimes, den Kopfabschneidern und Vergewaltigern des IS, dem Mangel an Versorgung mit dem Allernötigsten an Nahrung, Obdach und medizinischer Hilfe. Sie zeigen Mitgefühl und praktische Solidarität über alle nationalen Grenzen hinweg, als Bürger dieser einen Welt. Bleibt zu hoffen, dass dieser Teil unserer Gesellschaft weiterwächst und politisch und praktisch an Boden gewinnt.

■ Prof. Dr. Wolf-Dieter Just lehrt an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe und an der Fachhochschule Düsseldorf. Er ist Ehrenvorsitzender der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt: just@efh-bochum.de

REFUGEES WELCOME

Deutschland ist viel größer als das Gejammere der ewig Besorgten und Überforderten

Ekrem Şenol

*Erst das Foto vom kleinen Aylan an der türkischen Küste, dann Bilder von menschenunwürdigen Zuständen an ungarischen Bahnhöfen, dann Bilder von Flüchtlingen auf Autobahnen, die zu Fuß Richtung Österreich und Deutschland gehen, weil ihnen Züge verweigert werden, dann Bilder von den vielen freiwilligen Helfer*innen am Münchener Bahnhof, dann Bilder aus Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und vielen anderen Bundesländern.*

Es sind große Bilder, die Mitte-Ende 2015 um die Welt gehen. Sie sind herzzerreißend, rührend, aufwühlend, unerträglich – aber immer groß. Viel größer als Heidenau, viel größer als das Gejammere der ewig Besorgten und Überforderten. Und noch viel größer als die gebetsmühlenartigen Warnungen der Politik, die Stimmung in der Bevölkerung könne umkippen, man solle die Aufnahmebereitschaft nicht überstrapazieren.

Ja, ihr Besorgten, die Stimmung ist gekippt. Bitteschön! Nicht die vielen Flüchtlinge und deren Unterbringung sind für die Behörden und die Bevölkerung eine unlösbare Herausforderung, sondern die vielen Spenden, die Koordinierung der vielen Helfer*innen – ob Einzelne, christliche, muslimische oder zivilgesellschaftliche Organisationen.

Allem Anschein nach ist Deutschland viel größer als ihr annehmt; viel offener als euch lieb ist; viel freundlicher als euer Oktoberfest und viel menschlicher, als ihr offenbar je sein werdet. Ich freue mich über die Willkommenschöre an unseren Bahnhöfen, über die vielen Freiwilligen, die in den Flüchtlingsunterkünften aushelfen, Suppen kochen und austeilen, Kinder betreuen, übersetzen und helfen, wo es geht. Und ihr? Ihr warnt noch immer, diese Bilder könnten »völlig falsche Signale« auslösen, einladend wirken.

Obergrenzen habt ihr gefordert bei der Aufnahme von Flüchtlingen, ohne auch nur für einen Augenblick zu erröten vor Scham, dass ihr Werte von Verfassungsrang aushebeln wollt, die mit gutem Grund so formuliert wurden; von Einwandernden habt ihr im selben Atemzug und ohne Wimpernzucken die Einhaltung unserer Verfassungswerte eingefordert. Geschickt habt ihr vermieden zu sagen, was denn passieren soll, wenn die Obergrenze erreicht ist, um loszupoltern als jemand anders euren Gedanken weitersponn und den »Schießbefehl« aussprach – »bis zur letzten Patrone«.

Falsch sind auch eure hohlen Phrasen von Fluchtursachenbekämpfung bei gleichzeitiger Aufnahme von qualifi-

BILDKORREKTUR – BILDER GEGEN BÜRGERÄNGSTE

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Unsere Vorsätze für 2016: weniger Angst haben – mehr wissen. Wenn die starken Bilder des Willkommens aus dem September 2015 verblassen, ist es wichtig, eine gut informierte Grundlage für das gemeinsame Zusammenleben zu schaffen.

Eine Gruppe bekannter deutscher Zeichner*innen hat sich zusammengetan, um die Top15 der Besorgten-Bürger-Ängste zu illustrieren – und mit Fakten zu entkräften. Viele Ängste im Zusammenhang mit Flüchtlingen sind faktisch unbegründet, aber nur wenige wissen das.

Zahlen können helfen, Vorurteile und diffuse Ängste abzubauen. Aber Zahlen haben einen klaren Nachteil: Sie sind langweilig. In der Welt der sozialen Medien haben sie damit schlechte Karten.

Hier kommt »BILDKORREKTUR« ins Spiel: Als die bunte Seite der Macht haben die Künstler*innen sich der Zahlen und Fakten angenommen und sie in eine bunte, unterhaltsame und eingängige Form gebracht.

So soll Stellung bezogen werden – nicht populistisch, sondern konstruktiv. 15 Gründe keine Angst zu haben in rot und blau als formschöne Klickstrecke. Konzipiert fürs Internet und den maximalen Verbreitungsgrad.

■ Die Bilder gegen Bürgerängste können Sie sehen unter: bildkorrektur.tumblr.com

zierten Flüchtlingen – so, als hätten die armen Krisenländer Fachkräfte im Überschuss, die das Land wiederaufbauen könnten. Falsch sind auch eure vermeintlichen Geldnöte bei gleichzeitigen Milliardeneinnahmen durch Waffenverkäufe in die Krisenregionen, die als Staatsgeheimnis deklariert und verschwiegen werden. Falsch ist auch eure Entwicklungshilfe, die als Synonym für Großaufträge deutscher Unternehmen steht, damit das Geld auch ja wieder zurückfließt nach Deutschland. Falsch ist auch euer Dublin-Übel, das ihr europaweit ausgerechnet den armen Ländern diktiert habt, um die bestmögliche Abschottung für eure Grenzen zu erreichen. Falsch ist auch eure Lüge von der europäischen Solidargemeinschaft, die in Wahrheit schon seit ihrer Geburt eine »Wirtschaftsgemeinschaft« ist und in der letztlich doch nur der Euro das Sagen hat.

Falsch sind auch eure vermeintlichen Sorgen, mit denen ihr Brandstifter und Handgranatenwerfer regelmäßig versorgt – Betrüger, Sozialschmarotzer, Wirtschaftsflüchtlinge. Ihr trennt Familien und Menschen in Not nach Fluchtgründen. Als ob es für Eltern eine Rolle spielen kann, ob ihre Kinder durch Krieg oder Armut sterben. Was für ein Familien- und Menschenbild liegt eurer Politik eigentlich noch zugrunde?

Glück habt ihr gehabt, dass die Kölner Silvesternacht eurer Politik zu Hilfe gekommen ist. Man könnte meinen, die Stimmung sei gekippt, flüchtlingsfeindlicher geworden. Die Zeit habt ihr umgehend genutzt und das strengste Asylgesetz erlassen, das dieses Land nach dem Krieg gesehen hat. Skrupellos habt ihr sogar am »Wir schaffen das« der Kanzlerin gesägt; es steht aber noch. Damit auch meine Hoffnung, dass Deutschland standhaft bleibt, eurem Populismus trotzt und sich am Ende doch für Vernunft und Menschlichkeit entscheidet. Denn dieses Land ist viel größer als eure Parteizelte und noch viel größer als Dresden, wo Montag für Montag eure Steilvorlagen verwertet werden. Schämt euch – wenigstens dafür!

■ Ekrem Şenol ist Herausgeber und inhaltlich Verantwortlicher des MIGAZIN – das Fachmagazin für Migration und Integration in Deutschland – Politik, Gesellschaft, Recht und Kultur. Er kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Informationen: www.migazin.de

■ Kontakt: redaktion@migazin.de

EINE JEREMIADE

Dr. Werner Höbsch

Die Jeremiade als klagende und anklagende Rede geht auf den Propheten Jeremia zurück. Dieser und auch andere biblische Propheten haben wortgewaltig und zugespitzt Unrecht angeprangert. So auch Jesaja.

Jesaja 1,13-17

Bringt mir nicht länger sinnlose Gaben, Rauchopfer, die mir ein Gräuel sind. Neumond und Sabbat und Festversammlung – Frevel und Feste – ertrage ich nicht.

Eure Neumondfeste und Feiertage sind mir in der Seele verhasst, sie sind mir zur Last geworden, ich bin es müde, sie zu ertragen. Wenn ihr eure Hände ausbreitet, verhülle ich meine Augen vor euch. Wenn ihr auch noch so viel betet, ich höre es nicht. Eure Hände sind voller Blut.

Wascht euch, reinigt euch! Lasst ab von eurem üblen Treiben! Hört auf, vor meinen Augen Böses zu tun!

Lernt, Gutes zu tun! Sorgt für das Recht! Helft den Unterdrückten! Verschafft den Waisen Recht, tretet ein für die Witwen!

Propheten sind nicht Wahrsager einer ungewissen Zukunft, vielmehr treten sie mit einer kritischen Zeitansage auf. Sie verkünden in den Kontexten ihrer Zeit das Wort Gottes. Das wird dann für die Angesprochenen meist äußerst ungemütlich. Zu einseitig und überzogen, zu hart und undifferenziert – so werden die Reaktionen gewesen sein. Die Anklage des Propheten Jesaja ist so: zornig, hart und unmissverständlich.

Jesaja tritt auf in der Zeit von etwa 740 bis 700 vor Christus. Die Bevölkerung ist gespalten: die einen sind auf die Sicherung und Vermehrung ihres Reichtums bedacht, die andere leiden unter Ausbeutung und Beugung des Rechtes.

Den Worten des Propheten mangelt es nicht an Klarheit: Ein Gottesdienst, dem nicht eine solidarische und gerechte Praxis entspricht, ist dem Herrn ein Gräuel. Solange eine Gemeinde glaubt, im Kult dem Herrn zu dienen und nicht gleichzeitig konsequent auf der Seite der Notleidenden steht, ist ihre Frömmigkeit hinfällig. Das galt in der sozialpolitischen Situation im 8. vorchristlichen Jahrhundert, das gilt genauso in heutiger Zeit. Auch den Gläubigen, die sich dem Rufen derer, die kein Dach über dem Kopf haben, die an Leib und Seele verwundet sind, verschließen und Grenzen abriegeln, gilt: »Wenn ihr auch noch so viel betet, ich höre es nicht.«

Seine Aufforderung gilt auch heute noch: Lernt, Gutes zu tun! Sorgt für das Recht! Helft den Unterdrückten! Mehr ist nicht zu sagen.

■ Werner Höbsch ist Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt: Dr. Werner Höbsch,
Leiter des Referates Dialog und Verkündigung im Erzbistum Köln
werner.hoebsch@erzbistum-koeln.de

FACHKRÄFTE VON ÜBERMORGEN

Detlef Scheele

Die Bilder des vergangenen Jahres, als täglich tausende Menschen in Bussen, mit Zügen, zu Fuß zu uns geflohen sind, vor Krieg, Folter, Vertreibung, haben sich tief in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Ebenso die Bilder einer neu entfachten Willkommenskultur in Deutschland, die sich in berührenden Gesten der Mitmenschlichkeit offenbart hat.

Zum Ende des Jahres 2015 scheint die Euphorie des einzigartigen Sommers in Teilen der Gesellschaft einer von Sorge geprägten »Winterdepression« gewichen zu sein, vor Überforderung, vor unkalkulierbaren Belastungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

AMBITIONIERT UND REALISTISCH – FÜR EINE NACH VORNE GEWANDTE ARBEITSMARKTPOLITIK

Die Frage, ob die zu uns Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung kommen, ob sie zur wirtschaftlichen Prosperität unseres Landes beitragen können und ein echtes Potenzial zur Fachkräftesicherung darstellen, beantworte ich als Arbeitsmarktexperte mit den Attributen »ambitioniert« und »realistisch«. Die große Aufgabe besteht darin, mit kluger Arbeitsmarktpolitik und gemeinsam mit allen Partnern Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung in Einklang zu bringen.

Grundsätzlich gilt für die Menschen, die bei uns bleiben werden: Arbeit ist der beste Weg zur Integration. Denn Arbeit ist nicht bloßer Gelderwerb, Arbeit ist die Quelle für soziale Anerkennung, für Autonomie und Teilhabe und sie gibt dem Leben Struktur.

ARBEITSMARKT ALS CHANCE – CHANCEN FÜR DEN ARBEITSMARKT

Wo liegen dafür die Chancen? Zunächst einmal ist der deutsche Arbeitsmarkt in anhaltend guter Verfassung: Mehr als 31 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 43 Millionen Erwerbstätige, mittelfristig stabile Wachstumsprognosen und eine kontinuierlich hohe Nachfrage der Betriebe und Unternehmen nach Arbeitskräften. Quantitativ kann der Arbeitsmarkt das zusätzliche Erwerbspersonenpotenzial gut verkraften.

Etwa die Hälfte der Geflüchteten ist nach aktuellen Erkenntnissen jünger als 25, hoch motiviert und verfügt zum Teil über berufliche, jedoch nach deutschen Standards nicht anerkannte Vorerfahrungen. Diese Menschen können wir für eine duale Ausbildung gewinnen; das setzt allerdings eine intensive Berufsorientierung und Berufswahlberatung voraus, denn die meisten Geflüchteten kennen die Bedeutung der Berufsbildung in Deutschland nicht.

Bei älteren Geflüchteten sollten wir Arbeit und Bildung sinnvoll und modular miteinander verknüpfen. Das kann zunächst auch eine Helfertätigkeit sein, die mit Qualifizierungsmaßnahmen während der Beschäftigung kombiniert wird. Viele der Geflüchteten wollen rasch Geld verdienen. Sie haben sich für die Flucht verschuldet oder müssen die Familie in der Heimat unterstützen. Wir wollen beiden Anliegen gerecht werden: Dem Interesse der geflüchteten Menschen und unserem Anliegen, sie zu Fachkräften zu qualifizieren, die die Wirtschaft braucht.

GLEICHE CHANCE AUF TEILHABE FÜR ALLE

Wo liegen die Herausforderungen? Sie beginnen mit angemessenen Sprachkenntnissen, dem wichtigsten Schlüssel zur Integration in Arbeit und Ausbildung. Den Spracherwerb gilt es nach Möglichkeit mit betrieblichen Praxiselementen zu kombinieren. Mitgebrachte Fertigkeiten und Kompetenzen lassen sich oftmals nur in der Praxis feststellen. Für junge Menschen wird sich daran in der Regel eine intensive Ausbildungsvorbereitung anschließen, bevor die Berufsausbildung beginnen kann. Die Bundesagentur für Arbeit

■ Das Motiv »**Auge**« ist als Plakat im Format DIN A3, DIN A2, und DIN A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2016 erhältlich.
Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Das Bestellformular finden Sie auf:
www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:
info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax:
Fax: 069 / 24 23 14-71

kann dabei auf ein Portfolio bewährter Instrumente zurückgreifen, die nun erweitert und sinnvoll miteinander verbunden werden. Wir setzen keine Sonderprogramme für Geflüchtete auf, vielmehr ist unser Ziel, ihnen die gleichen Chancen auf Teilhabe zu ermöglichen wie allen anderen Menschen in Deutschland.

Zur Realität gehört auch: Die Menschen, die zu uns kommen, sind eher die Fachkräfte von übermorgen. Aus der Migrationsforschung wissen wir, dass im ersten Jahr nach Ankunft in Deutschland bis zu zehn Prozent eine Beschäftigung aufnehmen, nach fünf Jahren kann es rund die Hälfte sein. Nach weiteren fünf bis zehn Jahren kann die Beschäftigungsquote der Zugewanderten auf bis zu 70 Prozent anwachsen, das liegt knapp unter der Quote der Einheimischen, die bei knapp unter 80 Prozent liegt.

Damit diese Herausforderungen in Chancen münden, brauchen wir eine starke Partnerschaft mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das derzeitige Engagement der Wirtschaft ist so begrüßenswert wie unabdingbar: Neben zahlreichen lokalen und regionalen Kooperationen laufen bundesweite Projekte mit dem Ziel, jungen Geflüchteten grundlegende Sprachkenntnisse und Berufskenntnisse zu vermitteln, um sie auf eine Ausbildung vorzubereiten.

HÜRDEN SENKEN – FÖRDERMÖGLICHKEITEN ERWEITERN

Die Politik gibt den gesetzlichen Rahmen vor – hier ist noch Luft nach oben: Asylverfahren müssen weiter beschleunigt, Sprach- und Integrationskursangebote ausgebaut und den aktuellen Anforderungen – Stichwort »Kombination von betrieblicher Praxis und Spracherwerb« – angepasst werden. Es gilt außerdem, die Hürden beim Arbeitsmarktzugang zu senken und Fördermöglichkeiten zu erweitern. Ebenso sollten wir darüber nachdenken, wie wir die Existenzgründungsbereitschaft von geflüchteten Menschen besser fördern können. Migranten gründen häufiger ein eigenes Unternehmen als Deutsche. Sie schaffen dadurch Arbeitsplätze und erhöhen die wirtschaftliche Dynamik.

Als Gesellschaft brauchen wir nicht zuletzt Geduld und Beharrlichkeit. Der Weg des Einzelnen in Arbeit und Ausbildung kann lang sein – und er kostet Geld. Doch die jetzt anfallenden Aufwendungen für Geflüchtete sollten wir nicht lediglich als Kosten begreifen: vielmehr als langfristige Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Je mehr wir jetzt in diese Menschen zu investieren bereit sind, desto höher der perspektivische Nutzen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Die zu uns kommenden Menschen können eine Chance für unsere alternde Gesellschaft werden, sofern wir die Herausforderungen gemeinsam anpacken und bewältigen – ambitioniert und realistisch.

■ Detlef Scheele ist Mitglied des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit.

■ Kontakt: zentrale@arbeitsagentur.de

Sie können Vertreterinnen und Vertreter Ihrer lokalen Arbeitsagenturen zu Diskussions- und Informationsveranstaltungen im Rahmen der IKW einladen.

FREIWILLIG ENGAGIERTE UND HAUPTAMTLICHE ERGÄNZEN SICH

Rainer Hub

RECHT ZUM ENGAGEMENT

Mal wieder typisch: Die Karre steckt im Dreck, der Sozialstaatsapparat erweist sich als schwerfällig und nahezu manövrierunfähig. Bis die Institutionen und ihre Ebenen fachlich beraten, politisch entscheiden und finanziell beschließen die Herausforderung des 21. Jahrhunderts anzugehen, haben Bürgerinnen und Bürger die Karre längst flott gemacht bzw. zu Recht freiwillig aus dem Dreck gezogen.

So weit, so gut. Stets sind es engagierte Bürgerinnen und Bürger, die gesellschaftlich entstandene Bedarfe identifizieren und handeln. Mit geflüchteten Menschen im 21. Jahrhundert ist es nicht anders als zu Zeiten großer und gesellschaftlich weit verbreiteter Armut inklusive Kindersterblichkeit im 19. und vielfältigen Bedürfnissen und Bedarfen von Menschen im 20. Jahrhundert.

EIGENSINN DES ENGAGEMENTS

Es geht auch kleiner: spielen, kochen, essen, tanzen. Alles was Leben für jede und jeden Einzelnen ausmacht: Im Sportverein braucht es Betreuerinnen und Betreuer, Trainerinnen und Trainer, in der Kirchengemeinde Freiwillige für den Kindergottesdienst, in Chor und Bibliothek unterstützende Personen sowie in der Diakonie Menschen, die Andere in Alten-, Behinderten-, Krankenhaus- und Wohnungsloseneinrichtungen unterstützen – und dabei auch für sich profitieren. Früher vielleicht vermehrter für Gotteslohn, gestern womöglich zur Selbstverwirklichung und heute »die Welt im Kleinen zu gestalten« aber auch, um Spaß zu haben. Engagiert ausgeführte Tätigkeiten beinhalten immer einen Eigensinn. Diesen gilt es nicht nur zu bewahren sondern als Qualitätsmerkmal zu begreifen.

ENGAGEMENT UND HAUPTAMT

All dies bedarf in einer gewissen Größenordnung struktureller Ressourcen, die in fachlich differenzierten Arbeitsfeldern auch die Nachhaltigkeit der Dienste und Hilfen gewährleisten. Dafür braucht motiviertes Engagement mit seinen unbezahlbaren Tätigkeiten bezahlte Hauptamtliche. Dies muss

strukturell in lernenden und sich weiterentwickelnden Organisationen und in deren Abläufen als Qualitätsmerkmal gewollt sein. Zivilgesellschaftliches Handeln und vielfältige berufsspezifische Kompetenzen ergänzen sich gegenseitig. Unerlässlich ist dabei das Verständnis: Engagement ist Chefsache.

BEGLEITUNG VON ENGAGEMENT

In Organisationen und Institutionen braucht es zuständige Personen, um die vielfältigen individuellen Engagements zu kanalisieren, zu koordinieren und zu begleiten. Dazu gehört die Gewinnung, Qualifizierung und Fortbildung inklusive der Reflektion der Engagements sowie mögliche Kriseninterventionsbegleitung. Das alles sind Daueraufgaben. Die in letzter Zeit etwas rückläufige Schnittmenge zwischen Freiwilligen und Hauptamtlichen und deren Aufgaben, ist für beide klärend und gut. Der Trend zur Verwässerung der jeweiligen Profile schadet beiden.

GEFLÜCHTETE UND ENGAGEMENT

Die Vielfalt und Spontanität der Engagements in diesem Kontext sind herausragend. Dies zeugt von einer hohen gesellschaftlichen und individuellen Sensibilität für die Werte der Nächstenliebe (Solidarität) und Barmherzigkeit (Gerechtigkeit).

Trotz – nein gerade wegen – der aktuell herausragenden Zahl an (neuen) Engagierten, können diese Engagements zum einen zwar nicht hoch genug geschätzt, zum anderen aber auch realistisch bewertet und nüchtern betrachtet werden: die Situation in Deutschland 2015/2016 ist ein Ausnahmezustand den es »regelbetriebstauglich« aufzustellen gilt.

Die Ressourcen Engagierter sind endlich und eine »anwaltschaftliche« Vertretung von ihnen unerlässlich, um ihre Engagements dauerhaft zu gewährleisten. Engagierte sind vielleicht weniger Burnout-gefährdet – sie springen aber womöglich früher oder später ab. Ihre (projekthaften) Engagements aber sind erhaltenswert.

TEILHABE DURCH ENGAGEMENT

Für die inkludierende Wirkung von Engagements ist kultur- und religionssensibel darauf abzuzielen, dass Geflüchtete zunehmend deutlicher zu Engagierten, aber auch Hauptamtlichen werden. Dies nicht nur wegen ihrer speziellen Expertisen, die nur sie selbst mitbringen, sondern weil Bürgerin und Bürger sein mehr ist, als mit dem Nötigsten versorgt zu werden: eigenständig Handelnde, die sich in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen, um so zu einem bürgergesellschaftlichen Wandel durch Begegnung beizutragen.

Als gelungenes Beispiel sei die Initiative »kitchen on the run« genannt: Geflüchtete, Freiwillige und Hauptamtliche begegnen sich beim Kochen und Essen im Gespräch. Philipp Melanchthon, einer der Reformatoren, schrieb quasi dazu bereits: »Wir sind dazu geboren, uns im Gespräch einander mitzuteilen«.

KITCHEN ON THE RUN

© Johann Angermann

Täglich werden wir mit dem Thema Flucht und Asyl konfrontiert. Doch wer sind eigentlich die Menschen, die in Europa ein neues zuhause suchen? In Berlin wurde mit dem »Kitchen Hub« ein fester Ort der Begegnung geschaffen. Deutschlandweit wird bereits in 20 Städten über den Tellerrand gekocht.

Ab März 2016 reist der Küchencontainer von »Über den Tellerrand« als Europabotschafter von Italien nach Schweden. Jeweils 4 Wochen wird an einem Ort in Italien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Schweden gekocht und gegessen. Jeden Tag gemeinsam mit Geflüchteten und Einheimischen. Das Team will beiden Gruppen die Möglichkeit geben, Gastgeber zu sein, ein Stückchen Kultur mit den neuen Nachbarn zu teilen und sich kennenzulernen. Die Kluft zwischen Neuankömmlingen und Beheimateten soll überwunden und Parallelgesellschaften aufgebrochen werden.

Zusätzlich will das Projekt Organisationen, Institutionen und Menschen europaweit vernetzen und Geschichten, Rezepte und Ideen über Grenzen hinweg verbreiten. Durch gemeinsames Kochen und Essen wird ein Dialog initiiert und Begegnungen auf Augenhöhe geschaffen.

Die Daten der Tour bis Sommer sind (ungefähr) und immer ganz aktuell mit Standort auf www.kitchenontherun.org zu finden:

16. März - 10. April: Bari (Italien)
12. April - 8. Mai: Marseille (Frankreich)
12. Mai - 12. Juni: Duisburg (Deutschland)
15. Juni - 12. Juli: Deventer (Holland)
15. Juli - 10. August: Göteborg (Schweden)

Im Herbst ist »kitchen on the run« wieder in Deutschland. Wer Interesse hat, den Container samt Reiseerfahrungen im Rahmen der Interkulturellen Woche zu präsentieren, kann sich an Rabea Haß wenden: rabea@kitchenontherun.org

Rainer Hub ist Bundesreferent im Arbeitsfeld Freiwilliges soziales Engagement, Freiwilligendienste im Zentrum für Familie, Bildung und Engagement der Diakonie Deutschland – evangelischer Bundesverband. Er kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Kontakt: rainer.hub@diakonie.de

ÄNGSTE UND VORBEHALTE IN DER NACHBARSCHAFT VON UNTERKÜNFTEN

Wolfgang Busse

Der Verweis auf die seinerzeit in Ägypten Zuflucht suchende Kleinfamilie zeigt wenig Wirkung, wenn im christlich-abendländisch geprägten Deutschland für Standorte von Flüchtlingsunterkünften geworben wird. Die Betroffenheit über Nachrichten von Bootsflüchtlingen, die uns die Medien täglich liefern, ist vielfach verflogen, wenn genau für diese Menschen bei uns in unserer Nachbarschaft eine Flüchtlingsunterkunft geplant werden soll.

Wo immer geflüchtete Menschen untergebracht werden sollen, regt sich – neben vielenorts großer Unterstützung durch Helferkreise – Widerstand. Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ist ein großer Flächenlandkreis im Südwesten der Republik mit ca. 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Bis ins Jahr 2009 gab es lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge im Landkreis. Mit steigenden Flüchtlingszahlen war das Landratsamt als verantwortliche Behörde gefordert, weitere Objekte zu finden bzw. Gemeinden und deren Bevölkerung für die Errichtung einer solchen Unterkunft zu gewinnen.

Bei verschiedenen sehr gut besuchten Bürgerversammlungen waren wir als in der Flüchtlingsarbeit erfahrener Wohlfahrtsverband angefragt, die Behörden bei der Lobbyarbeit für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen. Der Verlauf der Diskussionsphase anlässlich der Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft lässt sich am Beispiel der Stadt Breisach am Rhein darstellen:

Die 15.000 Einwohner zählende Stadt Breisach ist in der Pflicht, das Landratsamt bei der Unterbringung von Geflüchteten zu unterstützen. Zwei schon bestehende leerstehende Objekte wurden im Rahmen von öffentlichen Versammlungen der Bürgerschaft als geplante Gemeinschaftsunterkunft vorgestellt. Die Vorbehalte von Teilen der Nachbarschaft gegen die Belegung wurden während der Diskussion offen vorgetragen: Verfall der Immobilienpreise; hochpreisiges Umfeld provoziere Neid bei den Flüchtlingen; Angst um Sicherheit der Kinder, die nunmehr mit dem Auto zur Schule gebracht werden müssten, was zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führe; Belegung mit unterschiedlichen Nationalitäten und Kulturen auf engem Raum führe zu Problemen wie Streitereien, Alkoholismus, Eigentumsdelikten und Vandalismus; Lärm- und Unruhequelle; Sorge um die Sicherheit von Frauen und das Argument, dass sich bestimmt ein geeigneterer Standort oder ein besseres Objekt finden ließe.

Ehrenamtlich Tätige und junge Geflüchtete beim Sommerfest 2015 © Robert Klebes

Der Diskussionsverlauf im Plenum machte zweierlei deutlich: Nicht selten kommen Vorbehalte gegenüber Flüchtlingsunterkünften auch von inzwischen etablierten Bürgern und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete werden nach Herkunft, Familienstand und manchmal auch Religionszugehörigkeit kategorisiert. Ganz unten in der Sympathieskala rangieren alleinstehende männliche Afrikaner und Roma (unabhängig vom Familienstand). Erheblich mehr Wohlwollen wird christlichen Familien aus arabischen Ländern wie Syrien oder dem Irak entgegengebracht. Ein Großteil der dem Landkreis zugewiesenen Flüchtlinge sind aber alleinstehende Männer aus afrikanischen Staaten.

In Breisach sind die Wohnheime nach einer intensiven aber konstruktiven Planungs- und Umsetzungsphase mittlerweile mit Asylsuchenden belegt. Die Befürchtungen der Nachbarschaft bewahrheiteten sich nicht. Allerdings ist die Integration einer Flüchtlingsunterkunft ins Gemeinwesen – wie auch Beispiele anderer Kommunen zeigen – kein Selbstläufer, sondern wird durch folgende Faktoren begünstigt:

- Die Ortsautoritäten (Bürgermeister, Pfarrer etc.) sind aktive Befürworter der Unterkunft.
- Die Planung der Unterkunft beginnt frühzeitig und schließt flankierende Maßnahmen bereits mit ein (Helferkreisgründung, Sprachkurs- und Beschäftigungsangebote, Sozialbetreuung).
- Kontroverse öffentliche Diskussionen sind wichtig und notwendig. Ängste, Sorgen und Vorbehalte müssen wahrgenommen und artikuliert werden, damit eine Auseinandersetzung darüber stattfinden kann.

- Bei Bürgerversammlungen hat es sich bewährt, schon ansässige Flüchtlinge selbst zu Wort kommen zu lassen. Die Wirkung eines (in unfertigem Deutsch vorgetragenen) »O-Ton-Statements« ist ungleich höher als jeder zur Nächstenliebe aufrufende Wortbeitrag von Einheimischen.

- Wichtig ist die Bereitschaft der verantwortlichen Behörden zu Kompromissen und Nachbesserungen (z.B. Reduzierung der Größe des Objekts, Quantität und Qualität der Sozialbetreuung etc.).

- Wortbeiträge junger Menschen während der BV wirken meistens positiv, da sie eher von einem neugierigen Interesse an den Flüchtlingen als von Sicherheitsbedenken getragen sind.

- Es hat sich als positiv erwiesen, bei der Sanierung bestehender Objekte bzw. dem Bau neuer Unterkünfte schon eine mögliche Folgenutzung (bei rückgängigen Flüchtlingszahlen) miteinzuplanen.

- Ein Flüchtlingshelferkreis bietet über seine ortsansässigen Mitglieder vielfältige Möglichkeiten, integrativ tätig zu sein (Organisation von Begegnungen, Ausflüge, Kontaktaufbau zu Arbeitgebern, Sprachtraining, Erstellen von mehrsprachigen Informationsbroschüren u.a.m.) und trägt damit wesentlich zu einem »Klima des Willkommenheißens« und zur örtlichen Integration bei.

Diese Liste ist nicht vollständig und jeder potentielle Standort einer Gemeinschaftsunterkunft bzw. einer sogenannten Anschlussunterbringung hat individuelle Vor-Ort-Befindlichkeiten.

Die Aufgabe der Caritas besteht unserer Meinung darin, (aus Überzeugung) immer wieder Kontaktmöglichkeiten und Solidarität mit Flüchtlingen einzufordern und (aus Erfahrung) diesen Menschen zeitnah nach ihrer Ankunft Spracherwerb, Qualifizierung und Beschäftigung anzubieten, um präventiv destruktivem Verhalten vorzubeugen und ihnen ein Stück weit Autonomie zu ermöglichen.

■ Wolfgang Busse, Koordination Flüchtlingssozialdienste, Caritasverband Breisgau-Hochschwarzwald.
www.bleiberecht-freiburg.de

■ Kontakt: wolfgang.busse@caritas-bh.de

Aus: neue caritas, Migration und Integration-Info 3, Juli 2015, Deutscher Caritasverband e.V. (Hrsg.)

WOHNEN – WOHNUNGSLOS IN DEUTSCHLAND: ZWISCHEN FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT UND SOZIALEM WOHNUNGSBAU

Daniel Bigalke

KSD – UNSERE AUFGABEN

Deutschland ist gegenwärtig Ziel von Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen. Die katholische Kirche und ihre Institutionen nehmen sich der Aufgabe der Integration dieser Flüchtlinge in vielfältiger Weise an. Ein grundlegender Schlüssel zur erfolgreichen Integration liegt in der Bereitstellung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum, denn ohne Wohnen ist Integration kaum möglich. Wohnraum auch für Flüchtlinge bereitzustellen, ist die Aufgabe des KSD mit den kirchlichen Wohnungsunternehmen und Siedlungswerken.

Der KSD ist der deutsche Bundesverband für Wohnungswesen und Städtebau der katholischen Kirche. Mitglieder des Verbandes sind alle 27 deutschen (Erz-) Bistümer und 46 bauende Immobilienunternehmen. Aktuell widmet sich die Tätigkeit der KSD-Gruppe auch der Unterbringung von Flüchtlingen. Übergeordnetes Ziel ist es jedoch, (Miet-) Wohnungen für alle wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise zu errichten. Dabei stehen Menschen mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt, z.B. Familien, Alleinerziehende, Senioren und Flüchtlinge gleichermaßen im Mittelpunkt.

» … ODER WOHNST DU SCHON?« – STÄDTEBAULICHE/WOHNUNGSWIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE

Aus Sicht der kirchlichen Wohnungsunternehmen sollten Flüchtlinge nicht dauerhaft in Erstunterkünften untergebracht werden, sondern integrativ und dezentral in den Wohnquartieren sowie in guter Nachbarschaft. Bei der Realisierung von Projekten wird den diversen Aufenthaltssituationen der Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Deutschland Berücksichtigung beigemessen. Kirchliche Hilfsprojekte können bereits jetzt jede Phase der gesamten Prozesskette abbilden. Dazu zählen die Erstaufnahme, die Übergangsphase und die dezentrale Unterbringung im Wohnungsbestand/Quartier. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen kommt es darauf an, vorrangig sozialräumlich orientierte Konzepte zu verfolgen. Konkret bedeutet das, gemischte Quartiere zu realisieren. Um die Betreuung innerhalb solcher Quartiere zu gewährleisten, sind (kirchliche) Partner mit ihren Diensten sehr gefragt.

Grundsätzlich muss ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe verstärkt sich durch die Tatsache, dass sich Bund und Länder aus dem geförderten sozialen Wohnungsbau seit vielen Jahren zurückgezogen haben und zugleich mehr Belegungsbindungen auslaufen als neue geförderte Wohnungen entstehen. Der KSD hält eine Wiederaufnahme des Engagements der Kirche

im sozialen Wohnungsbau für erforderlich. Dies ist nicht zuletzt die DNA des Verbandes seit seiner Wiedergründung 1949.

ERFAHRUNGEN IN NEUBAU UND BESTAND

In den letzten Jahren war es nicht leicht für die KSD-Mitglieder, Wohnraum für bedürftige Bevölkerungsschichten zu schaffen. Die von Finanznot geplagten Kommunen verkauften ihre Grundstücke vielfach an denjenigen, der den höchsten Preis bezahlte. Renditeorientierte Investoren errichteten dort vor allem teure Luxuswohnungen. So entstanden Monostrukturen ohne soziale Durchmischung. Für die Intensivierung des Engagements im (sozialen) Wohnungsneubau bleiben Grundstücke unverändert notwendig. Ebenso sollte mancherorts die Verwaltungspraxis der Kommunen dahingehend überprüft werden, wie Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen wären.

Die Bereitstellung von Wohnungen aus dem eigenen Bestand der KSD-Unternehmen an Flüchtlinge stellt sich u.a. durch fehlende Sprachkenntnisse als problematisch dar. Dies erschwert die Kommunikation mit Flüchtlingen. Vergabeverfahren von freiwerdenden Wohnungen an Flüchtlinge dauern dadurch länger als »normale« Nachfolgevermietungen. Durch die Einkommens- und Zweckbindungen im Bestand sind auch kirchliche Wohnungen nicht überall sofort verfügbar, weil Belegungsrechte z.T. den Kommunen obliegen.

»DAS BOHREN DICKER BRETTER« – HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR POLITIK UND KIRCHE

Der KSD plädiert gegenüber dem Bund für eine Ausweitung des Angebots an preiswertem Wohnraum, denn Maßnahmen im Bestand allein reichen nicht aus. Die kürzlich erfolgte Ausweitung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung ist hier ein korrekter Schritt (1,018 Mrd. € p.a. bis Ende 2019). Die Kommunen sind gefragt, ausreichend Bauland nicht nach dem Höchstbieter, sondern nach dem Konzeptverfahren zur Verfügung zu stellen.

Die Kirche bekennt sich bereits zu der Aufgabe, Wohnraum für bedürftige Bevölkerungskreise zu schaffen. So hat die Deutsche Bischofskonferenz im Rahmen der Frühjahrsvollversammlung 2016 »Leitsätze des kirchlichen Engagements für Flüchtlinge« verabschiedet. Darin geht es auch um die Wohnraumfrage. Der primäre Auftrag der Siedlungswerke, angemessenen Wohnraum für Menschen in schwierigen finanziellen oder sozialen Situationen zu schaffen, gelte unverändert fort, heißt es dort. In der Praxis resultiert daraus der Auftrag katholischer Wohnungsunternehmen, weiterhin geförderten Wohnraum zu errichten. Auch innerkirchlich ist die Verfügbarkeit von Grundstücken ein zentraler Aspekt. Dafür erachtet der KSD Gespräche z.B. mit Bistumsleitungen für notwendig, denn entsprechende Liegenschaften sind unerlässlich für integrative Quartiersentwicklungen.

AUSBLICK

Mit ihrem Engagement verdeutlichen die kirchlichen Wohnungsunternehmen, dass Wohnungen keine Handelsware wie Autos oder Schweinehälften sind, sondern ein Gut, mit dem Menschen Heimat verbinden. Die Kirche ermöglicht bundesweit Bedürftigen dieses Stück Heimat. Sie stellt damit innerhalb einer teilweise renditeorientierten Wohnungswirtschaft ein Gegenmodell dar, das für weniger »Ich« und für mehr »Wir« steht.

■ Daniel Bigalke ist Referent beim KSD Katholischer Siedlungsdienst e.V.
Er kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt:
daniel.bigalke@ksd-ev.de
www.ksd-ev.de

■ Das Motiv »**Zuhause**« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2016 erhältlich.
Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Das Bestellformular finden Sie auf:
www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:
info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax:
Fax: 069 / 24 23 14-71

INTEGRATION 2.0

Die »Flüchtlingskrise« verdeutlicht, dass Deutschland mental noch kein Einwanderungsland ist

Dr. Jens Schneider

Der Zynismus in der Flüchtlingsdebatte ist inzwischen so allgegenwärtig, dass er kaum noch als solcher zu erkennen ist: Noch immer fliehen die Menschen vor Krieg, Gewalt und Verfolgung, aber es geht nur noch darum, wie man »sie« daran hindern kann, »zu uns« zu kommen. Die »wirklichen Flüchtlinge« will Europa angeblich immer noch mit offenen Armen empfangen, aber wo ist die Möglichkeit, das vor der gefährlichen Überfahrt im Schlauchboot oder am griechisch-mazedonischen Grenzzaun in Idomeni überprüfen zu lassen?

Mit etwas Abstand betrachtet – z.B. aus der vergleichenden und historischen Migrationsforschung – wird selbst eine Zuwanderung von zwei bis drei Millionen Flüchtlingen in den nächsten Jahren Deutschland in demographischer Hinsicht nicht tief greifend verändern. Aber sie öffnet vielleicht den Blick auf eine allgemeine demographische Entwicklung, die Deutschland und Europa nicht erst seit Wochen oder Monaten, sondern seit Jahrzehnten erleben. Sie wird das Land in der Tat sehr nachhaltig prägen und erfordert dringend einen Paradigmenwechsel in der Diskussion um Einwanderung. Diese demographische Entwicklung wird in der Migrationsforschung mit zwei englischen Fachbegriffen benannt: *Super-diversity* und die Entwicklung zu *majority minority cities*.

»**Superdiversität**« bedeutet nicht nur mehr kulturelle Vielfalt, sondern auch mehr Überschneidungen zwischen den Kriterien, die für den Alltag relevant sind. In vielen Grundschulklassen in Städten und Stadtteilen ist dies schon zur Regel geworden: Noch vor zehn Jahren waren die Klassen im Wesentlichen bi-kulturell deutsch und türkisch. Heute ist eine typische Grundschulklasse ein kleines sprachliches Universum, viele Kinder kommen zudem aus bikulturellen Elternhäusern. Sie umfasst die Enkel der damaligen Gastarbeiter ebenso wie Kinder ohne festen Aufenthalt; nicht wenige sind fast ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Klasse gekommen, darunter Flüchtlingskinder ebenso wie Kinder aus Ländern der EU. Und auch im Unterschied zu früher stellen die Kinder ohne familiäre Einwanderungsgeschichte nicht mehr die Mehrheit – sie sind nur noch eine Minderheit unter vielen anderen.

Dies meint der zweite Begriff: »**Mehrheitlich Minderheiten-Städte**« sind urbane Gesellschaften, in denen es keine ethnische Mehrheit mehr gibt. Das ist z.B. in New York und Los Angeles, aber auch in London und Amsterdam schon heute so. In Deutschland stehen vor allem süddeutsche Städte bereits an der Schwelle: Frankfurt/Main und Stuttgart, aber auch Städte wie Augsburg und Nürnberg haben einen Anteil von Menschen »mit Migrationshintergrund« von über 40 %. Das ist zumindest eine psychologische Herausforderung für die bisherige unhinterfragte Selbstvergewisserung von den ethnisch deutschen Deutschen. Die Frage ist doch, welchen Sinn und Legitimität diese Selbstvergewisserung noch hat, wenn man in Wirklichkeit nur noch eine Minderheit neben ganz vielen anderen ist. Haben Thilo Sarrazin und Pegida also Recht mit ihren Untergangsszenarien? Wie kann und muss die Gesellschaft darauf reagieren und damit umgehen?

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre zu akzeptieren, dass diese Entwicklung unumkehrbar und unvermeidbar ist. Es macht dafür auch keinen qualitativen Unterschied, ob das verzweifelte Bemühen der Politik gelingt, die Zahl der Flüchtlinge, die es bis zu uns schaffen, wesentlich zu senken. Wir sollten uns also lieber heute als morgen die Frage stellen, wie man der gemeinsamen Zukunft in dieser Vielfalt eine Richtung geben kann, dass sie in der Bilanz positiv verläuft. Oder anders gesagt: die gemeinsame Zukunft zu gestalten. Dabei hilft wie so häufig der Blick über die Grenze.

Im zweiten Schritt kann man nämlich feststellen, dass superdiverse Gesellschaften offenkundig funktionieren können. Denken Sie an Städte, die Sie als Global Cities zu den besonders dynamischen Orten von Innovation und Kreativität weltweit zählen würden, die wirtschaftlich ebenso wie kulturell prosperieren: Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit sind alle Orte, an die Sie denken können, superdivers! Städte wie New York oder Amsterdam sind hochattraktiv nicht nur für Touristen. Was immer man von der ethnischen und kulturellen Vielfalt dort halten mag, sehr deutlich ist jedenfalls, dass die Reibungsenergien der Supervielfalt diese urbanen Gesellschaften nicht weniger lebenswert gemacht haben.

Im dritten Schritt können wir von eben jenen Städten und Ländern, die schon etwas länger Erfahrung mit Einwanderung und zunehmender Vielfalt haben, lernen, dass gelungene Integration Zeit und Gelassenheit braucht: Integration ist eine Generationenfrage, die keine falschen Erwartungen wecken darf. Und sie setzt gewissermaßen einen »fairen Deal« voraus: Von denjenigen, die

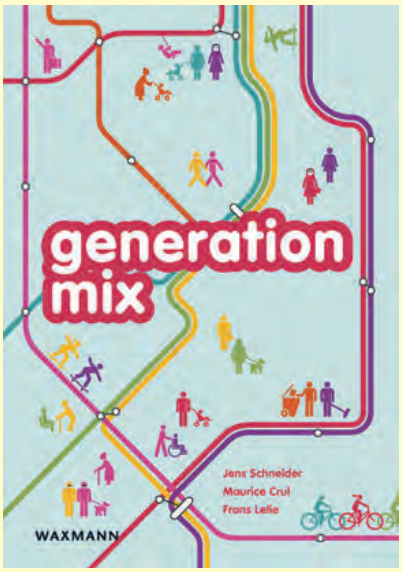
als Erwachsene oder gar Eltern zu uns kommen, hier hart arbeiten, etwas beiseitelegen und für eine gute Ausbildung der Kinder sorgen, dürfen wir ein hohes Maß an Gesetzestreue und Zufriedenheit erwarten – aber nicht, dass sie die deutsche Sprache fließend bis akzentfrei erlernen oder aufhören, ihre Sprache zu sprechen und ihre Religion zu leben. Junge Erwachsene träumen von Berufen und Karrieren und sind dafür bereit, einen langen Weg zu gehen – wenn sie dafür eine Perspektive haben. Wer dagegen jahrelang fürchten muss, am nächsten Morgen abgeschoben zu werden, der investiert keine Zeit in Ausbildung, sondern sucht möglicherweise lieber das schnelle Geld – auch wenn es das nicht auf legalen Wegen gibt. Kinder schließlich haben die wunderbare Gabe, sich schnell dort zuhause zu fühlen, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben. Sie haben auch kein Problem damit, dass manche Dinge zuhause anders sind als in der Schule und auf der Straße – wenn es nicht allenthalben zum Problem gemacht wird. Den Eltern ist in aller Regel wichtig, dass ihre Kinder den Bezug zur elterlichen Herkunft nicht verlieren, sie wünschen und erwarten Loyalität. Aber die Heimat der Kinder ist da, wo sie groß werden.

Erfahrene Einwanderungsgesellschaften machen sich keine großen Gedanken über vorgebliche »Parallelgesellschaften«, weil sie wissen, dass die im Land groß werdenden Kinder von Migrantinnen und Migranten sich eigentlich von alleine zugehörig fühlen, die Sprache sprechen und so weiter. Aber sie erheben auf diese Kinder auch einen Anspruch und zwar unabhängig von Muttersprache, Religion oder Hautfarbe. Integrationsprobleme in der zweiten und dritten Generation sind daher praktisch immer hausgemacht: das Ergebnis von ausgrenzenden Diskursen, erlebter und nicht geahndeter Diskriminierung und struktureller Benachteiligung. Bis heute wird in Deutschland auf die zweite und dritte Generation kein Anspruch erhoben. Und Diskriminierung und Benachteiligung werden kaum thematisiert, geschweige denn laut und deutlich geahndet. Dazu gehört auch, dass gleiche Bildungs- und berufliche Aufstiegschancen für Kinder aus Einwandererfamilien viel zu lange keine Priorität hatten. Dabei zeigen Studien, dass Bildungsniveau und Jobchancen signifikant dazu beitragen, aus Kindern und Enkeln von Einwanderern loyale, liberale und produktive Mitglieder dieser Gesellschaft werden zu lassen – wenn sie nicht aktiv daran gehindert werden.

Die Mehrheitlich Minderheiten-Gesellschaft ändert dafür allerdings die »Geschäftsgrundlage«, denn wer in dieser Gesellschaft klarkommen und erfolgreich sein will, der muss lernen, mit der Supervielfalt umzugehen. **Integration 2.0** ist die Teilhabe an einer Gesellschaft, in der ethnische und religiöse Unterschiede so ausdifferenziert sind, dass sie keine Aussage mehr treffen über die lokale, regionale und nationale Zugehörigkeit. Sie bedeutet, dass ethnische oder religiöse Unterschiede zwar nicht verschwinden, aber ihre Bedeutung vor allem kontext- und situationsgebunden ist. **Integration 2.0** heißt also auch, dass sie alle betrifft, ob zugewandert oder nicht. Und dass sie möglicherweise andere Skills erfordert, z.B. Kenntnisse in Sprachen und Religionen. Allem voran aber gilt es Abschied zu nehmen von der Idee, man könne »deutsch« auch in Zukunft noch ethnisch definieren: Deutsch ist, wer hier groß geworden ist und einen deutschen Pass hat. Gute »Deutsche« sind diejenigen, die die zentralen Gedanken des Grundgesetzes beherzigen und ihr Zugehörigkeitsgefühl aus den republikanischen und zivilgesellschaftlichen Errungenschaften der Nachkriegsgeschichte beziehen. Und da ist ein Großteil der zweiten Generation »mit Migrationshintergrund« den Anhängern von AfD und Pegida um einiges voraus.

■ Dr. Jens Schneider ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück. Er kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt:
jens.schneider@uni-osnabrueck.de



Lust auf Weiterlesen?

Ausgehend von der europäischen TIES-Studie zeigen Jens Schneider, Maurice Crul und Frans Lelie, dass wir genau jetzt an einer wichtigen Weggabelung stehen:

Nur die Städte, die allen ihren Talenten einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Jobs und Zugehörigkeit bieten, werden erfolgreich sein.

■ **generation mix: Die superdiverse Zukunft unserer Städte und was wir daraus machen.** Das Buch ist erschienen beim Waxmann Verlag im Jahr 2015.
ISBN 978-3-8309-3182-9

EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT – ERFOLGREICHE GEMEINSAME ZUKUNFT

Für eine offene und freiheitliche Gesellschaft!

Positionspapier des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Die anfänglich positive Stimmung im Sommer 2015 ist der Sorge um die eigene Existenz und der Angst, von den Regierungsverantwortlichen vergessen zu werden, gewichen. Es vergeht kein Tag, an dem medial nicht über Schwierigkeiten berichtet wird, die der hohen Anzahl flüchtender Menschen zugeschrieben wird. Insbesondere Frauen sollen hiernach gefährdet sein, von Flüchtlingen (sexuell) belästigt und angegriffen zu werden. Die Stimmen, die nach Sicherheit und Ordnung rufen, werden immer lauter, ebenso nach einem strengen staatlichen Durchgreifen gegenüber Flüchtlingen und nach einer drastischen Reduzierung Schutzsuchender.

Ärger und Aggression machen sich breit, rechtspopulistische und rassistische Äußerungen sowie tätliche Übergriffe gehören zunehmend zum Alltag in Deutschland. Auch binationale/bikulturelle Familien berichten verstärkt von verbalen Attacken und Pöbeleien auf der Straße und in ihrem sozialen Umfeld.

Dr. Bärbel Sánchez Coroneaux, Bundesvorstand: »Was mir Angst macht, ist die Einseitigkeit mit der Themen hochkochen. So schlimm und furchtbar Köln und die Folgen sind, über den Überfall auf einen ganzen Stadtteil in Leipzig durch Neonazis und über die verheerenden Folgen wird bundesweit kaum ein Wort verloren; vor allem nicht von der Politik. Er wird damit abgetan als kloppen sich dort nur Rechte und Linke. Die Politik hechelt den ›besorgten Bürgern‹ und damit den Rechten nur noch hinterher und nähert sich in ihren Positionen diesen immer weiter an.«

WIR STEHEN AN EINEM HISTORISCHEN WENDEPUNKT

Viele Menschen sind weltweit auf der Flucht. Die Einwanderung nach Europa und somit auch nach Deutschland wird auch zukünftig anhalten. Wir benötigen daher eine europäische Lösung – auch andere europäische Staaten sind angehalten, Schutz für Menschen, Schutz und Zuversicht ankommenden Familien zu geben.

Die aktuelle schwierige Situation hat auch eine positive Kehrseite. Sie bietet die einmalige Chance für Deutschland, sich als wirkliches Einwanderungsland zu verstehen und entsprechend zu agieren. Die neue Einwanderung führt uns die Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte deutlich vor Augen. Wo sind bezahlbare Wohnungen vor allem in den Ballungsgebieten? Die einheimische Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund forderte diese bereits seit langem ein. Wie steht es mit der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen, Behörden und Verwaltung? Sie ist teilweise stecken geblieben und auch dieser Umstand wird sichtbar. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass aktuell in den unterschiedlichsten Bereichen versucht wird, rasch aufzuholen bzw. die bisherige Arbeit gezielt fortzusetzen.

Als Einwanderungsgesellschaft zu agieren bedeutet auch, die Potenziale aller Menschen im Land in den Blick zu nehmen, von jenen, die kommen, und von den Einheimischen gleichermaßen. Ihnen sind Zugänge zu Bildung und Ausbildung uneingeschränkt zu ermöglichen und ebenso Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven der gesellschaftlichen Teilhabe aufzuzeigen – denn nur gemeinsam können die Anforderungen einer vielfältigen und gleichzeitig demographisch alternden Gesellschaft angegangen werden.

Sidonie Fernau, Bundesvorstand: »›Brückenbauer‹ und ›Übersetzer‹ finden wir in binationalen Familien. Hier wird das im Kleinen gelebt, was wir in einer veränderten Gesellschaft in diesem Land benötigen: das Verständnis füreinander und die Sprachkompetenz, um gemeinsam erfolgreich miteinander leben und arbeiten zu können. Umso wichtiger also, Binationale in den Prozess der Veränderung unserer Gesellschaft mit einzubinden und ihre Erfahrungen zu nutzen.«

Die Integrations- und Inklusionsarbeit gewinnt an Bedeutung. Sie wird zu einer wichtigen gesellschaftlichen Querschnittsaufgabe, denn immer weniger Bereiche können sich ihr entziehen. Damit tritt sie aus ihrer bisherigen Nische heraus. Sie nimmt nunmehr einen zentralen Stellenwert auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ein und wird nicht mehr allein als Sonderaufgabe für spezifische Einrichtungen gesehen. Hierin liegt die Chance für Deutschland: Einwanderung als Querschnittsaufgabe anzunehmen und eine neue Gesellschafts- und Sozialpolitik anzustoßen, die alle hier lebenden Menschen einbezieht. Es ist unerheblich, woher die Menschen kommen, welche Hautfarbe sie haben oder welche Sprachen sie sprechen. Handlungsleitend für aufzulegende Programme ist die soziale Lage. Es muss alles getan werden, damit die Gesellschaft nicht auseinanderfällt. An dieser Stelle sind alle gefragt: die zivile Gesellschaft ebenso wie die staatlichen Akteure.

WIR BENÖTIGEN RAHMENBEDINGUNGEN FÜR INTEGRATION UND INKLUSION

Die Bundesebene ist gefordert, strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen. Es reicht nicht aus, sich verbal für eine Willkommenskultur auszusprechen. Es gilt, ein Konzept für Deutschland als

wirkliches Einwanderungsland zu denken und aktiv zu entwickeln. Das fehlt bislang. Auch wenn Deutschland international ein gutes Zeugnis für die Integrationsarbeit ausgestellt wird, ist eine strategische Ausrichtung wenig spürbar. Bestehende strukturelle Rahmenbedingungen für Einwanderung werden nicht auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft. Sie unterliegen aktuell dem sicherheits- und ordnungspolitischen Denken, das sehr häufig einem inklusiven Gedanken der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe entgegensteht. Letzteres ist jedoch notwendig, um soziale Gerechtigkeit neu zu denken und aktiv zu gestalten.

John Kannamkulam, Bundesvorstand: »Rassisten, Extremisten und religiöse Fanatiker wollen uns spalten, Schwarz wie Weiß, Migranten und alteingesessene Deutsche, Menschen muslimischen Glaubens, Juden, Christen, Hindus, Sikhs und alle anderen Kulturen und Religionen sowie Atheisten, Flüchtlinge, Ausländer und Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund. Sie treiben schleichend einen Keil zwischen alle Demokraten gleich welchen ›politischen Lagers‹. Unsere Angst vor einer wie auch immer gearteten Gefahr, so real sie auch sein mag, ist der Treiber. Haben wir schon vergessen, wie gesellschaftliche Spaltung funktioniert? Heute die! Morgen du!

Keine demokratische Gesellschaft, wie die unsere auf der Welt hat es bisher je geschafft ohne Mühen, Konflikte und Rückschläge eine Demokratie und Gesellschaft für möglichst alle zu sein. Aber sie haben es geschafft und arbeiten mit den Mitteln der wehrhaften Demokratie, also freiheitlicher Rechtsstaat und Strafrecht. Das wichtigste Mittel einer jeden wehrhaften Demokratie aber ist eine aktive und lebendige Zivilgesellschaft, die bemüht ist Aufklärungsarbeit auf gewinnende Weise gegen Vorurteile und Diskriminierung zu leisten.«

FÜR EINE OFFENE UND FREIHEITLICHE GESELLSCHAFT!

Wir, die interkulturell lebenden Paare und Familien, werden an den Grundpfeilern dieser Gesellschaft festhalten und ihre Grundwerte verteidigen. Es ist uns wichtig, in einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft zu leben. Wir wissen, dass dies Voraussetzungen sind für ein funktionierendes interkulturelles Zusammenleben, wir wissen aber auch, dass es nicht zum Null-Tarif zu bekommen ist. Auch wenn wir aktuell in unserem Land große Herausforderungen zu meistern haben, so ist dies kein Grund, demokratische Werte, Grund- und Menschenrechte anzutasten, diese sogar aufzukündigen bzw. bestimmten Personengruppen vorzuenthalten.

Nach wie vor gibt es eine hohe Anzahl von Befürwortern und Unterstützern der neuen Einwanderung, die hierin Chancen und Möglichkeiten für Deutschland und Europa sehen und sich für ein Zusammenleben verschiedener Kulturen und Ethnien aussprechen. Dieser Offenheit und großen zivilen Hilfsbereitschaft darf von politischer Seite nicht mit altbekannten Reflexen der Abwehr und Begrenzung begegnet werden. Es werden zurzeit in einer rasanten Geschwindigkeit Gesetze zur Beschleunigung von Asylverfahren auf den Weg gebracht, die vor allem die zahlenmäßige Reduzierung Schutzsuchender zum Ziel haben. Und wie so oft sind die Familien dabei die Leidtragenden. So sollen subsidiär Schutzberechtigte zwei Jahre warten, ehe sie den Nachzug engster Familienangehöriger beantragen können.

Angela Rother-El-Lakkis, Bundesvorsitzende: »Mich ärgert es sehr und stößt auf völliges Unverständnis, warum die Devise ›Wir schaffen es‹ nicht als Motivation verstanden und aufgegriffen wird, die unstreitbar großen Herausforderungen anzugehen. Politik schafft es offenbar nicht mehr, die eigenen Ziele durchzusetzen. Stattdessen führt der Gegenwind einer selbsternannten vermeintlichen Volksbewegung wie Pegida dazu, dass das Grundgesetz untergraben wird und Politiker*innen vor der Straße zurückweichen!«

Trotz alledem: Die Zivilgesellschaft ist stark und gefestigt. Viele Menschen engagieren sich in ihr ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Sie setzen ihr Engagement der Angst der Anderen vor Einwanderung entgegen.

Deutschland muss mutig sein. Das heißt, auftretende Probleme sehen, ansprechen und offenlegen, um wirkliche menschenrechtskonforme Lösungen zu finden.

Mutig sein, heißt auch, diejenigen, die Recht brechen, in die gesetzlichen Schranken zu verweisen und von der großen Gruppe, die geltendes Recht respektiert und befolgt, zu differenzieren.

© Verband binationaler Familien und Partnerschaften – Archiv

Mutig sein bedeutet auch, eine Zukunft zu denken, die man nicht bis zu Ende voraussagen kann, die mit Veränderung zu tun hat und die als ein Entwicklungsprozess anzusehen ist.

Mutig sein bedeutet, Strukturen zu schaffen, in denen die Menschen in diesem Land sich wiederfinden und ein erfolgreiches Zusammenleben möglich wird.

Mutig sein heißt politisch auch, ein Einwanderungsgesetz neben dem Recht auf Asyl zu formulieren, das menschenrechtskonforme Antworten gibt.

Der Gewinn dieses Mutes?: Ein zukunftsfähiges Miteinander, ein Verschmelzen der Potenziale aller und ein Miteinander von lokalen und globalen Interessen. Und: die Überwindung einer Angst, die die Handlungsfähigkeit und das Denken der Menschen in Deutschland hemmt.

■ Wir dokumentieren das Positionspapier des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. in leicht gekürzter Fassung.

Den Volltext finden Sie auf unserer Homepage unter www.interkulturellewoche.de.

■ Kontakt: Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V., Bundesgeschäftsstelle, info@verband-binationaler.de www.verband-binationaler.de

EINE EINWANDERUNGSVERFASSUNG FÜR DIE EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Farhad Dilmaghani und Dr. Johannes Eichenhofer

Die gegenwärtigen Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Europa und speziell nach Deutschland stellen die hiesige Zivilgesellschaft und Politik vor zahlreiche Herausforderungen. Die Antworten auf die Frage nach der angemessenen Reaktion pendeln zwischen Abwehr und Integration der Flüchtlinge. Es fehlt erkennbar an einem neuen Kompass für die demografische und immer diverser werdende gesellschaftliche Realität eines Einwanderungslandes. Notwendig wäre es deshalb, ein neues Staatsziel »Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe« ins Grundgesetz aufzunehmen. Dieser Vorschlag geht zurück auf ein Thesenpapier des Vereins »DeutschPlus – Initiative für eine plurale Republik« aus dem Jahr 2011. Jetzt scheint der Zeitpunkt reif, darüber eine breitere Debatte zu führen.

Ein neues Selbstverständnis von Deutschland als Einwanderungsgesellschaft sollte im Grundgesetz verankert werden. Es braucht einen neuen verfassungsrechtlichen Kompass für die Einwanderungsgesellschaft, der die staatlichen Institutionen langfristig verpflichtet. Einen neuen Art. 20b im Grundgesetz: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert daher die gleichberechtigte Teilhabe und Integration.« Er bezieht sich auf alle rechtmäßig in Deutschland lebenden Menschen und könnte eine überfällige Zeitenwende in der Integrationspolitik einläuten.

Der Aufnahme neuer Staatsziele im Grundgesetz wird oftmals mit Zweifeln begegnet. Das war auch der Fall, als im Jahre 1994 das Staatsziel »Umweltschutz« ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Daraus lässt sich lernen, dass ein politisches Anliegen in den Rang eines »Staatsziels« erhoben werden kann, wenn es auf eine Entwicklung Bezug nimmt, die die Gesellschaft grundlegend verändert.

So reagiert ein mögliches Staatsziel »Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe« unmittelbar auf die Entwicklung des ethnisch relativ homogenen Nachkriegsdeutschlands hin zur jetzigen Einwanderungsgesellschaft. Mittlerweile hat ein Fünftel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, ein Drittel aller Familien haben migrationsgeschichtliche Bezüge. Eine neue Generation »DeutschPlus« wächst heran, die sich in Deutschland beheimatet fühlt und ihre eigenen Wurzeln wertschätzt. Was würde sich durch ein neues Staatsziel konkret ändern?

Erstens, ein positives Bekenntnis zu »Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe« im Grundgesetz schafft einen klaren normativen Kompass für die Einwanderungsgesellschaft. Deutschland würde sich unwiderruflich festlegen. In einer Einwanderungsgesellschaft sollten »Einwanderer« und »Einheimische« nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr müssen beide Seiten für die Gestaltung ihrer Zukunft Verantwortung übernehmen. So kann das weiter befördert werden, was Bundespräsident Gauck als »neues deutsches Wir« bezeichnet.

Zweitens, lässt sich eine kohärente moderne Integrationspolitik formulieren, die »Integration« unumstößlich als Prozess wechselseitig aufeinander bezogener Integrationsleistungen von Individuum und Gesellschaft ansieht. Jahrzehntelang war der Ansatzpunkt deutscher Integrationspolitik die Feststellung von »Integrationsdefiziten« auf Seiten der Einwanderer, die sie durch Integrationsleistungen zu kompensieren hatten. Demgegenüber blieben die Integrationsleistungen der »Aufnahmegesellschaft« meist im Unklaren. Eine Integrationspolitik, die sich auf »Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe« festlegt, würde zweierlei bewirken: bestehende gesetzliche Regelungen müssten kritisch hinterfragt werden, ob sie dem Staatsziel entgegenstehen. Neue Gesetze müssten sich nunmehr daran messen lassen.

Diesen Effekt von Staatszielen bezeichnet der Berliner Verfassungsrechtler Prof. Dr. Michael Kloepfer als »Ver-

schlechterungshindernis«. Staatsziele verpflichten die drei Staatsgewalten, ihnen zu möglichst großer Wirkung zu verhelfen. Aufgrund ihres verfassungsrechtlichen Rangs könnten dem Staatsziel zuwiderlaufende Bestimmungen nicht mehr durch politische Erwägungen, sondern nur durch ein anderes Rechtsgut von Verfassungsrang gerechtfertigt werden. Das neue Staatsziel würde dafür sorgen, dass die bislang eher vorsichtig verfolgte Politik der interkulturellen Öffnung staatlicher Institutionen und Dienstleistungen zu forcieren wäre. Dies hätte zugleich eine Signalwirkung für die gesamte Gesellschaft. Hierdurch würden die Strukturen der Bundesrepublik Deutschland fairer und durchlässiger für Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, was erstens dazu führen würde, dass die staatlichen Institutionen vielfältiger besetzt wären und hierdurch an interkultureller Kompetenz gewönnen. Zweitens würden sie die Gesellschaft möglichst repräsentativ abbilden – eine zutiefst demokratische Forderung, die auch der gesamten Gesellschaft Stabilität verleihen kann.

Drittens, die Aufnahme des Staatsziels sowie ein hieran ausgerichtetes Staatshandeln würden schließlich auch zu einer Verbesserung der individuellen Position der Menschen mit Migrationshintergrund beitragen. Hieran besteht nicht nur ein individuelles Interesse im Sinne eines Rechts auf soziale Teilhabe, sondern auch ein gesamtgesellschaftliches, da auf diesem Wege sozialen Desintegrationsprozessen besser begegnet werden kann. Dies setzt auch voraus, dass jegliche Form von Diskriminierung und Rassismus viel entschiedener bekämpft wird. Brennende Flüchtlingsheime sind nur das sichtbarste Bild von grassierenden Vorstellungen über Ungleichwertigkeit und Zugehörigkeit zu Deutschland.

Darüber hinaus ist die hier lebende, alternde Gesellschaft auf qualifizierte und nachhaltige Einwanderung angewiesen. Tatsächlich wäre das Bruttoinlandsprodukt 2013 nach Berechnungen der Volkswirte der Deutschen Bank ohne Zuwanderung leicht geschrumpft, anstatt um 0,4 % zu wachsen. Aber gerade Hochqualifizierte hält es am wenigsten in Deutschland. Von ihnen sind 45 % unentschlossen, ob sie in Deutschland bleiben möchten. Zugespitzt gesagt, erweist sich jeder Versuch einer anreizbasierten und nachhaltigen Zuwanderungssteuerung »von außen« als weniger erfolgsversprechend, solange die Voraussetzungen »von innen« nicht substantiell verbessert werden. Die vielbeschworene Willkommenskultur würde perspektivisch überflüssig, weil gelebte Vielfalt sich zur Norm entwickelt.

Ein neues Staatsziel »Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe« würde also eine konkrete und unumkehrbare Standortbestimmung vornehmen, wie ernst wir es mit der Einwanderungsgesellschaft meinen. Die Zeit ist reif für eine Einwanderungsverfassung. Sie wäre auch für Europa vorbildhaft gerade vor dem Hintergrund epochaler Veränderungen wie wir sie zur Zeit erleben. Die Umsetzung wird Gesellschaft, Staat und Wirtschaft viel abverlangen. Aber es lohnt sich, die Vision des »neuen deutschen Wir« zu verwirklichen.

■ Farhad Dilmaghani ist Vorsitzender und Dr. Johannes Eichenhofer stellvertretender Vorsitzender von DeutschPlus e.V. – Initiative für eine plurale Republik.

■ Kontakt:
farhad.dilmaghani@deutsch-plus.de und
johannes.eichenhofer@uni-bielefeld.de

Sowohl Herr Dilmaghani als auch Herr Dr. Eichenhofer können für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

DEUTSCHPLUS

Deutsch Plus
Initiative für eine plurale Republik

Wir sind die »Generation DeutschPlus«. Wir sind hier geboren und aufgewachsen oder vor geraumer Zeit eingewandert. Ob Deutsche mit oder ohne einen sogenannten Migrationshintergrund, bei vielen von uns kommen aufgrund unserer Biographien weitere kulturelle Zuschreibungen hinzu. Dies empfinden wir nicht als Dilemma oder Loyalitätskonflikt, sondern als Bereicherung und Realität in einer Einwanderungsgesellschaft Deutschland und in einer globalisierten Welt. Wir verstehen uns als aktiv teilnehmende Bürger der Zivilgesellschaft und haben Kompetenzen im transkulturellen Berufs- und Alltagsleben. Uns verbindet unser Engagement und ein klares Bekenntnis zu Vielfalt und Pluralität in unserer Gesellschaft. Wir wollen die Diskussion in Deutschland um Vielfalt, Migration und Integration weg von einem defizitorientierten hin zu einem chancenbasierten Diskurs befördern.

DeutschPlus engagiert sich als gemeinnütziger Verein für ein plurales Deutschland von morgen.

■ Weitere Informationen und Kontakt unter: www. deutsch-plus.de

RASSISMUS IM DEUTSCHEN BILDUNGSSYSTEM – MENSCHENRECHTLICHE BETRACHTUNGEN

Daniel Gyamerah

*Am Ende ist es eine Glaubensfrage. Glauben wir an die Menschenrechte? Sind sie uns Leitmotiv zur Gestaltung einer pluralen Gesellschaft oder nur ein Stück Papier, das zwischen Bürokrat*innen auf internationalem Parkett hin und her geschoben wird? Um es vorweg zu nehmen: ich glaube.*

Menschenrechte bieten nüchtern-inspirierende Orientierung – ohne Anschuldigung; trotz klarer Aussagen, Rahmenbedingungen und Handlungsaufträgen. Wagen wir es für einen Moment zu glauben; einen Blick auf den Rahmen zu werfen, den wir uns selbst gegeben haben und mit erstaunlicher Leichtigkeit für allerlei Geschehnisse außerhalb Deutschlands zitieren: die von uns ratifizierte Kinderrechtskonvention legt in Artikel 29(1) Absatz a die volle Entfaltung der Persönlichkeit als Zielvorgabe für Bildung fest: »die Vertragsstaaten stimmen darin überein, dass die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muss, die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen«.

In Deutschland ist die Schule die einzige Institution, die wir alle durchlaufen müssen. Mit gutem Grund: Bildung ist ein Menschenrecht. Es muss allen Menschen frei von Diskriminierung gewährt werden. Die Kinderrechtskonvention erinnert uns: Jede*r zählt.

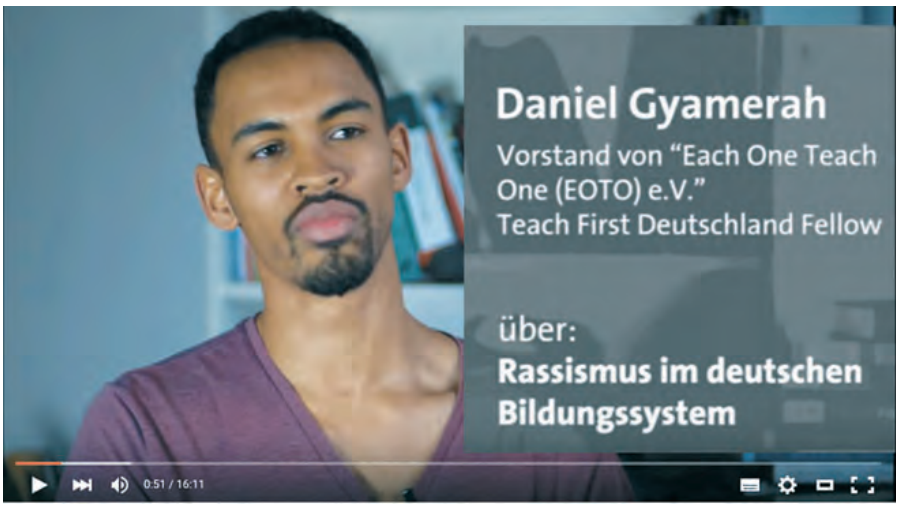
In Schulen entsteht ein altes Spiegelbild oder ein neuer Spiegel der Gesellschaft. Die Lehrpläne zeigen, wie wir uns selbst sehen und was wichtig ist, um in diesem Land zu leben. Die Klassenzimmer zeigen, wem welcher Platz vorbestimmt ist. Wer geht auf welche Schule? Wer sitzt in welchem Klassenzimmer?

Ein Blick auf unsere Schulen lässt fragen, ob wir glauben, dass die Fähigkeiten von Kindern so verteilt sind, dass wir akzeptieren können, dass Jugendliche mit sogenanntem Migrationshintergrund auf Schulen überrepräsentiert sind, die deutlich schlechtere Lebenschancen versprechen?

Wer ist schuld an diesem nicht-zufälligen Zustand? Allzu häufig drängt sich die Interpretation auf: »natürlich haben Kinder das Recht auf exzellente Bildung, aber bei so einer schlechten Vorbildung, solch einer Erziehung kann man einfach nichts machen«. Ich habe selbst zwei Jahre an einer Schule unterrichtet und weiß, wie es sich anfühlt, alles zu geben und kenne das Gefühl, das aufsteigt, wenn trotzdem nichts zu klappen scheint. Kein Arbeitsblatt. Keine Methode. Keine Ansprache. Was tun in solch einer Situation? Gebt mir andere Schüler*innen, damit ich meinen Unterricht durchführen kann. Wie soll ich so unterrichten? Die gemeinschaftliche, menschenrechtliche Verantwortung wird an die Eltern, Kinder und Kindeskinder ausgelagert. Die Schule kann es nicht richten; die Kinder sind wahrscheinlich anders begabt – anders im Sinne von: »die sind halt' nicht für's Gymnasium gemacht«.

Wagen wir für einen Moment eine andere Betrachtung. Einen Blick, der nicht die Kinder und ihre Familien ins Zentrum rückt, sondern auf all jene Mechanismen fokussiert, die in ihrer Summe dazu beitragen, dass Schüler*innen of Color und Schwarze Schüler*innen (jene, die unter dem Label »Migrationshintergrund« subsummiert werden, obwohl alle wissen, dass damit meistens nicht weiße Schüler*innen gemeint sind) ihr Potential nicht voll entfalten können.

Es geht nicht um individuelle Schuld. Rassistische Diskriminierung bezieht sich explizit auf den Effekt, die Summe von Ideologien, Strukturen und Handlungen (Essed 1991:52 und 2002:204)[1] im und des Schulsystems, die keiner rassistischen Intention unterliegen. Die UN-Anti-Rassismus-Konvention erinnert uns: der Schutz vor rassistischer Diskriminierung ist ein Menschenrecht, das nicht individuelle Schuld zentriert, sondern kollektiv-individuelle Verantwortung für den Effekt hervorhebt.



Einen Filmbeitrag von Daniel Gyamerah zum Thema können Sie bei YouTube unter dem Titel: Bin ich schuldig? Alltagsrassismus in Deutschland unter folgendem Link sehen: www.youtube.com/watch?v=zD5DSAMA0SA©

Schüler*innen sind für ihre individuellen Handlungen verantwortlich, aber tragen sie auch die Verantwortung für das Versagen des Bildungssystems? Sind sie für Segregationsmechanismen zwischen den Schulen verantwortlich?[2] Sind sie dafür verantwortlich, dass sie in den von ihnen besuchten Schultypen langsamer lernen? Können sie etwas an der Segregation der Stadtviertel ändern?[3] Können sie sich adäquat gegen Stereotype wehren, mit denen sie täglich in den Medien, Lehrplänen und durch das Lehrpersonal konfrontiert und dadurch von Erfolgen abgehalten werden? Ich denke nein. Auch wenn mich meine Schüler*innen manchmal verrückt gemacht haben, all diese Mechanismen tragen zu rassistischer Diskriminierung, zu geringeren Lebenschancen für rassifizierte Gruppen bei – ob ich es will oder nicht. Ich komme nicht aus meiner Haut.

Was tun? Wir sollen allen Kindern ihre volle Entfaltung ermöglichen, dabei niemanden diskriminieren (Kinderrechtskonvention) und machen uns kollektiv für alle Effekte und Mechanismen verantwortlich, die dazu beitragen, dass Schüler*innen of Color und Schwarze Schüler*innen ihr Potential nicht voll entfalten können (UN-Anti-Rassismus-Konvention). Das ist ziemlich viel. Es stellt sich mir die Gretchen-Frage: wie ham' wir's mit den Menschenrechten? Ich habe eine Entscheidung getroffen: ich glaube.

Im Alltag, der für viele keine Revolution erlaubt, bieten sich meiner Erfahrung nach folgende Ansatzpunkte für Veränderung an – als Stückwerktechnik. Schritt für Schritt. Tag für Tag:

- **Glaubensfrage:** Ich stelle mir immer wieder die Frage, ob ich wirklich glaube, dass
  1.) jedes Kind ein Recht auf diskriminierungsfreie Bildung hat,
  2.) die Fähigkeit hat sich Bildung anzueignen und
  3.) der Weg zu Schulen und einem Schulsystem denk- und machbar ist, in dem beides umgesetzt wird – glaube ich an meine Schüler*innen?

- **Re-justierung:** Der Alltag zermürbt. Es lohnt sich innezuhalten, den Kopf zu heben und sich zu re-justieren. Wohin laufe ich, wohin laufen wir? Die Menschenrechte bieten eine angemessene Orientierung zum Neu-Denken des Schulalltags.

- **Veränderung beginnt im Kleinen:** Man muss kein*e Schulleiter*in sein, um Veränderung anzustoßen und mitzugestalten; oft reicht ein*e Verbündete*r für den ersten Schritt – z.B. bei der Korrektur von Klausuren die Namen zu verdecken–, der bei einem Kaffee reflektiert werden kann.

- **Anerkennen und Aushalten:** Es ist nicht einfach zu akzeptieren, dass ich Teil einer Menschenrechtsverletzung bin und teilweise gezwungen werde dazu beizutragen; das sollte ich anerkennen und aushalten, verleiht meinem Handeln aber auch Bedeutung.

- **Strukturen schaffen:** Wenn es zu rassistischen oder anderen diskriminierenden Vorfällen kommt, muss es Strukturen geben, an die man sich wenden kann. Deshalb sollten flächendeckende, unabhängige, rassismuskritische Antidiskriminierungs- und Beratungsstellen für Schulen aufgebaut werden, die u.a. Trainings anbieten und Diskriminierungen unabhängig nachgehen können[4].

- **Ausbildung anpassen:** Wir sind alle Menschen. Was wir nicht gelernt haben, setzten wir oft nicht um. Deshalb müssen Lehrer*innen von Anfang an und berufsbegleitend menschenrechtlich geschult werden und lernen sich selbst zu hinterfragen, damit jede*r Schüler*in von antirassistisch und interkulturell ausgebildeten Lehrer*innen individuell gesehen und gewertschätzt wird.

- **Großgedacht:** Wenn wir es ernst meinen, müssen wir die städtische und schultypbezogene Segregation überwinden und nicht für Kinder im Alter von 10 Jahren entscheiden, auf welche weiterführende Schule sie gehen werden. Gentrifizierung, Mietpreisbremsen und Schulstrukturen müssen für den inneren Zusammenhalt einer gesunden Gesellschaft überdacht werden.

1 Essed, P. 1991. Understanding Everyday Racism: An Interdisciplinary Theory, Vol. 2. Newbury Park: Sage Publications, Inc. Essed, P. 2002. »Everyday Racism.« Seite. 202-16 in Goldberg/Solomos/Malden (Hrsg.). Blackwell Publishing Ltd.

2 Baumert, J., P. Stanat and R. Watermann. 2006. »Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern-und Entwicklungsmilieus.« In: Baumert/Stanat/Watermann (Hrsg.), Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000:95 – 188. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

3 Terpoorten, Tobias. 2014. »Räumliche Konfiguration der Bildungschancen: Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet.« Vol. Band 3: ZEFIR.

4 http://www.benedisk.de/ (Zugriff am 6.3.2016)

■ Daniel Gyamerah ist Projektleiter bei Citizens For Europe (»Vielfalt entscheidet – Diversity in Leadership«) und Vorsitzender des Empowermentprojekts Each One Teach One (EOTO) e.V. Als leidenschaftlicher Verfechter des Menschenrechts auf Bildung verfasste er eine Hintergrundexpertise über Rassismus im deutschen Bildungssystem für den Parallelbericht zur UN-Anti-Rassismus-Konvention. Neben Fragen zu inklusiver Führung und strukturellen Machtzugängen für unterrepräsentierte Gruppen arbeitet er vor allem zu den Themen Empowerment, Gleichstellungsdaten und rassistische Diskriminierung im Schulsystem. Der Autor kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

■ Kontakt:
daniel.gyamerah@eoto-archiv.de

■ Den Volltext inklusive aller Verlinkungen finden Sie unter:
www.interkulturellewoche.de

FÜR SOLIDARISCHE BILDUNG IN DER GLOBALEN MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Ein Aufruf aus Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialer Arbeit

Wechselwirkungen von politischen Konfliktlagen und ökonomischer Ungleichheit haben in einer Vielzahl von Ländern zu unerträglichen Lebensbedingungen geführt. Nach Schätzungen des UNHCR sind weltweit über 59 Millionen Menschen auf der Flucht. Mittlerweile handelt es sich dabei um eine der größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die europäische Flüchtlingspolitik der letzten Jahrzehnte war und ist nach wie vor im Wesentlichen von dem Versuch gekennzeichnet, durch Stärkung der europäischen Grenzeinrichtungen Menschen auf der Flucht die Einreise nach Europa zu erschweren. So stellte die EU beispielsweise Griechenland im Jahr 2012 für die Versorgung von Asylsuchenden vier Millionen Euro und für die Grenzsicherung 200 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Politik hat ein europäisches Grenzregime errichtet, das sukzessive weiter nach Süden und Osten verschoben und militarisiert wird und inzwischen viele tausende Menschenleben gekostet hat. Zur Vorteilssicherung Europas sind die europäischen Staats- und Regierungsverantwortlichen dabei, dieses Grenzregime weiter zu stärken. Im öffentlichen Diskurs werden zunehmend Positionen respektabel, die mit an rassistische Deutungsmuster anschließenden Argumenten (etwa: die mangelnde Sittlichkeit der geflüchteten Menschen) zu begründen versuchen, warum die Verweigerung von Asyl und Zuflucht legitim sei.

Geflüchtete haben Beweggründe für die riskante Entscheidung, nach Orten zu suchen und zu streben, an denen ein wahrscheinlicheres Überleben und ein besseres Leben möglich sind. Die Missachtung der Motive geflüchteter Personen und der Begründetheit jeder Flucht führt zu neuer Ausgrenzung. In der europäischen Öffentlichkeit werden Bürgerkriege und Terror zwar nicht bezogen auf die Beteiligung Europas auf Grund eigener ökonomischer und geopolitischer Interessen thematisiert, aber als legitime Gründe für Migration und Flucht angesehen. Freilich gehören zu den globalen Fluchtursachen auch die Ausbeutungswirklichkeiten in den globalisierten, postkolonialen Industrien und Landwirtschaften sowie die damit verbundenen Folgen, von denen die europäischen Staaten und Konsument*innen zumeist profitieren, die aber häufig unerträgliche und perspektivlose Verhältnisse schaffen, welche zur Auswanderung führen.

Insofern Flucht- und Migrationsphänomene konstitutiv für lokale, nationale und globale Verhältnisse sind, können diese im Sinne Wolfgang Klafkis als »epochaltypische Schlüsselprobleme unserer Gegenwart und der vermutlichen Zukunft« bezeichnet werden. Den pädagogischen und sozialen Organisationen und Bildungsinstitutionen fällt die zentrale Rolle zu, auf die aktuellen globalen Verhältnisse einzugehen und Flucht/Asyl im Zusammenhang globaler Not und Ungleichheit als einen bedeutsamen, allgemeinen Bildungsgegenstand zu begreifen.

© Thomas Plaßmann

Es stellt sich damit die Frage, wie Möglichkeiten formeller, non-formeller und informeller Bildung zu diesem Thema geschaffen und gestärkt werden können. Hierbei geht es nicht nur um die Vermittlung von Wissen über die globalen, europäischen, deutschen und lokalen Verhältnisse. Sondern es geht vielmehr auch darum, dazu anzuregen, dass die Individuen und sozialen Gruppen sich im Sinne eines Bildungsprozesses mit ihrer spezifisch mehr oder weniger privilegierten Stellung in der Welt auseinandersetzen und sich ihrer Involviertheit in Strukturen globaler Ungleichheit und Gewalt sowie ihrer spezifischen Handlungsmöglichkeiten bewusst werden. Als ein zentrales Bildungsziel des 21. Jahrhunderts kann vor diesem Hintergrund das Streben nach globaler Solidarität angegeben werden. Zeitgemäße Solidarität ist nicht im Modell einer Solidarität untereinander Vertrauten zu konzipieren, sondern hat sich zu bewähren in von Pluralität und Differenz geprägten Bedingungen. Dieses Bildungsziel gilt es begrifflich und didaktisch (weiter) zu entwickeln und zu stärken, auch, um dem in Europa erneut zunehmenden Zuspruch rassistisch-identitärer Positionen nicht hilflos beizuwohnen.

Bildungspolitik, Erziehungswissenschaft und Soziale Arbeit haben für eine migrationsgesellschaftliche Bewusstseinsbildung einzutreten, damit die historischen, ökonomischen, rechtlichen, politischen und sozialen Hintergründe, Zusammenhänge und Folgen von globaler Ungleichheit und Gewalt zum Gegenstand von Erziehung und Bildung werden. Die Reaktionen auf fluchtbedingte Einwanderung müssen über bloße Hilfsmaßnahmen hinausgehen und zudem die unhintergehbaren Rechte aller Menschen betonen und stärken. So leben nach Angaben der UNICEF mehr als 65.000 geflüchtete Kinder mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland. Im Sinne des Ernstnehmens der UN-Kinderrechtskonvention und auch der UN- Rechtskonvention über Menschen mit Behinderungen gilt es neuerlichen Verletzungen der Rechte geflüchteter Kinder und Jugendlicher, wie sie in vielen gegenwärtig diskutierten Gesetzesrevisionen vorgesehen sind, entschieden entgegenzutreten.

Um solidarische Bildung als tragfähiges Konzept umzusetzen, ist im Rahmen einer verantwortlichen Flüchtlings- und Migrationspolitik wie sie u.a. in den Forderungen für eine zukunftsfähige Flüchtlingspolitik des Rat für Migration skizziert wird (http://www.rat-fuer-migration.de/) das Ernstnehmen folgender bildungsbezogener Forderungen und Leitlinien erforderlich:

- Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 2012, nach dem migrationspolitische Erwägungen und Bestimmungen die Würde des Menschen nicht relativieren und einschränken dürfen, ist umzusetzen.
- Die Angleichung der Rechtsansprüche geflüchteter und migrierter Kinder und Jugendlicher entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie der Kinderrechtskonvention ist vorzunehmen.
- Dauerhafte und reguläre Kapazitäten für die Auseinandersetzung mit Flucht und globaler Migration sind in allen pädagogischen Studiengängen und Fortbildungen zur Verfügung zu stellen.
- Die Überarbeitung und Ergänzung von pädagogischen Studiengängen hinsichtlich globalisierungsreflexiver und migrationsgesellschaftlicher Inhalte ist zu gewährleisten.
- Die systematische Auseinandersetzung mit struktureller, organisatorischer und interaktiver migrationsgesellschaftlicher Diskriminierung sowie den Möglichkeiten ihrer Minderung ist in allen pädagogischen Feldern und in allen pädagogischen Studiengängen zu etablieren.
- Der systematische Abbau migrationsspezifischer staatsbürger- und aufenthaltsrechtlicher sowie organisationskultureller Barrieren beim Zugang zu Schulen, Universitäten und Ausbildungsplätzen ist ernsthaft durchzuführen.
- Historisch-systematisches Wissen um koloniale und rassistische Gewalt sowie die Vermittlung rassismuskritischer Theorien und Handlungskonzepte sind als allgemeiner Bestandteil pädagogischer Professionalität zu implementieren.

Das universelle Bedürfnis nach angemessenen Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber auch die vielfache wechselseitige, praktische Verwiesenheit der Weltbevölkerung aufeinander, verbindet geflüchtete Menschen, Menschen an den Zielorten der Flucht (86 Prozent aller geflüchteten Menschen befanden sich 2014 in Ländern, die als wirtschaftlich weniger entwickelt gelten) und etablierte Bewohner*innen der relativ privilegierten Zielorte dieser Welt. Darauf kann eine zeitgemäße Solidarität aufbauen. Der Impuls, der von Migrationsbewegungen ausgeht, ist somit weitreichender als Integrationsmaßnahmen und »Willkommenskulturen« suggerieren. Mit einer migrationsgesellschaftlichen und kritischen Pädagogik verbindet sich ein politisches Projekt, das die Ordnung der pädagogischen, ökonomischen und sozialen Organisationen und der Bildungsinstitutionen theoretisch, konzeptionell und praktisch zum Thema macht und revidiert. Diese über die »Integration von Migrant*innen« hinausreichende Revision, die möglichst faire Möglichkeiten und gleiche Rechte für alle anstrebt, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Sozialen Arbeit – dann zumindest, wenn sie sich der Wirklichkeit der globalen und lokalen Migrationsgesellschaft nicht verweigert, sondern sie aktiv gerechtigkeitsorientiert zu gestalten sucht.

Wir fordern alle bildungspolitisch und pädagogisch Handelnden, nicht zuletzt die entscheidungsbefugten Akteur*innen, dazu auf, sich die in diesem Votum skizzierte Maxime zu eigen zu machen und für sie in ihren Handlungszusammenhängen offen und klar einzutreten.

■ Prof. Dr. Paul Mecheril (Oldenburg),
Prof. Dr. Claus Melter (Esslingen),
Prof. Dr. Astrid Messerschmidt (Darmstadt),
Prof. Astride Velho (Frankfurt a.M.)
Unter Mitarbeit von: Andreas Foitzik (Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg), Prof. Dr. Annita Kalpaka (Hamburg), Prof. Dr. Rudolf Leiprecht (Oldenburg), Dr. Wiebke Scharathow (Freiburg)

■ Weitere Informationen und die Möglichkeit den Aufruf zu unterzeichnen unter:
www.aufruf-fuer-solidarische-bildung.de

■ Kontakt:
mail@aufruf-fuer-solidarische-bildung.de

SOZIALER DIENST IN EUROPA: MIGRATION FINDET STATT

Interview mit Johannes Flothow

Am Rande der bundesweiten Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche in Magdeburg sprach Johannes Brandstäter von der Diakonie Deutschland und Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss mit Johannes Flothow von der Diakonie Württemberg, der als Referent an der Tagung teilnahm.

© www.interkulturellewoche.de

Johannes Flothow (rechts) im Gespräch mit Johannes Brandstäter (links)

Migration findet statt, ob die Regierenden wollen oder nicht. Wie kann man sie gestalten, und woran sollte sich das orientieren?

Für Menschen aus ärmeren Ländern sind die Gründe, die zur Migration führen, meist ähnlich: fehlende Arbeitsmöglichkeiten, keine auskömmlichen Löhne, schlechte Gesundheitsversorgung, keine Hoffnung auf Entwicklung auf Grund von schlechter Infrastruktur, fehlende Rechtsstaatlichkeit, unfaire Handelsbedingungen und oft die Überzeugung, dass die herrschende politische Klasse in den Herkunftsländern nicht in der Lage oder nicht Willens ist, die Verhältnisse zu ihrem Besseren zu wenden. Menschen nutzen ihr Recht auf Auswanderung, weil sie in der Auswanderung eine der wenigen individuellen Möglichkeiten sehen, ihrer schlechten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit zu entkommen. Dafür nehmen sie viele Anstrengungen und Risiken in Kauf.

Bei der Entscheidung für das Zielland der Migration spielen weiterhin klassische Pull-Faktoren eine wichtige Rolle: Nachrichten und Bilder aus den reichen, wirtschaftlich erfolgreichen Ländern, die es möglich erscheinen lassen, an diesem Wohlstand teilzuhaben, Freunde oder Familienmitglieder, die vom Erfolg ihrer Migration und von guten Aufenthaltsbedingungen in ihrem Zielland berichten und die als erste Anlaufstellen für die legale oder irreguläre Migration dienen sowie rechtliche Möglichkeiten der legalen Migration oder der Legalisierung des Aufenthalts oder eine hohe Toleranz gegenüber irregulärem Aufenthalt und Schwarzarbeit.

Mobilität und Migration sind weltweit zu einem Megatrend geworden, der sich nicht mehr rückgängig machen lässt. Trotz hoher Flüchtlingszahlen will Deutschland dabei auch weiterhin für bestimmte Einwandernde attraktiv bleiben.

Ich sehe beim Umgang mit Migration zwei wichtige Aufgaben:

Erstens: Schauen wir zuerst auf den Menschen in der Migration. Viele Menschen, die migrieren, sind insbesondere vor und während der Migration und bei der Ankunft im Zielland verletzlich und von anderen abhängig. Deshalb müssen wir viel mehr dafür tun, um Migranten vor und in der Phase der Migration zu stärken. Dazu müssen unabhängige Migrationsberatungsstellen in den Herkunftsländern aufgebaut werden, die Information, Beratung, Begleitung und Unterstützung für alle an Migration interessierten Menschen anbieten, unabhängig von deren Motivation oder deren möglichen Rechtsstatus in Deutschland. Die wenigen bisher vorhandenen Partner in den Herkunftsländern im Bereich Antitrafficking, Familienzusammenführung, Rückkehrberatung, Ausbildungsberatung, FSJ-Beratung, Personalgewinnung, Anwerbung oder legale Migration sollten zusammengeführt werden. Zusammen mit den Beratungsstellen der Migrationsberatung in Deutschland und in anderen europäischen Zielländern sollte hier eine hilfreiche Unterstützungsstruktur für Migrantinnen und Migranten entstehen, die sich nicht mehr an einzelnen Merkmalen der Migration orientiert, sondern der Multivektorialität von Mobilität und Migration entspricht – also dem Phänomen, dass Menschen, die einwandern, unter Umständen auch wieder rück- oder weiterwandern.

Zweitens: Die Botschaften und rechtlichen Angebote, die Deutschland als Einwanderungsland an wanderungswillige Menschen in aller Welt sendet, sollten klar, eindeutig und langfristig gültig sein. Dazu gehört, dass sich auch die deutschen Botschaften mit ihren Visumstellen zu einem Teil einer neuen Willkommenskultur entwickeln müssen.

Dazu kann auch beitragen, dass wir konkrete Wege der sicheren und fairen Migration nach Deutschland anbieten, so wie wir es mit einem kosovarischen Partner im Rahmen eines Ausbildungsprojekts zur Altenhilfefachkraft entwickelt haben, an dem inzwischen 81 junge Kosovarinnen und Kosovaren teilnehmen.

Wenn Sie nun noch mehr Menschen ermuntern, ihre Heimat gen Westen zu verlassen – bedeutet das nicht einen »Brain-Drain«, einen Verlust der Köpfe, die für das eigene Land gebraucht werden?

Natürlich schmerzt die Auswanderung junger, oft gut qualifizierter Menschen jede Familie, jede Gemeinde und jedes Land. Aber in vielen Ländern sind die jungen Menschen trotz mehrfacher Ausbildungen oder Studienabschlüsse arbeitslos. Das demoralisiert die Menschen. Wenn ich auf die Erfahrungen in unserem Ausbildungsprojekt schaue,

dann stehen die Familien hinter der Auswanderung zur Ausbildung im Ausland, denn dies scheint vielen der einzige Weg zu sein, eine auskömmliche und qualifizierte Arbeit zu erhalten. Viele Familienangehörige fragen bei uns an, ob auch ihre Kinder an dem Ausbildungsprojekt teilnehmen könnten. Ein junger Mann, der an unserem Projekt teilnimmt, meinte zu seinem Leben als Azubi in der Altenpflege: er habe jetzt sein Leben und seine Würde wiedergefunden.

Auch Politiker vieler Herkunftsländer haben da inzwischen umgedacht, denn die hohe Zahl von arbeitslosen jungen Menschen kann eine schwer zu kontrollierende Dynamik im politischen Protest entwickeln. Zu den positiven Effekten der Ausbildungs- und Arbeitsmigration zählen natürlich auch die vielen Geldüberweisungen an die zurückgeblieben Angehörigen.

In der Kirche hierzulande gibt es Offenheit gegenüber Migration – zumindest in Bezug auf Flüchtlinge. Wie ist das bei den osteuropäischen Partnern?

Im November 2015 haben sich Vertreter von Diakonischen Einrichtungen in Rumänien mit Vertretern Diakonischer Einrichtungen aus Deutschland zu einem Dialog zum Thema Migration in Cluj in Rumänien getroffen. Wir hörten, dass die Auswanderung die Gemeinden verändere. Schulen im ländlichen Raum müssen geschlossen werden. Familien gehen in die Brüche, weil Ehepartner langfristig im Ausland arbeiten. Kinder werden nicht mehr von ihren Eltern erzogen, sondern landen als Eurowaisen oder Sozialwaisen bei entfernten Verwandten oder in Kinderheimen. Die beiden anwesenden Bischöfe der Evangelischen Kirche in Rumänien und der Reformierten Kirche in Rumänien unterstrichen in ihren einleitenden Statements, dass die Kirchen die neuen Herausforderungen der Auswanderung annehmen müssten. Dazu könne auch gehören, über neue Formen der Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung und der Personalsicherung für soziale Dienste zu sprechen. Aber auch in der grenzübergreifenden Beratung von mobilen Arbeitnehmern oder von Rückkehrern liegen neue diakonische Aufgaben.

Aber kirchliche Einrichtungen haben echte Probleme, wenn ihre Fachkräfte wegziehen nach Deutschland. Das dürfen Sie ja nicht ignorieren.

Den Drang in den Westen können wir nicht immer verhindern. Natürlich erreichen uns auch die Nachrichten, dass diakonische oder karitative Einrichtungen, die in den letzten 20 Jahren auch mit Unterstützung aus dem Westen aufgebaut wurden, durch die schlechte Sozialpolitik Rumäniens und die Auswanderung der Mitarbeitenden bedroht sind. Deshalb unterstützen wir vereinzelt Einrichtungen mit Lohnzuschüssen, damit diese Einrichtungen ihre Beschäftigten von der Auswanderung abhalten können. Wir zahlen aber auch Zuschüsse an Einrichtungen, weil der rumänische Staat seiner Verpflichtung der Kofinanzierung der Sozialen Dienste nicht nachkommt. Aber wir brauchen eine größere Perspektive. Vielleicht besteht die Herausforderung darin, einen gemeinsamen europäischen Weg zu suchen, damit die Sozialen Dienste in Deutschland, in Rumänien und in anderen Ländern genügend Personal haben. Wir suchen nach Wegen der Zusammenarbeit, die beiden Seiten helfen. Das könnten gemeinsame Ausbildungsprojekte mit Rumänien sein. In solchen gemeinsamen Ausbildungsprojekten würde es nicht nur um Personalgewinnung aus dem Ausland oder um Geld gehen, sondern auch um den Austausch von Erfahrungen und Know-how oder vielleicht von Konzepten der Versorgung älterer Menschen im ländlichen Raum.

Aber was tun, wo es solche Ausbildungspartnerschaften nicht gibt?

Ausbildung von Fachkräften kann man durchaus als eine Dienstleistung sehen, die vom Abnehmer zu finanzieren ist. Bisher erhalten Deutschland und Europa die qualifizierten Arbeitnehmer, sei es als Krankenschwestern oder als Ärzte, ja kostenlos. Einige deutsche Firmen, die im Ausland ausbilden, lassen sich die Dienstleistung allerdings im Rahmen der Personalvermittlung zahlen.

© DW der ev. Kirche in Württemberg e.V.

Begrüßung der Ausbildungsgruppe aus dem Kosovo durch OKR Dieter Kaufmann.

Unsere diakonischen Partner in Osteuropa tun sich hier sehr schwer, die Vermittlung von Fachkräften als wirtschaftliche Tätigkeit zu sehen. Vielleicht können wir über eine freiwillige Ausbildungsabgabe reden. In jedem Fall wäre es schön, wenn die Zivilgesellschaften, die zurzeit Fachkräfte abgeben müssen, für diesen Verlust und für ihren Aufwand finanziell entschädigt werden würden.

Natürlich dürften nicht irgendwelche staatlichen Stellen so eine Abgabe kassieren. Sie müsste zweckgebunden verwendet werden, also wieder für die Ausbildung und für die Stützung des sozialen Sektors in den Herkunftsländern.

Die liberalisierte Beschäftigungsverordnung, das Agieren der Behörden – ist es eigentlich hilfreich?

»Make it in Germany« hieß es auf den Homepages aller deutscher Auslandsvertretungen. Diese Kampagne hat nur 100.000 Euro gekostet und ist eine der erfolgreichsten Kampagnen der Welt – denn nun haben wir eine Million! (Lacht).

Im Ernst: Ich begrüße sehr die neuen Möglichkeiten, legal nach Deutschland einreisen zu können, sei es um als Fachkraft in einem Mangelberuf zu arbeiten, sei es, um eine Ausbildung in Deutschland zu machen. Diese neuen Regelungen haben für Drittstaatenangehörige eine Tür geöffnet. Zwar sind die Anforderungen für die Visumsvergabe wie anerkannte Schulabschlüsse, Sprachkenntnisse oder der Nachweis spezieller Ausbildungen zum Teil sehr hoch, aber trotzdem, sie vermitteln vielen jungen Menschen die Botschaft, dass sie sich durch eigene Anstrengungen einen Weg aus der Perspektivlosigkeit ihrer Herkunftsländer ebnen können. Ich habe erlebt, wie hart junge Menschen für diese Chance arbeiten. Das berührt mich sehr.

Deshalb wünsche ich mir, dass diese Regelungen möglichst nicht im Rahmen der Flüchtlingspolitik eingeschränkt werden, sondern ein dauerhaftes Angebot der legalen Migration für Drittstaatenangehörige bleiben.

Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die jungen Menschen auf diesem Weg sowohl im Herkunftsland als auch im Zielland Deutschland eine gute Information, Beratung und Unterstützung erhalten. Auch mit guten Ausbildungsprogrammen oder Vermittlungsstrukturen könnten wir helfen.

Wie passen Migration und Entwicklung zusammen?

Junge Menschen begegnen ihrer individuellen Perspektivlosigkeit im Herkunftsland, indem sie sich als Fachkraft oder als Azubi auf den Weg machen. Das ist ihr Recht. Natürlich bekämpft das nicht die Migrationsursachen. Dafür braucht es viel mehr, zum Beispiel eine entwicklungsorientierte faire Wirtschaftspolitik oder für Osteuropa einen Marshall-Plan, also sehr umfassende Änderungen in der Politik, die weit über die Einflussmöglichkeiten einzelner Akteure hinausgehen. Beides hat seine Wichtigkeit. Wir sollten nicht das eine mit dem anderen vermischen. Migrantinnen und Migranten verlassen ihr Land, weil sie nicht (mehr) an eine Veränderung glauben. Akteure einer Veränderung sind eher die Daheimbleibenden – oder wie mir einige junge Frauen in Galatz in Rumänien auf die Frage, ob sie auch auswandern wollten, sagten: Wir sind die Optimisten, wir glauben noch daran, dass wir hier etwas verändern können.

■ Johannes Flothow ist Referent für die Internationale Diakonie. Er leitet das Projekt »Ausbildung von Kosovarinnen zu Altenpflegefachkräften« in der Diakonie Baden-Württemberg. Außerdem ist er dort Geschäftsführer der Aktion Hoffnung für Osteuropa. Die Aktion Hoffnung für Osteuropa unterstützt insbesondere Projekte für besonders benachteiligte Menschen, z.B. vertriebene Roma und Rückkehrer*innen in Serbien.

■ Kontakt:
Flothow.J@diakonie-wuerttemberg.de

■ Johannes Brandstäter ist Referent für migrationspolitische Grundsatzfragen im Zentrum Migration und Soziales der Diakonie Deutschland. Er ist Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
johannes.brandstaeter@diakonie.de

Sowohl Herr Flothow als auch Herr Brandstäter können für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

ABQUALIFIZIERUNG ENTGEGENTRETEN – ANERKENNUNGSKULTUR STÄRKEN!

Projektteam »Anerkannt«

Im Jahr 2014 veröffentlichte das European Network Against Racism (ENAR) einen aufschlussreichen Bericht über rassistische Diskriminierung in der europäischen Arbeitswelt. Der Report widmete sich u.a. dem Problem segmentierter Arbeitsmärkte, den Diskriminierungsmechanismen in der Personalauswahl und dem Mobbing am Arbeitsplatz. Besonders betroffen hiervon seien Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten, Roma, Muslime und Menschen mit dunkler Hautfarbe sowie generell alle Frauen mit »Migrationshintergrund«. Zusätzlich benachteiligt würden diese Gruppen noch durch immense Hürden bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: »Die Unmöglichkeit, erworbene Fähigkeiten und Qualifikationen in Europa anerkannt zu bekommen, führt viel zu oft dazu, dass ganzen Migrantenpopulationen der Zugang zum Arbeitsmarkt

ANERKANNT!
Anerkennungskultur jetzt.

verwehrt wird.« Hinzugefügt werden könnte: Menschen, denen trotzdem ein Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingt, sehen sich häufig mit Abqualifizierung konfrontiert und üben entweder Jobs aus, die unterhalb ihres Ausbildungsniveaus liegen oder werden nicht so gut bezahlt, wie das bei ihrer Qualifikation die Regel ist.

Im ebenso zertifikategläubigen wie formularverliebten Deutschland ist das Anerkennungsproblem noch einmal besonders ausgeprägt. Wer seinen Berufsabschluss nicht mit einem Zeugnis dokumentieren kann, hat von vornherein schlechte Karten – selbst wenn die faktischen Kompetenzen denen inländischer Bewerberinnen und Bewerber entsprechen. Aber auch diejenigen, die einen formalen, im Ausland erworbenen Berufsabschluss vorlegen können, sehen sich oft genug damit konfrontiert, dass ihre Qualifikationen offen oder hinter vorgehaltener Hand angezweifelt werden. Eine mögliche Erklärung: In vielen Unternehmen, Behörden und Kammern gibt es den Glauben, dass das deutsche »Duale System« der Berufsausbildung wesentlich höhere Anforderungen hat als ausländische Ausbildungen. Dabei gelten auch in anderen Ländern oft sehr hohe Standards und es werden dort ebenfalls qualitativ gute Flughäfen gebaut, Lebensmittel verarbeitet und Schulkinder unterrichtet.

■ Infos zu Workshops und Fachtagungen sowie dem Ausbildungsgang zur „Betrieblichen Fachkraft Anerkennung« erhalten Sie unter:
www.migration-online.de/anerkannt

Angesichts von demografischem Wandel und so genanntem Fachkräftemangel hat bereits die schwarz-gelbe Bundesregierung eingesehen, dass zumindest Teile der bisher geübten Praxis dysfunktional für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland sein könnten. Wären nicht Ärzte und Pflegekräfte bspw. aus Osteuropa genauso gut in der Lage, die Gesundheitsversorgung in strukturschwachen Regionen zu gewährleisten? Vor dem Hintergrund derartiger Überlegungen brachte der Bundestag in parteiübergreifendem Konsens deshalb 2012 das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) auf den Weg, in dem erstmals ein Recht auf Prüfung der Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen verankert ist. Unabhängig von ihrem Herkunftsland können sich Anerkennungsinteressierte seitdem an eine für ihren »Referenzberuf« zuständige Stelle wenden und einen Antrag auf Gleichwertigkeitsfeststellung stellen. Gewerkschaften und Betriebsräte kritisieren zwar, dass die Kosten und auch der zeitliche Aufwand für solch ein Verfahren nach wie vor sehr hoch sind – insbesondere für Menschen, die auch mit einem (halb-)amtlichen Bescheid in der Hand keine exorbitanten Bildungsrenditen zu erwarten haben – aber immerhin: Ein Anfang ist gemacht.

Mit Mitteln des Bundesbildungsministeriums kümmert sich das DGB Bildungswerk Bund bereits seit 2014 darum, die mit der Anerkennungsgesetzgebung verbundenen Möglichkeiten bei betrieblichen Interessenvertretungen wie beispielsweise Betriebsräten oder Gleichstellungsbeauftragten besser bekannt zu machen. Zu diesem Zweck veranstaltet das Projekt »Anerkannt« des Bereichs »Migration und Gleichberechtigung« Workshops und Fachtagungen sowie einen eigenen Ausbildungsgang zur »Betrieblichen Fachkraft Anerkennung«. Im Rahmen einwöchiger Ausbildungsgänge informieren sich Angehörige von Betriebsräten, Vertrauenskörpern und anderen Interessenvertretungen über Hintergründe der Anerkennungsthematik und lernen vor allem viel über Handlungsmöglichkeiten auf betrieblicher Ebene – von der Herstellung innerbetrieblicher Öffentlichkeit bis zur konkreten Unterstützung anerkennungsinteressierter Kolleginnen und Kollegen. Ideal wäre es, wenn durch Bewusstseinsbildung wie auch durch praktische Begleitung von Anerkennungsinteressierten ein Beitrag zur allgemeinen Verbesserung der Anerkennungskultur in der Arbeitswelt geleistet werden könnte. Denn diese ist nicht nur nach Auffassung von ENAR noch deutlich ausbaufähig.

■ Das Projektteam »Anerkannt« ist beim DGB Bildungswerk Bund im Bereich Migration und Gleichberechtigung angesiedelt. Die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter können für Veranstaltungen im Rahmen der IKW angefragt werden.

■ Kontakt:
migration@dgb-bildungswerk.de

IM RECHTSEXTREMEN UNTERGRUND BRAUT SICH ETWAS ZUSAMMEN

Uwe-Karsten Heye

Nun scheint der Münchner Prozess gegen Beate Zschäpe doch noch Fahrt aufzunehmen. Indizien weisen daraufhin, dass sie Videos über die Berichterstattung am Tag des Bombenanschlags in Köln aufgezeichnet hat, die in Bekennervideos des NSU-Trios eine Rolle spielen. Der Anschlag im Jahr 2004 hatte mehr als 19 Verletzte gefordert, als eine Nagelbombe in einer vor allem von türkischen Migrantinnen und Migranten bewohnten Geschäftsstraße in Köln explodierte. Täter waren Zschäpes Freunde Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Dass sie tatsächlich allein gehandelt haben, scheint wenig glaubwürdig. Vor Gericht hatte Beate Zschäpe bislang jede Kenntnis über den Anschlag zurückgewiesen.

Bewahrheitet sich der Vorwurf gegen die Angeklagte Zschäpe, wäre es nur ein weiteres Beispiel für die schlampige Ermittlungsarbeit der Polizei, die über mehr als ein Jahrzehnt die Täter der Mordserie gegen zehn vor allem türkischstämmige Geschäftsleute in den Familien der Opfer gesucht hatte. Die größte Sonderkommission in der Geschichte der Bundesrepublik hieß denn auch »Soko Bosporus«. Die Beamten hatten angeblich keinerlei Hinweise darauf, dass die Täter im Milieu der Nazi-Szene in Thüringen zu suchen waren. Bis heute drängt sich der Verdacht auf, dass der Thüringer Verfassungsschutz eine Rolle dabei spielte, dass Ermittlungen gegen die Nazi-Zelle in Jena nicht in Gang kamen. Der jetzt eingesetzte zweite Untersuchungsausschuss des Bundestages wird diesem Verdacht erneut nachgehen müssen.

Die Tatsache, dass vor dem Hintergrund einer dramatischen Zunahme von Attacken auf Flüchtlinge und Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime seit Sommer 2015 kaum Aufklärungsquoten erzielt werden, zeigt erneut, dass Polizei und Verfassungsschutz offenbar noch immer gegenüber rechtsextremistischen Gewalttätern nur bedingt abwehrbereit sind. Die Mitteilung des Bundesinnenministeriums, dass derzeit gegen 370 mutmaßlich rechtsextreme Täter Haftbefehle nicht vollzogen werden konnten, weil sie sich rechtzeitig abgesetzt hatten, ist dafür ein weiterer Beleg. In dieser Tätergruppe sind 170 Personen beschuldigt, Gewalttäter zu sein. Gleichzeitig erfuhr der Untersuchungsausschuss, dass einige von ihnen bei rechtsextremen Aufmärschen gesichtet wurden. Warum auf Festnahmen verzichtet wurde, bedarf der Klärung.

Wenig überzeugend der Hinweis, dass mutmaßliche Täter von Brandanschlägen bis dato polizeilich nicht aufgefallen seien. In den Ermittlungen stellt sich zumeist doch heraus, dass sie in einem rechtsextremen Umfeld zuhause sind und rechtsradikale Musik hören, darunter Texte, die zu Gewalt aufrufen. Die Klärung eines Brandanschlages im brandenburgischen Nauen auf eine Turnhalle, in der Flüchtlinge untergebracht werden sollten, belegt, dass stadtbekannte Neonazis zum Täterkreis gehören. In Sachsen, Teilen von Brandenburg, aber auch im Westen wie in Dortmund gibt es Anzeichen eines sich organisierenden Widerstandes rechter Kameradschaften, die sich neu formieren. Ihr Thema ist Überfremdung und das, was sie »Vergiftung des Volkskörpers« durch Asylsuchende nennen. Im Netz finden sich Kommentare und Hassbotschaften, die beunruhigend sind.

Es braut sich im rechtsextremen Milieu und Untergrund etwas zusammen. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass sich Rechtsextremisten europaweit vernetzen. Es wird Zeit, diese Entwicklung sehr ernst zu nehmen. Nicht nur in ländlichen Regionen werden Todesdrohungen gegen Politikerinnen und Politiker, Landräte oder Bürgermeister öffentlich. Auch tragen Anschläge auf Parteibüros dazu bei, den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Rechts einzuschüchtern. Erneut ist manchen Äußerungen von Politik oder Polizei zu entnehmen, dass die rechtsextremistische Bedrohung sträflich unterschätzt wird.

Gesicht Zeigen! ermutigt Menschen, aktiv zu werden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt. Der Verein agiert bundesweit. Er greift in die aktuelle politische Debatte ein und bezieht öffentlich Stellung.

Gesicht Zeigen! arbeitet in den Bereichen Aufklärungs- und Projektarbeit. Ziel ist die Stärkung des gesellschaftlichen Engagements und die Sensibilisierung für jede Art von Diskriminierung. Dafür entwickelt und unterstützt **Gesicht Zeigen!** Projekte und Aktionen, die Vorurteile abbauen und das Miteinander fördern.

Der Verein initiiert öffentliche Kampagnen für Zivilcourage, die von zahlreichen Prominenten unterstützt werden.

Bei **Gesicht Zeigen** finden Sie Anregungen zur Gestaltung von Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche!

www.gesichtzeigen.de

Uwe-Karsten Heye war im Jahr 2000 Mitbegründer des Vereins »Gesicht Zeigen!«, dessen Vorsitzender er bis heute ist.

Kontakt: ist über die Website www.gesichtzeigen.de (Kontaktformular) möglich.

FRÜHER WAR ALLES BESSER?

Iman El Lebeidy, Carina Großer-Kaya, Özcan Karadeniz

Bürgerkriege, politisch motivierte Gewalt, humanitäre Katastrophen, die vielen Menschen die Existenzgrundlage entziehen – alles schien bisher weit weg und war maximal ein Thema in den Nachrichten, Zeitungen und Diskussionsrunden im Fernsehen. Dabei ist Einwanderung nun wirklich kein neues Thema. Vielmehr leben wir in einem Land, in dem rund 35 Prozent der Menschen eigene oder familiäre Migrationserfahrungen haben. Was sich seit dem vergangenen Jahr geändert hat, ist die unmittelbare Präsenz des Themas in den Medien und in unserer Wirklichkeit. Damit stellt sich auch die Frage neu nach unserer Beteiligung und unserem Umgang mit den Folgen von Kriegen, ökonomischer Perspektivlosigkeit und Umweltkatastrophen.

Das Massengrab Mittelmeer bleibt nicht mehr auf den Bildschirmen, und wir stehen vor der Herausforderung, ganz konkret den Menschen zu begegnen, die sich bis nach Deutschland durchgeschlagen haben. Gerade hier liegt die Chance für ein Einwanderungsland, das sich jahrzehntelang gegen diese Bezeichnung verwehrt und lange seine Einwandererinnen und Einwanderer sich selbst überlassen hat. Die Fehler der Vergangenheit müssen sich nicht wiederholen, wenn es gelingt, geflüchtete Menschen, unabhängig von Bleibe- und Rückkehrperspektiven mit all ihren Lebenserfahrungen, ihren vielfältigen Ressourcen und Kompetenzen, aber auch ihrem Wissen um das Leben in repressiven Staaten oder unterschiedlichen Kulturen und Sinnsystemen als neue Mitglieder der Gesellschaft anzunehmen.

Allerdings entsteht erneut der Eindruck, dass wir uns immer noch und immer wieder mit der Vorstellung von einer Gesellschaft auseinandersetzen müssen, in der die Einheit von Volk und Nation als Abstammungsgemeinschaft gedacht wird. Dies zeigt sich gerade am Beispiel der Verbindung von Rassismus und Sexismus in den öffentlichen Debatten und politischen Entscheidungen in Folge der Übergriffe und Straftaten an Frauen in der Silvesternacht in Köln. Wenn in den Medien die Formulierung »nach Köln« als historische Zäsur für das transkulturelle Zusammenleben präsentiert wird, müssen wir genau hinsehen, was damit gemeint ist und welche Folgen das hat. Die Empörung über die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 ist groß. Doch nicht erst seit der Neujahrsnacht fordern Menschenrechtler*innen, Jurist*innen, Aktivist*innen: Sexuelle Übergriffe dürfen zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise verharmlost werden. Die Täter sind zu bestrafen, unabhängig von ihren vermeintlichen Zugehörigkeiten. Bloß: das Sexualstrafrecht in Deutschland ist derartig antiquiert, dass sexuelle Übergriffe so gar nicht unter Strafe stehen. Die Aufforderung der EU, dies endlich anzupassen, liegt allerspätestens seit der Istanbuler Konvention 2014 vor. Eine praktische Umsetzung der Vorgaben allerdings ist bisher nicht erfolgt. Auch in der Öffentlichkeit gibt es bislang keine breite Unterstützung der von Sexismus und sexualisierter Gewalt Betroffenen.

Stattdessen werden rassistische Zuschreibungen gegenüber »muslimischen Männern«, Männern aus »Nordafrika« herangezogen und der Islam als frauenfeindliche Religion zur Wurzel des Übels gemacht. Und es sind insbesondere antifeministische Politiker*innen, Rechtspopulist*innen, Nationalist*innen und Rassist*innen, die sich lautstark über die Angriffe und die Entrechtung von Frauen beklagen. Sie schwingen sich als Verteidiger*innen der »deutschen Frau« auf, die den Männern – fremd, schwarz, muslimisch aussehend, gefährlich – hilflos ausgelie-

© Projekt Vaterzeit im Ramadan?!

Meinungsaustausch an Berliner Hauswand

fert ist. Inzwischen wurden die Forderungen nach scharfen Sanktionen umgesetzt und richten sich in erster Linie gegen Geflüchtete. Ob sie überhaupt als Täter in Frage kommen, spielt dabei keine Rolle. Vielmehr wird ihre alleinige Anwesenheit in größerer Zahl und der größere Anteil Männer in dieser Gruppe, die muslimisch sozialisiert sind, als Ursache für sexuelle Übergriffe ausgemacht. Die Folge: Asylgesetz-Verschärfungen, statt Sexualstrafrechtsreform. Das zieht gravierende ordnungspolitische Maßnahmen insgesamt nach sich: Männer per se, unbegleitete minderjährige Jugendliche, Familienväter werden ebenso kollektiv bestraft wie geflüchtete Frauen und Kinder.

Die Debatte hat eine gewaltvolle Dynamik entwickelt, die die Phantasie vom gefährlichen fremden Mann neu belebt. Das rassistische Konstrukt vom sexuell übergriffigen »Nordafrikaner« erinnert dabei an die Konstruktion eines Feindbildes, mit dem jüdische Männer im nationalsozialistischen Deutschland konfrontiert wurden. Auch Schwimmbadverbote erinnern – wortgenau – an die Rassifizierung von jüdischen Deutschen. Die Neuauflage eines alten Problems? Was bedeutet es für Deutschland, wenn unsere Mitbürger (»nordafrikanisch aussehend«) oder asylsuchende Mitmenschen unter Generalverdacht gestellt werden? Was bedeutet es, wenn das Bild Muslim = Täter, fremder Mann = Vergewaltiger, weiter durch Politiker*innen und Medien verfestigt wird? Es verhindert, dass wir uns mit den drängenden gesellschaftlichen Fragen beschäftigen, die sich vor alle darum drehen, wie wir als Einwanderungsland Gesellschaft gemeinsam gestalten. Dabei spielt ein Zusammenleben in Würde eine zentrale Rolle, denn: kein Menschenleben ist weniger wert als das andere. Diese Maxime verbindet die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft. Es ist nun unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dies nie wieder in Vergessenheit gerät.

■ Iman El Lebeidy, Carina Großer-Kaya und Özcan Karadeniz arbeiten im Bundesmodellprojekt »Vaterzeit im Ramadan?!« beim Verband binationaler Familien und Partnerschaften in Leipzig. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« und das Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen« (WOS).

■ Kontakt:
vaterzeit@verband-binationaler.de

Die Autor*innen können für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

TÜREN ÖFFNEN!

Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!

Onna Buchholt

Seit Jahren ist »der Islam« medial omnipräsent. Ihm werden Dossiers gewidmet, Leitartikel, Talkshows und auch die Nachrichten enthalten nahezu täglich Verweise auf die Religion. Dabei dient ein monolithisch gedachter Islam oft als Erklärungsmuster für soziale Strukturen oder Ereignisse, die mit der Religion auch bei näherer Betrachtung nichts gemein haben. Als kulturelle Folie dient der Referenzrahmen der Religion dazu, zu erklären, was nicht verstanden wird – zuletzt geschehen im Anschluss an die Ereignisse der Silvesternacht 2015 am Kölner Hauptbahnhof und andernorts.

Im Zuge der wachsenden Besorgnis über die abscheulichen sexuellen Übergriffe auf Frauen ließ sich eine Entwicklung der Diskussion in den Medien beobachten, die ausgehend von einer rassistischen Kategorisierung der Tätergruppe in einer Markierung der Täter als Muslime mündete. Obwohl das islamische Alkoholverbot als hinreichend bekannt vorausgesetzt werden dürfte, konnte eine Gruppe stark angetrunkener Männer in diesem Diskurs problemlos als muslimisch markiert werden, da der »Islam« häufig nur noch als kulturrassistische Chiffre dient. Denn auch wenn Muslime sich in ihrer Lebenspraxis gegen das Alkoholverbot entscheiden könnten, überrascht doch, dass die ihnen unterstellte Herkunftsregion mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung genügt, um die Religionszugehörigkeit als Ursache des übergriffigen Verhaltens auszumachen.

Was nach wie vor fehlt ist die Einsicht, dass Muslime ein integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft sind. Sie sind es schon lange und werden doch medial auf Themen wie Terror im Namen des Islams und Integrationsdefizite zurückgeworfen. Dadurch wird der Blick auf die muslimische Mitte verstellt, die schlicht als legitimer Teil der Bevölkerung anerkannt werden möchte.

Dass muslimischen Interessensorganisationen diese Anerkennung bisher erschwert wird, zeigt ein Blick auf die Strukturen: Muslimische Dachverbände kämpfen in manchen Bundesländern nach wie vor um die Anerkennung als Religionsgemeinschaft und damit Körperschaft des öffentlichen Rechts. Und obwohl in Bezug auf islamischen Religionsunterricht an Schulen große Erfolge erzielt wurden, ist ein flächendeckendes Angebot noch lange nicht erreicht. Erste Schritte in Richtung der Gründung eines oder mehrerer muslimischer Wohlfahrtsverbände wurden getan und sind wichtig – aber alleine die Frage der erschwerten Arbeitsmarktintegration von Kopftuch tragenden Frauen verdeutlicht die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen.

© Karsten Socher/aej

Sara Sanhit von der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD) stellt auf der Auftaktveranstaltung von Junge Muslime als Partner ihren Verband vor.

Auch innerhalb jugendverbandlicher Strukturen sind Muslime nicht hinreichend vertreten; die Mehrheiten in den Stadt- oder Landesjugendringen bilden längst nicht mehr die gesellschaftlichen Realitäten ab. Muslimische Jugendarbeit leistet wie auch nicht-muslimische Jugendverbände einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung junger Menschen, zur Einübung demokratischer Praxen und zur Stärkung der Selbstwahrnehmung von Jugendlichen als einflussfähige Personen. Der Unterschied zu evangelischer, katholischer oder gewerkschaftlicher Jugendarbeit besteht aber in der Einbindung der spezifischen Glaubenspraxen in die Freizeitangebote, was in ersteren nicht der Fall ist. So ist es in den meisten Jugendverbänden z.B. nicht selbstverständlich, Gebets- oder Waschräume bereitzuhalten, auf Schweinefleisch zu verzichten oder auch geschlechtsspezifische Angebote durchzuführen.

Bisher dienen muslimische Interessensorganisationen in der Regel nur dann als Ansprechpartner für Medien, Verbände oder Politik, wenn von »dem Islam« die Rede ist oder Radikalisierungsprävention geleistet werden soll. Muslimische Organisationen hätten jedoch mehr zu sagen und die Interessen ihrer Mitglieder in alle anderen gesellschaftlich relevanten Diskurse einzubringen, sofern sie entsprechend einbezogen würden. Mit Hinblick auf die interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit hat u.a. der Deutsche Bundesjugendring in den vergangenen Jahren Pionierarbeit geleistet und einiges erreicht. Das weitere Ziel muss jedoch in der selbstverständlichen Zusammenarbeit zwischen muslimischen und anderen Jugendverbänden in den Jugendringen und darüber hinaus liegen. Um das zu erreichen, müssen die Strukturen der muslimischen Jugendverbände gestärkt werden – nicht zuletzt durch den politischen Willen, sie durch (Regel-) Förderung in den Rang hauptamtlich arbeitender Verbände zu heben. Diesen Dialog auf Augenhöhe in greifbare Nähe zu holen ist das Ziel von »Junge Muslime als Partner«, einem Kooperationsprojekt zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej), dem Bund der muslimischen Jugend (BDMJ), der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD) und dem Verband der islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ), das im Rahmen des BMFSFJ-Bundesprogramms »Demokratie leben!« gefördert wird.

- Onna Buchholt ist Leiterin des Projektes: Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!
- Weitere Informationen zum Projekt: www.evangelische-jugend.de/junge-muslime-als-partner
- Kontakt: bu@aej-online.de

Die Autorin kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS – UND WAS TUN?

In Deutschland und Europa nehmen ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Menschen seit Jahren zu. Daraus entsteht ein Nährboden für den Rechtsextremismus, der gegenwär-tig ständig gewaltbereiter wird, insbesondere durch Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Moscheen.

Die Broschüre »Antimuslimischer Rassismus – und was tun?« befasst sich mit den Ursachen von antimuslimischem Rassismus, der unsere Demokratie gefährdet. Sie gibt Anregungen zur Überwindung von antimuslimischem Rassismus. Entscheidend sind Kooperationen mit Muslimen.

Viele Moscheegemeinden sind mit dem Tag der offenen Moschee am 3. Oktober bereits in die Interkulturelle Woche eingebunden. Darüber hinaus können im Rahmen der Interkulturellen Woche Begegnungsveranstaltungen durchgeführt werden. Anregungen hierfür bietet auch das Projekt »Muslime laden ihre Nachbarn ein« der Internationalen Woche gegen Rassismus, die bundesweit im Frühjahr begangen wird.

■ Weitere Informationen hierzu und die Broschüre »Antimuslimischer Rassismus – und was tun?« können im Internet unter www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de heruntergeladen oder bei der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus kostenlos bestellt werden.

■ Kontakt: stiftung@interkultureller-rat.de

KOSOVO – DIE MÄR VOM SICHEREN HERKUNFTSLAND

Stephan Müller

Seit Jahren müssen Roma, Ashkali und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo ihre Heimat verlassen, da Diskriminierung und Ausgrenzung ihnen ein menschenwürdiges Leben verweigern. Sie sind von der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen, sie haben keinen Zugang zu Wohnraum, zum Arbeitsmarkt und ihre Kinder werden in den Schulen drangsaliert.[1]

Vor dem Krieg 1998/1999 lebten mindestens 150.000 Roma im Kosovo. Direkt nach dem Konflikt waren es ca. 30.000. Jetzt laufen die Schätzungen auf 40.000 bis 50.000. Über 100.000 Roma können oder wollen nicht mehr im Kosovo leben.

Der Menschenrechtskommissar des Europarates sieht sie einer systematischen und kumulativen Diskriminierung ausgesetzt, die nach der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention sehr wohl ein Bleiberecht konstituieren könnte.[2]

Trotzdem stellt der Kosovo für westeuropäische Regierungen und Politiker ein »sicheres Herkunftsland« dar. Sie schicken Roma zwangsweise in den Kosovo zurück, obwohl sie wissen, dass die meisten gar nicht im Kosovo leben können.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (GfbV) hat eine Befragung von Roma durchgeführt, die aus Westeuropa wieder in den Kosovo abgeschoben worden sind. Es wurden 40 Haushalte befragt, die im Kosovo geblieben sind und 30 Haushalte, die nach ihrer zwangsweisen Rückführung in den Kosovo, nach Serbien gezogen sind.[3]

Die Ergebnisse dieser Befragung zeigen nicht nur die Unmenschlichkeit, sondern auch die Unsinnigkeit der westeuropäischen Politik. Die Menschen haben aufgrund der systematischen und kumulativen Diskriminierung keine Chance auf ein menschenwürdiges Leben und stehen vor der Wahl, entweder zu hungern und auf der Straße zu leben oder das Land zu verlassen:

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist katastrophal. Selbst die Regierung schätzt, dass die Arbeitslosigkeit bis zu 90 % beträgt. Gesetze und die Verfassung fordern eine besondere Förderung der Roma auf dem Arbeitsmarkt. Aber die Gesetze werden ignoriert.

Unter den Haushalten, die die GfbV im Kosovo befragte, gab es keine einzige Person, die eine legale Anstellung hatte. 40 % konnten durch informelle Tätigkeiten manchmal etwas verdienen. Die Haupteinnahmequelle waren Überweisungen von Angehörigen aus Westeuropa – 77,5 % der Befragten im Kosovo gaben dies an. Die Überweisungen aus Westeuropa sind überlebenswichtig und je mehr in den Kosovo zurückgeschickt werden, desto weniger Überweisungen wird es geben und umso mehr müssen den Kosovo verlassen.

Nur 15 % gaben Sozialhilfe als Einnahmequelle an. Der Bezug ist an harte Bedingungen geknüpft; so muss in der Familie ein Kind im Alter von vier Jahren oder jünger leben, um Sozialhilfe erhalten zu können. Der Höchstsatz beträgt

1 Im Folgenden wird der besseren Lesbarkeit wegen nur von Roma gesprochen, auch wenn alle drei Gruppen gemeint sind.
2 Report by Nils Muižnieks, Commissioner of Human Rights of the Council of Europe following his visit to Germany on 24th April and 4 to 8 May 2015. CommDH (2015) 20
3 Society for Threatened Peoples, Lost in Transition, Bern 2015. Internet: www.gfbv.ch/kosovo

€ 70, wozu noch € 5 pro Kind kommen können. Eine Familie mit drei Kindern kann maximal € 85 im Monat beziehen, wovon sie aber nicht leben kann.

Die katastrophale Wohnungssituation verstärkt noch den Druck, den Kosovo wieder zu verlassen. Viele Häuser wurden in der Nachkriegszeit zerstört oder wurden illegal besetzt. Von den Wiederaufbaumaßnahmen in der Nachkriegszeit konnten sie nur im geringen Maße profitieren. Zudem setzen die Regierungen im Kosovo seit Jahren bestehende Gesetze und Strategien, die die Wohnungssituation der Roma verbessern könnten, einfach nicht um. Die informellen Siedlungen der Roma sollen schon seit 2003 legalisiert werden, ohne dass dies geschehen ist.

50 % der Befragten, die weiter nach Serbien gezogen sind, gaben an, dass ihre Häuser entweder zerstört oder besetzt sind, d.h. sie waren gezwungen, den Kosovo zu verlassen, da sie keinen Wohnraum hatten.

Unter den Befragten im Kosovo lebte knapp über die Hälfte bei Verwandten oder hatte Wohnraum angemietet, zumeist von Roma die im Ausland leben. Die Rückführung von Roma wird die Wohnungssituation noch weiter verschlimmern und den Druck erhöhen, den Kosovo zu verlassen.

In Westeuropa hatten alle schulpflichtigen Kinder die Schule besucht. Im Kosovo besuchten aber nur 25 % der schulpflichtigen Kinder die Schule; in Serbien hingegen 91 %.

Auch die Sicherheit spielt weiterhin eine Rolle. Alle befragten Haushalte im Kosovo gaben zwar an, dass sie sich im Kosovo sicher fühlen, aber 70 % der Haushalte, die nach Serbien weitergezogen waren, fühlten sich im Kosovo nicht sicher.

Die Regierung hat eine Strategie zur Integration der repatriierten Personen verabschiedet, die Rückkehrern das Einleben im Kosovo erleichtern soll, wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Trainingsprogramme und Hilfe, um sich selbständig zu machen. Von den Befragten hat keine einzige Person an einer Weiterbildung oder einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme teilgenommen, aber immerhin haben 50 % der im Kosovo Befragten Hilfe erhalten, um sich selbständig zu machen. Von den nach Serbien weitergezogenen Befragten, hat allerdings auch hier keine Person Unterstützung erhalten, solange sie noch im Kosovo waren.

Die Studie (in Englisch) wie auch eine deutschsprachige Zusammenfassung sind auf www.gfbv.ch/kosovo erhältlich.

Nur 7 % der im Kosovo Befragten und 8.6 % der in Serbien Befragten wollten im Kosovo bzw. Serbien bleiben. Als die GfbV im August 2015, neun Monate nach der Befragung, die 70 Familien wieder kontaktierte, hatten von den 40 Haushalten im Kosovo 33 das Land wieder verlassen. Von den 30 Haushalten in Serbien waren 15 wieder in Westeuropa.

FAZIT

Die westeuropäischen Regierungen ignorieren die Tatsachen und die systematische und kumulative Diskriminierung der Roma. Sie erklären das Land zu einem »sicheren Herkunftsland« und schicken Roma zurück und meinen, dass alleine durch die Erklärung zu einem »sicheren Herkunftsland« und ohne eine konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen sich etwas an der tatsächlichen Situation ändern würde. Die kosovarische Regierung auf der anderen Seite unternimmt nicht das ihr Mögliche, um die systematische und kumulative Diskriminierung zu beenden, die die Roma zwingt das Land zu verlassen.

Durch diese verantwortungslose und unsinnige Politik bleiben die Roma aus dem Kosovo in einem Teufelskreis einer aufgezwungenen Migration gefangen und haben buchstäblich keinen Platz zum Leben in Europa. Sie werden die »sicheren Herkunftsländer« aber weiter verlassen und ist ihnen der Zugang zum Asylverfahren versperrt, werden sie in den Untergrund gehen – mit all den negativen Konsequenzen.

■ Stephan Müller ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Koordinator für Minderheiten Westlicher Balkan für die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz. Als Minderheitenbeauftragter der OSZE hat er von 2000 bis 2002 im Kosovo gearbeitet und war in den Jahren 2006-2008 verantwortlich für die Erstellung der kosovarischen Regierungsstrategie zur Integration der Roma, Ashkali und Balkan-Ägypter.

■ Kontakt:
stephan.mueller@gfbv.ch

Der Autor kann für Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE SIND EINE HERAUSFORDERUNG. ANTWORT GIBT DAS EVANGELIUM DER BARMHERZIGKEIT

BOTSCHAFT VON PAPST FRANZISKUS ZUM 102. WELTTAG DES MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGS 2016

Liebe Brüder und Schwestern,

in unserer Zeit steigen die Migrationsströme in allen Regionen der Erde stetig an: Vertriebene und Menschen auf der Flucht aus ihren Heimatländern fragen Einzelne und Gesellschaften an, werden dabei zur Herausforderung für die traditionelle Lebensweise und bringen zuweilen den kulturellen und sozialen Horizont, den sie vorfinden, durcheinander. Immer häufiger erleiden die Opfer der Gewalt und der Armut beim Verlassen ihrer Herkunftsregionen das menschenverachtende Treiben der Schleuser auf ihrer Reise dem Traum einer besseren Zukunft entgegen. Sofern sie dann den Missbrauch und die Widerwärtigkeiten überleben, sehen sie sich mit Umgebungen konfrontiert, die von Verdächtigungen und Ängsten geprägt sind. Schließlich stoßen sie nicht selten auf einen Mangel an klaren und praktikablen Regelungen, welche die Aufnahme steuern und – unter Beachtung der Rechte und Pflichten aller Beteiligten – kurz- wie langfristige Integrationsmöglichkeiten vorsehen sollen. Mehr denn je rüttelt das Evangelium der Barmherzigkeit heute die Gewissen der Menschen wach, es verhindert, dass man sich an das Leid des anderen gewöhnt, und zeigt Antwortmöglichkeiten auf, die in den Tugenden des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe wurzeln und sich in den geistigen und leiblichen Werken der Barmherzigkeit ausdrücken.

Auf der Grundlage dieser Feststellung war es mein Wunsch, dass der Welttag des Migranten und Flüchtlings 2016 dem Thema »Migranten und Flüchtlinge sind eine Herausforderung. Antwort gibt das Evangelium der Barmherzigkeit« gewidmet wird. Die Migrationsströme sind inzwischen ein strukturelles Phänomen und die erste Frage, die sich aufdrängt, betrifft die Überwindung der Notphase, um Programmen Raum zu geben, die die Ursachen der Migrationen, die dadurch bedingten Veränderungen sowie die Folgen in den Blick nehmen, die den Gesellschaften und Völkern ein neues Gesicht geben. Täglich jedoch fragen die tragischen Schicksale von Millionen von Männern und Frauen die internationale Gemeinschaft an, angesichts des Auftretens inakzeptabler humanitärer Krisen in zahlreichen Regionen der Welt. Die Gleichgültigkeit und das Schweigen führen zur Mittäterschaft, wenn wir als Zuschauer Zeugen des Todes durch Erstickung, Entbehrung, Gewalt und Schiffbrüchen werden. Ob in großem oder geringem Ausmaß, stets handelt es sich um Tragödien, wenn dabei auch nur ein einziges Menschenleben verloren geht.

Die Migranten sind unsere Brüder und Schwestern, die ein besseres Leben suchen fern von Armut, Hunger, Ausbeutung und ungerechter Verteilung der Ressourcen der Erde, die allen in gleichem Maße zukommen müssten. Ist es etwa nicht der Wunsch jedes Menschen, die eigene Lebenssituation zu verbessern und einen redlichen und legitimen Wohlstand zu erlangen, um ihn mit seinen Lieben zu teilen?

In diesem Augenblick der Menschheitsgeschichte, der stark von den Migrationen geprägt ist, ist die Frage der Identität keineswegs zweitrangig. Wer auswandert, ist nämlich dazu gezwungen, einige Eigenheiten zu verändern, die seine Person ausmachen, und zugleich, selbst ohne es zu wollen, zwingt er auch denjenigen, der ihn aufnimmt, zur Veränderung. Wie kann man diesen Wandel leben, dass er nicht zum Hindernis der echten Entwicklung wird, sondern Gelegenheit für ein wahrhaft menschliches, soziales und spirituelles Wachstum wird und dabei jene Werte respektiert und gefördert werden, die den Menschen immer mehr zum Menschen werden lassen in der rechten Beziehung zu Gott, zu den anderen und zur Schöpfung?

In der Tat wird die Anwesenheit der Migranten und der Flüchtlinge zur ernsthaften Herausforderung für die verschiedenen Aufnahmegesellschaften. Diese müssen sich neuen Tatsachen stellen, die sich als unberechenbar erweisen können, wenn man sie nicht entsprechend vermittelt, handhabt und steuert. Wie kann erreicht werden, dass die Integration zur gegenseitigen Bereicherung wird, den Gemeinschaften positive Wege eröffnet und der Gefahr der Diskriminierung, des Rassismus, des extremen Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit vorbeugt? Die biblische Offenbarung ermutigt zur Aufnahme des Fremden und begründet dies mit der Gewissheit, dass sich auf diese Weise die Türen zu Gott öffnen und auf dem Antlitz des anderen die Züge Jesu Christi erkennbar werden. Zahlreiche Institutionen, Vereine, Bewegungen, engagierte Gruppen, diözesane, nationale und internationale Einrichtungen erfahren das Staunen und die Freude des Festes der Begegnung, des Austausches und der Solidarität. Sie haben die Stimme Jesu Christi erkannt: »Ich stehe vor der Tür und klopfe an« (Off 3,20). Und doch nehmen die Debatten bezüglich der Bedingungen und Grenzen der Aufnahme nicht nur auf der Ebene der Politik der Staaten zu, sondern auch in manchen Pfarrgemeinden, die die gewohnte Ruhe gefährdet sehen.

Wie kann die Kirche angesichts solcher Fragen anders handeln, als sich vom Beispiel und von den Worten Jesu Christi inspirieren zu lassen? Die Antwort des Evangeliums ist die Barmherzigkeit.

Diese ist zuallererst das im Sohn offenbarte Geschenk Gottes des Vaters: In der Tat ruft die von Gott empfangene Barmherzigkeit Gefühle einer freudigen Dankbarkeit hervor aufgrund der Hoffnung, die uns das Geheimnis der Erlösung im Blute Christi eröffnet hat. Sodann nährt und stärkt sie die Solidarität gegenüber dem Nächsten als Erfordernis einer Antwort auf die unentgeltliche Liebe Gottes, die »ausgegossen (ist) in unsere Herzen durch den Heiligen Geist« (Röm 5,5). Tatsächlich ist ein jeder von uns verantwortlich für seinen Nachbarn: Wir sind Hüter unserer Brüder und Schwestern, wo immer sie leben. Die Pflege guter persönlicher Kontakte und die Fähigkeit, Vorurteile und Ängste zu überwinden, sind wesentliche Zutaten, um eine Kultur der Begegnung zu betreiben, in der man nicht nur bereit ist zu geben, sondern auch von den anderen zu empfangen. Die Gastfreundschaft lebt ja vom Geben und vom Empfangen.

In dieser Perspektive ist es wichtig, die Migranten nicht nur von ihrem legalen oder illegalen Status her zu betrachten, sondern vor allem als Personen, die, wenn sie in ihrer Würde geschützt werden, zum Wohlstand und zum Fortschritt aller beitragen können, besonders wenn sie auf verantwortliche Weise Pflichten übernehmen gegenüber jenen, die sie aufnehmen, und das materielle und geistige Erbe des Aufnahmelandes anerkennend respektieren, indem sie seine Gesetze befolgen und seine Lasten mittragen helfen.

Die Kirche steht an der Seite all jener, die sich darum bemühen, das Recht eines jeden auf ein Leben in Würde zu schützen, vor allem, wenn dieser von seinem Recht Gebrauch macht, nicht auszuwandern, um zur Entwicklung des Ursprungslandes beizutragen. Auf seiner ersten Ebene sollte dieser Prozess die Notwendigkeit einschließen, die Länder zu unterstützen, aus denen die Migranten und Flüchtlinge kommen. Dadurch wird bestätigt, dass die Solidarität, die Zusammenarbeit, die internationale gegenseitige Abhängigkeit und die gerechte Verteilung der Güter der Erde grundlegende Elemente sind, um sich vor allem in den Herkunftsregionen der Migrationsströme auf tiefe und wirkungsvolle Weise zu engagieren, damit jene Ungleichgewichte ein Ende nehmen, welche die Personen dazu veranlassen, einzeln oder gemeinsam ihre natürliche und kulturelle Umgebung zu verlassen. Auf jeden Fall ist es notwendig, nach Möglichkeit von Anfang an den Weggang der Flüchtenden und die von Armut, Gewalt und Verfolgungen bedingten Massenauswanderungen abzuwenden.

Diesbezüglich ist es dringend erforderlich, dass die öffentliche Meinung korrekt informiert wird, nicht zuletzt um unbegründeten Ängsten und Spekulationen auf Kosten der Migranten vorzugreifen.

Niemand kann so tun, als fühle er sich nicht herausgefordert angesichts der neuen Formen der Sklaverei, die von kriminellen Organisationen betrieben werden, welche Männer, Frauen und Kinder als Zwangsarbeiter im Bauwesen, in der Landwirtschaft, in der Fischerei oder in anderen Bereichen des Marktes kaufen und verkaufen. Wie viele Minderjährige werden auch heute noch in Streitkräften zwangsrekrutiert, die sie zu Kindersoldaten machen! Wie viele Menschen sind Opfer des Organhandels, der Zwangsbettelei und der sexuellen Ausbeutung! Vor diesen schlimmen Verbrechen fliehen die Flüchtlinge unserer Zeit, die die Kirche und die menschliche Gemeinschaft anfragen, damit auch sie in der ausgestreckten Hand dessen, der sie aufnimmt, das Antlitz des Herrn entdecken können, »Vater des Erbarmens und (…) Gott allen Trostes« (2 Kor 1,3).

Liebe Migranten und Flüchtlinge, liebe Brüder und Schwestern! An der Wurzel des Evangeliums der Barmherzigkeit überschneiden sich die Begegnung und Aufnahme des anderen mit der Begegnung und Aufnahme Gottes: Den anderen aufnehmen bedeutet Gott selbst aufnehmen! Lasst euch nicht die Hoffnung und die Lebensfreude rauben, die aus der Erfahrung der göttlichen Barmherzigkeit hervorquellen, die sich in den Menschen offenbart, denen ihr auf euren Wegen begegnet.

© KNA

Papst Franziskus begrüßt geflüchtete Menschen im Haftlager Moria auf der Insel Lesbos bei seinem Besuch am 16. April 2016.

■ Hinweis: In Deutschland wird – anders als vom Päpstlichen Rat für die Migranten und Flüchtlinge in Rom vorgeschlagen – der Welttag des Migranten und Flüchtlings im Rahmen der Interkulturellen Woche begangen. Dieses Jahr findet er am 30. September statt.

■ Leicht gekürzte Fassung. Den vollständigen Text finden Sie unter dem Menüpunkt »Gottesdienstbausteine« im Bereich »Anregungen« auf unserer Homepage www.interkulturellewoche.de

VIELFALT. DAS BESTE GEGEN EINFALT.

PREDIGTANREGUNG ZU LK 18,9-14 VON OKR THORSTEN LEISSER

ERKENNTNIS DES ZÖLLNERS

Es war nur eine kurze Szene: Auf dem Weg zum Public Viewing während der Fußball-Europameisterschaft wird der Jugendliche am Zutritt zur Fanmeile aufgehalten. Er sei zu schwarz, meint der Türsteher. Er solle erst einmal zwei deutsche Gedichte aufsagen, dann könne er rein. Die Leute drumherum trauen ihren Ohren nicht. Wenig später dann kommt eine Mutter mit ihrem dunkelhäutigen Adoptivkind und will auch zur Fußball-Party. Auch sie dürfen zunächst nicht rein, ohne zu wissen warum. Hinterher berichtet die Zeitung am Ort darüber. Hatten die Zwischenfälle einen fremdenfeindlichen Hintergrund? Die Sicherheitsfirma dementiert sofort. Solch ein rassistisches Verhalten gäbe es in ihrem Unternehmen nicht und werde auch nicht geduldet. Auch die Stadtverwaltung distanziert sich von jeder menschenverachtenden Haltung, die Staatsanwaltschaft beginnt gar nicht erst zu ermitteln. Also alles nur ein Missverständnis?

Über Rassismus zu sprechen ist immer schwierig, besonders aber in Deutschland, auch Jahre nach der bekanntgewordenen Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds. Eigentlich gibt es bei uns so etwas doch längst nicht mehr – sollte man meinen. Dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder sonst einem sichtbaren Merkmal benachteiligt werden, ist für die meisten von uns unvorstellbar. Stattdessen kann man oft Beteuerungen hören: »Bei uns gibt es das nicht!« oder »Wir haben das zum Glück überwunden. Rassismus ist Geschichte!« So was passt ja auch nicht in das Bild vom weltoffenen Deutschland, das attraktiv im globalen Wettbewerb um Arbeitskräfte gegen die demografische Entwicklung ankämpft.

Irgendetwas stimmt da aber nicht. Denn Menschen machen nach wie vor tagtäglich die Erfahrung von Diskriminierung, auch ohne andere Hautfarbe. Menschen, die sichtlich zu einer bestimmten Gruppe gehören, werden bei uns immer noch ausgegrenzt und mit Vorurteilen beladen. Ist unsere Gesellschaft wirklich so offen, wie wir das denken? Wie passt das zusammen? Dazu hören wir das Gleichnis vom Pharisäer und Zöllner, das Jesus erzählt:

Vom Pharisäer und Zöllner
(Lk 18,9-14 nach der revidierten Luther-Übersetzung von 1984)

9 Er sagte aber zu einigen, die sich anmaßten, fromm zu sein, und verachteten die andern, dies Gleichnis: 10 Es gingen zwei Menschen hinauf in den Tempel, um zu beten, der eine ein Pharisäer, der andere ein Zöllner. 11 Der Pharisäer stand für sich und betete so: Ich danke dir, Gott, dass ich nicht bin wie die andern Leute, Räuber, Betrüger, Ehebrecher oder auch wie dieser Zöllner. 12 Ich faste zweimal in der Woche und gebe den Zehnten von allem, was ich einnehme. 13 Der Zöllner aber stand ferne, wollte auch die Augen nicht aufheben zum Himmel, sondern schlug an seine Brust und sprach: Gott, sei mir Sünder gnädig! 14 Ich sage euch: Dieser ging gerechtfertigt hinab in sein Haus, nicht jener. Denn wer sich selbst erhöht, der wird erniedrigt werden; und wer sich selbst erniedrigt, der wird erhöht werden.

Wir stehen neben dem Pharisäer und danken Gott, dass wir nicht so sind wie die anderen Leute – Rassisten, Rechtsextreme und sonstige Menschenfeinde. Wir doch nicht! So ein Glück! Und gleich danach blenden wir die Nachrichten aus, die von verstecktem oder offenem Rassismus. Wenn Menschen, weil sie zu einer bestimmten Gruppe

Das Motiv »**Mein Wunsch: Leben**« ist als Plakat im Format DIN A3, DIN A2, und DIN A1 sowie als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2016 erhältlich.
Gestaltung: Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

Das Bestellformular finden Sie auf:
www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:
info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax:
Fax: 069 / 24 23 14-71

gehören, benachteiligt werden. Denn das geschieht nach wie vor, Rassismus hat viele Formen. Und die haben immer weniger mit »Rassen« zu tun: Wenn Menschen schon aufgrund ihres »fremd« klingenden Namens nicht zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden oder bei der Wohnungssuche nicht zum Zuge kommen. Wenn Flüchtlinge, die im Asylverfahren sind, zum Teil mit Lebensmittelgutscheinen auskommen müssen, weil das so genannte Asylbewerberleistungsgesetz ihnen eine menschenwürdige Behandlung versagt. Und wenn Eltern ihre Kinder von der örtlichen Grundschule nehmen, weil da »zu viele Ausländer« sind. Ja selbst bei gut meinenden Leuten, die sich niemals als fremdenfeindlich bezeichnen würden, »funktionieren« die Vorurteile gegen bestimmte Gruppen wie beispielsweise, dass Fremde weniger gebildet seien und Kinder mit Migrationshintergrund die schulische Entwicklung der deutschen Kinder behindern würden.

Vorurteile und Ausgrenzung treffen auch andere Gruppen: Frauen, die im Beruf meist immer noch weniger verdienen als Männer, Homosexuelle, die immer noch und viel zu oft auf ihre sexuelle Orientierung reduziert werden, muslimische Frauen, denen wegen ihres Kopftuches am Arbeitsplatz Ärger droht. Der Europarat benutzt die folgende Definition: »Rassismus bedeutet die Überzeugung, dass ein Beweggrund wie Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit oder nationale oder ethnische Herkunft die Missachtung einer Person oder Personengruppe oder das Gefühl der Überlegenheit gegenüber einer Person oder Personengruppe rechtfertigt.« Rassismus hat eben viele Formen. Und Rassismus lebt von Vorurteilen.

Auch in der Kirche sind Vorurteile spürbar: Der Pharisäer aus dem Gleichnis ist dafür ein gutes Beispiel. Zu Jesu Zeiten waren die Pharisäer eine Gruppe geachteter Schriftgelehrter, die in scharfsinnigen Lehrgesprächen den Sinn der Heiligen Schrift ausgelegt haben. Im Laufe der Überlieferung wurde diese Gruppe jedoch immer negativer dargestellt. Das Christentum musste sich vom Judentum abgrenzen und rückte es zunehmend in ein schlechtes Licht. In den Texten des Neuen Testaments wurden die Pharisäer schließlich zum Inbegriff der Heuchelei und Jesu erbitterte Gegner.

Aber auch heute finden sich erstaunlich viele Vorurteile im kirchlichen Leben, sogar gegen andere Gläubige: Wenn etwa in einer Innenstadtgemeinde afrikanischen Christinnen und Christen ihren eigenen Gottesdienst feiern dürfen, aber dies nur unter strengen Auflagen erlaubt wird. In der deutschen Ortsgemeinde hat man Sorge, dass die Gottesdienste zu laut und wild seien. Da wollen viele lieber nichts mit zu tun haben. Statt einmal am Sonntagnachmittag hinzugehen und mitzuerleben, wie die afrikanischen Schwestern und Brüder Gott preisen und das Evangelium auf ihre Weise verkündigen, wird der Mietvertrag bald wieder gekündigt. Denn es gibt Beschwerden, dass es hinterher immer so dreckig im Gemeindehaus gewesen ist. So bleiben am Ende doch alle unter sich, nach Hautfarben sortiert. »Wir« und »die anderen« – von Vorurteilen geprägt.

Dabei haben gerade für uns Christinnen und Christen solche Merkmale wie Hautfarbe oder Sprache keine trennende Kraft mehr. Jesus bindet Menschen zusammen, statt sie zu trennen, über alle staatlichen oder kulturellen Grenzen hinweg. Er verbindet Himmel und Erde, Gott und Mensch. Nicht im Palast zu Jerusalem kommt er zur Welt, sondern im Stall von Bethlehem. Ohne Soldatenschutz, aber umgeben von Hirten, den Ausgegrenzten ihrer Zeit, mit denen man besser nichts zu tun haben wollte. Bei ihm kommen einfach alle zusammen, unabhängig von ihrem Hintergrund oder der sozialen Stellung. Es gehört zur Erfolgsgeschichte des

VOM »WILLKOMMEN« ZUR INTEGRATION

Wort der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD) zur Ankunft der Flüchtlinge in unserem Land

»Ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen« (Mt 25,35)

Als Orthodoxe Bischöfe in Deutschland danken wir allen unseren Gläubigen und allen Menschen guten Willens, die in den vergangenen Wochen und Monaten tatkräftig bei der Aufnahme der Flüchtlinge in Deutschland geholfen haben. Diese tätige Nächstenliebe ist eine Selbstverständlichkeit, da sie dem Gebot unseres Herrn und Erlösers Jesus Christus, entspricht.

Die Aufnahme so vieler Asyl- und Hilfesuchender stellt sicherlich eine große Herausforderung für unser Land und ganz Europa, aber auch für jeden Einzelnen von uns dar. Als Orthodoxe Kirche in Deutschland, deren Gläubige mehrheitlich einen Migrationshintergrund besitzen, wissen wir auch um die Bedeutung der Begrüßung, aber auch der Integration in der hiesigen Gesellschaft, welche der nächste Schritt und das Ziel jeder Aufnahme neu hinzukommender Menschen hierzulande sein muss.

Anders gesagt: aus der so genannten »Willkommenskultur« muss eine »Integrationskultur« werden. Sprachkenntnisse, Bildung, Integration in den Arbeitsmarkt und allgemein in die Wertegesellschaft unseres Landes sind nur einige Stichworte, die wir hier nennen. Unter den Flüchtlingen, die sich nach Deutschland aufgemacht haben, sind auch zahlreiche orthodoxe und orientalisch-orthodoxe Christen, deren Vorfahren seit rund 2000 Jahren in Treue zu ihrem Glauben und ihrer Tradition in der Heimat gelebt haben. Angesichts von Krieg, Verfolgung und Terror haben sie diese verlassen und stehen nun hier vor einem Neuanfang. In besonderer Weise heißen wir sie willkommen und ermutigen sie, diesen Weg der Integration mutig zu gehen. Begleitet werden sie dabei insbesondere von den Kirchengemeinden der Antiochenisch-Orthodoxen Metropolie von Deutschland, wie auch von den übrigen orthodoxen Gemeinden und Verbänden unseres Landes. Die Orthodoxe Bischofskonferenz verurteilt deshalb in aller Schärfe jede Form von Rassenhass und Ausländerfeindlichkeit, ebenso wie jede Einschüchterung und Übergriffe gegenüber Christinnen und Christen durch andere radikalisierte Flüchtlinge, über die uns Berichte erreichen. Möge unser Herr Jesus Christus, der selbst Flüchtling vor den Machthabern dieser Welt war, alle segnen: die ankommenden Flüchtlinge und alle, die ihnen haupt-und ehrenamtlich helfen.

Informationen und Kontakt:
www.obkd.de
generalsekretariat@obkd.de

Christentums, dass das Evangelium allen Menschen gilt, ungeachtet ihrer Herkunft oder ihres Hintergrunds. So kommt es, dass der Apostel Paulus im Galaterbrief sich schließlich zu der Aussage versteigt: »Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus« (Gal 3,28). Mit anderen Worten: Hier ist nicht Afrikaner oder »Biodeutscher«, hier ist nicht Mittelständler oder Langzeitarbeitsloser, hier ist nicht Niedriglöhner oder Manager, nicht Frau noch Mann, nicht Homo oder Hetero, nicht Eingesessener oder Zugewanderte; denn wir alle zusammen bilden die Gemeinschaft der Heiligen.

Wie schön wäre es, wenn diese Vision des Paulus wenigstens in unseren Gemeinden noch selbstverständlicher sein könnte, ja schlichte Normalität. Alle eins in Christus, Gemeinschaft unter Gleichen. Dann können auch Kirchengemeinden Vorbild sein bei der Integration von Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen. Dann wird im Gemeindehaus konkret erfahrbar werden, was es bedeutet, in der Vielfalt zusammenzuleben. Gemeinden sind dann auch Schutzräume für Menschen, die diskriminierende Erfahrungen gemacht haben und wo man miteinander diese Erfahrungen teilt und überwindet. Nicht nur während der Interkulturellen Woche.

In Vielfalt zusammenleben. Das können wir. Gott ermöglicht es uns. Und der Zöllner in dem Gleichnis weist uns dazu den Weg. Er schlägt sich gegen die Brust und bekennt sein Versagen vor Gott. Noch nicht einmal die Augen mag er aufheben zum Himmel. Er benennt damit seine Grenzen, das was er nicht zu leisten im Stande ist. Aber er ist auch bereit, sich durch die Vergebung Gottes verwandeln zu lassen und der Gnade zu vertrauen. Das Beispiel des Zöllners zeigt uns den Weg:

Denn die Frage ist nicht, ob wir Migrantinnen und Migranten, Ausländerinnen und Ausländer, Flüchtlinge, Deutsche mit Migrationsgeschichten mögen oder nicht, sondern ob wir sie mit ihrem Namen kennen, ob wir sie als unsere Nachbarn, Mitbürgerinnen, Mitschüler, Kolleginnen, Kunden, Anlageberater, Richter, Apothekerinnen oder Polizistinnen ernst nehmen.

Die Frage ist nicht, ob wir Vorurteile haben oder nicht, sondern ob wir sie erfassen und überwinden. Ob wir dahin kommen zu einer Wertschätzung und Würdigung der Lebensgeschichte jedes Einzelnen – auch unserer eigenen. Die Frage ist nicht, ob wir die Wanderungsgeschichten in dieser Welt je begreifen oder nicht, sondern ob wir unsere Verstrickung darin erkennen und akzeptieren lernen, dass Menschen sich aufmachen müssen, um ihr Überleben zu sichern.

Die Frage ist nicht, ob Flüchtlinge oft verwundbarer sind und in ihrem Leben Opfer von Gewalt wurden, sondern ob wir ihnen beistehen, ihre Verletzlichkeit zu schützen und ihre Würde wiederzuerlangen, die ihnen als Opfer oft abhandenkommt, damit sie gleichberechtigt mit uns leben können.

Die Frage ist nicht, ob wir Zugewanderte mögen oder nicht, sondern ob wir die Wanderungsgeschichten, die sich in allen Familiengeschichten finden lassen, egal wie »biodeutsch« man sich selbst fühlt, begriffen haben und die Sehnsucht nach einem sicheren Ort, nach Heimat und Beheimatung für alle respektieren.

Der Zöllner gibt uns Hoffnung, dass wir das schaffen können. Amen.

■ OKR Thorsten Leißer ist Mitglied im ÖVA. Er ist Referent für Menschenrechte und Migration im Kirchenamt der EKD.

■ Kontakt:
thorsten.leisser@ekd.de
www.ekd.de

VORSCHLAG FÜR EINE ANDACHT IM RAHMEN DER INTERKULTURELLEN WOCHE 2016

Pfarrerin Cordula Haase

Diese Andacht wurde bei der Vorbereitungstagung zur IKW 2016 am 20. Februar 2016 im Roncalli-Haus in Magdeburg gehalten.

Klangschale | Meditative Einführung | Klangschale

Freie Begrüßung | Kurze Hinführung und Lesung der Losung

Losung: Fürchte dich nicht und hab keine Angst; denn der Herr, dein Gott, ist mit dir bei allem, was du unternimmst. (Josua 1,9)

- Fürchte dich nicht! Gott ist einer, der Mut macht, Angst nehmen will – anders als viele, deren Strategie es ist, das Fürchten zu lehren:
- Und es gibt vieles, was uns Angst macht.
- Rassistische Pöbeleien und Übergriffe – die Angst der Menschen, die da in Clausnitz angekommen sind.
- Neue Grenzen und Zäune – und die Idee sie zu sichern, koste es was es wolle, wenn nötig auch Menschenleben.
- Eine Gesetzgebung, die für immer mehr Menschen immer größere Härten bedeutet.
- Eine fast ohnmächtig wirkende Europäische Union, die in wichtigen Fragen keine Einigung finden kann.

© www.interkulturellewoche.de

- Natürlich: zweifeln, zögern, gemeinsam nach einem guten Weg suchen, mit Augenmaß, das gehört zu unserer menschlichen Existenz dazu.
- Wir können durchaus kritisch sein gegenüber den Unkritischen, denen, die allzu fest davon überzeugt sind, dass nur der eigene Weg richtig ist.
- Wir stehen doch miteinander immer wieder vor neuen Herausforderungen, kurz davor, Neuland zu betreten. Wir wissen nicht schon vorher, was auf uns zukommt.
- Da braucht es Ermutigung. Angst und Misstrauen schüren ist da kontraproduktiv. Vertrauen, dass wir mit anderen unterwegs sind. Vertrauen bei jedem einzelnen Schritt, den wir gehen – auch wenn er sich irgendwann als korrekturbedürftig herausstellt. Vertrauen, wenn's immer weitergeht, obwohl wir uns schon häuslich einrichten wollten.
- Fürchte dich nicht, denn
- Gott geht mit, Schritt für Schritt, Fluchtwege, Wege der Integration, Wege der Annäherung und des Gesprächs der Kulturen und der Religionen miteinander.
- Diesen Gott, der mitgeht, möchte ich ernst nehmen, ihn entdecken im Menschen neben mir, hoffentlich auch in mir selbst.
- Denn diese Zusage ist dem Vers aus der hebräischen Bibel an die Seite gestellt:

Lehrtext: Denn Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit. (2.Tim 1,7)

Lied: Weise uns den Weg, Gott, geh mit (Kirchentag Stuttgart, Schlussgottesdienst)

Gebet

Gott des Lebens, wir bitten dich um Kraft – Kraft, die Leben erhält, nicht zerstört, die Feindbilder aufgibt und mit anderen – nicht gegen sie – Lebensmöglichkeiten schafft, / Kraft denen, die auf der Flucht sind, / Kraft und Besonnenheit den Engagierten, die der Liebe Hand und Fuß leihen, / eine klare und kräftige Stimme denen, die der Menschenwürde das Wort reden, / besonnene Entscheidungen denen, deren Beschlüsse Leben und Tod bringen können, / dass sie nicht auf Abgrenzung setzen, sondern Maß nehmen an den Nöten und Bedürfnissen der Menschen, / und um diese Liebe selbst bitten wir dich, dass sie unter uns umgehe, / aller Manipulation und Menschenverachtung das Handwerk lege, / verschlossene Schubladen wieder öffne, / die Angst, die in die Enge führt, umwandelt in Mut zu Weite und Vielfalt, / vor allem aber lass deinen Geist unter uns umgehen, den Geist des Respekts und der Menschenfreundlichkeit und der Nächstenliebe, der in jedem Menschen dein Ebenbild wahrnimmt.

Vater Unser

Segen

Gott begleite uns mit seinem Segen durch diesen Tag
und alle Tage, die folgen.
Aus dem was wir säen, möge Gutes wachsen.
Das Netz, das wir knüpfen, möge vielen Anteil geben.
Die Vielfalt, der wir uns öffnen, möge andere bereichern.
Gott lasse gelingen, was wir beginnen. Amen

■ Pfarrerin Cordula Haase arbeitet im Fachbereich Migration und interreligiöser Dialog im Lothar-Kreyssig-Ökumene-Zentrum der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland.

■ Kontakt: Cordula.Haase@ekmd.de

SO SEID IHR NUN NICHT MEHR GÄSTE UND FREMDLINGE, SONDERN MITBÜRGER DER HEILIGEN UND GOTTES HAUSGENOSSEN

PREDIGT ZU EPHESER 2,19

Ali Reza Sadeghi

Liebe Gemeinde,

ich selbst stamme aus dem Iran und lebe seit einigen Jahren in Deutschland und begleite ehrenamtlich Flüchtlinge, die zu uns kommen. Ich weiß, wie Menschen sich fühlen, die neu in dieses Land kommen und die ihre Heimat und ihre Familie verlassen müssen.

In Deutschland heimisch zu werden, war auch für mich ein langer Prozess, der genau genommen bis heute anhält. Ein Mensch, der flieht, tut dies, um sein Leben zu retten. Dabei spielt der Glaube in allem eine wichtige Rolle: in dem Aufbringen der Kraft, die man für die Flucht braucht, in der Unsicherheit auf dem Weg und beim Ankommen in einem neuen Land.

Im Fall der Flüchtlinge aus dem Iran ist der Glaube nicht selten auch der Grund dafür, warum sie ihre Heimat verlassen müssen. Am Anfang steht bei vielen nicht selten die Sehnsucht nach einem Glauben an Gott, der einem Ruhe, Frieden und Freiheit schenkt. Diese Sehnsucht nach einer Alternative führt viele in einen Konflikt mit der staatlichen Doktrin des Iran, die keine Religionsfreiheit zulässt. Wer seine Religion wechseln möchte, begibt sich in Gefahr. Von einem jungen Mann und seiner Frau, die genau dieses erlebten, möchte ich hier erzählen.

Ich begegnete dem jungen Paar zum ersten Mal bei einem Taufkurs, bei dem ich für sie in einer Kirchengemeinde dolmetschte.

Er war im Iran IT-Spezialist und sie ging einem kreativen Beruf nach. Sie waren mit Christen in Kontakt gekommen, die ihren Glauben im Verborgenen lebten. Bald waren beide in Gefahr und entschlossen sich, das Land zu verlassen. Mit einem Visum für Europa konnten sie tatsächlich unbeschadet die Flughafenkontrollen passieren. Der Moment, als das Flugzeug dann abhob, war für sie unbeschreiblich. Ihr ganzes Leben ließen sie hinter sich, auch all das Schöne dieses Lebens. Wann würden sie ihre Familie wiedersehen? Und was würde sie dort in Europa erwarten? Bei seinem Aufbruch dachte der junge Mann an Gott, der einen Weg für sie finden würde. Das gab ihm Hoffnung.

So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen.

Ihre Hoffnungen setzen sie aber auch auf das Land ihrer Wahl. Sie wollten nach Deutschland. Als sie ankamen, war ihre Enttäuschung groß. Sie wurden in einem Container untergebracht mit hunderten von anderen Flüchtlingen verschiedenster Herkunft. Jeder Tag in diesem Lager war angefüllt mit Spannungen und Stress. Sie konnten kaum Schlaf finden, mussten sich an das Essen gewöhnen und hatten kein Geld zur Verfügung. Kontakt mit Deutschen hatten sie kaum. Von einem Mitbewohner erfuhren sie von einem Taufkurs. So kamen sie in einen Kreis von Menschen, denen es ähnlich erging wie ihnen. Alle hatten ihre Heimat verlassen müssen. Alle hatten die Sehnsucht, mit ihrer Seele bei Gott Ruhe und Frieden zu finden Die Zusammenkünfte in der Kirche waren in dieser Zeit wie ein Anker in aller Unsicherheit. Es tat ihnen gut, hier einfach freundlich angesehen und begrüßt zu werden.

So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen.

Ihr Leben hatte an Stabilität gewonnen. Sie waren in eine bessere Unterkunft gekommen, konnten endlich wieder

■ Das Motiv »**Arche Noah**« ist als Postkarte zur Interkulturellen Woche 2016 erhältlich. Gestaltung: european school of design, Frankfurt/M.

Das Bestellformular finden Sie auf:
www.interkulturellewoche.de

Anfragen per E-Mail:
info@interkulturellewoche.de

Bestellungen per Fax:
Fax: 069 / 24 23 14-71

durchschlafen und besuchten regelmäßig die Kirche. Aber dann teilte ihnen die Behörde in einem Schreiben mit, dass sie Deutschland zu verlassen hätten. Deutschland wollte sie nicht! Und fast zur selben Zeit stellte die junge Frau fest, dass sie schwanger war. Wie sollte sie nun ein Kind auf die Welt bringen, in der sie selbst keine Heimat mehr hatte? Am Ende durfte das Paar bleiben. Die Menschen, die sie in der Kirche kennengelernt hatten, standen ihnen in dieser Zeit bei.

Es gibt Momente, in denen ich mich sehr ohnmächtig fühle. Ich stehe mit dem jungen Paar auf der Behörde und spreche mit den Beamten und ich weiß, ich habe nichts in der Hand, meine Hände sind leer. Was kann ich noch ausrichten? Das Einzige, was mir dann hilft, ist der Glaube an Gott, dass wir als seine Kinder nicht aus seiner guten Hand fallen und dass er irgendeinen Weg noch auftun wird. Meinem Leben gibt es Sinn, wenn ich spüre, dass ich Teil einer solchen guten Geschichte bin, die Gott mit den Menschen auch durch die Ohnmacht hindurch geht.

Als das junge Paar dann ein Kind bekam und ich im Krankenhaus übersetzen durfte … Das kann ich kaum mit Worten beschreiben! Das war ein besonderer Moment. Ein Kind wird geboren, ein neues Leben, eine neue Hoffnung. In einem Meer von Sorgen auf einmal so eine Kraft des Lebens! Gott sei gedankt!

So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen.

Dieser Satz aus dem Epheserbrief verkündet uns die gute Nachricht, dass Gott selbst uns eine Heimat sein will. In seiner Nähe, im Gebet, können wir Geborgenheit empfinden. Dieses Gefühl von Geborgenheit in der Welt brauchen Menschen, die fliehen genauso wie Menschen, die nie ihre Heimat verlassen mussten.

Aber Gott erinnert uns auch daran, dass wir als Menschen alle ein Recht haben, in dieser Welt zu leben – ein Recht auf unversehrtes Leben, auf Nahrung und Kleidung. Dazu gehört auch das Recht darauf, unsere Gaben und Fähigkeiten entwickeln und ohne Angst vor Strafen, unsere Meinungen und Gedanken ausdrücken zu dürfen. Wir erleben, dass nicht alle Menschen in allen Ländern dieses Recht haben. Menschen fliehen, weil ihnen die Grundlagen ihrer Existenz genommen werden, zum Teil auch, weil reiche Länder nicht gerecht mit ihnen umgehen. Es sind Menschen, die jede Perspektive verloren haben. Sie wissen nicht, wie sie in der Zukunft ihre Kinder ernähren oder gar in die Schule schicken können. Und Menschen fliehen, weil sie in ihren Ländern verfolgt werden, wenn sie sagen, was sie fühlen und denken. Und es gibt andere Länder, die wie Deutschland bereit sind, sie aufzunehmen. Ich hoffe, dass diese Bereitschaft anhalten wird, weil es für viele einfach die einzige Chance auf Leben ist.

So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen.

Damals in der Zeit der ersten Christen waren die Christen mit einem heidnischen Hintergrund Fremdlinge. Sie wurden als weniger wert betrachtet. Der biblische Vers sagt, es gibt keinen Unterschied. Egal woher eine oder einer kommt oder welchen Hintergrund sie oder er hat, alle haben vollen Anteil am Heil des Glaubens.

Wenn Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen, in unsere Gemeinden kommen, dann ist es wichtig, ihnen zu helfen und ihnen beizustehen. Aber viel wichtiger ist, sie als Christen mit einer eigenen Glaubensgeschichte anzunehmen und zu respektieren. Sie haben vieles zu berichten, was uns alle in unserem Glauben stärken kann. Es kann auch eine Chance für unsere Gemeinden sein, wenn wir ihnen die Möglichkeit geben, sich mit ihren Fähigkeiten und ihrer anderen kulturellen Mentalität einzubringen. Meine persönliche Vision ist es, dass wir dadurch gemeinsam reicher und vielfältiger werden. Kirchengemeinden können Orte der Heimat werden für alle. Gott schenke uns für diesen Weg seinen Segen und seine Kraft.

Amen.

KREUZWEG DER WELT

Im Februar dieses Jahres wurde von verschiedenen Gruppen vorbereitet in Liebfrauen in Frankfurt/M. ein »Kreuzweg der Welt« gebetet. Es gelang den vorbereitenden Gruppen in einer beeindruckenden Vielfalt an Stilen und Formulierungen die Situation ihres Herkunftslandes oder ihre Situation in Frankfurt zur vorgegebenen Kreuzwegstation in Beziehung setzen. Bei der Liturgie am 26. Februar 2016 wurden die Bibelstellen in der jeweiligen Herkunftssprache vorgetragen. So entstand dieser sehr dichte »Kreuzweg der Welt«.

Sie finden den Volltext und weitere Hinweise zur Planung unter: www.interkulturellewoche.de/gottesdienstbausteine/anregungen

Die hier abgedruckte Predigt von Ali Reza Sadeghi sowie die Liturgischen Bausteine auf Seite 48 sind dieser Broschüre entnommen.

Alle Texte dieser Broschüre können Sie abrufen unter: www.nordkirche-weltweit.de/politisches-handeln/theologie-nachhaltigkeit/judika-materialien-2016.html.

Kontakt: a.freudenberg@nordkirche-weltweit.de oder d.gerstner@nordkirche-weltweit.de

Ali Reza Sadeghi ist Prädikant in Ausbildung in der Frohbotschaftskirche Hamburg-Dulsberg.

Kontakt: buero@kirche-dulsberg.de

LITURGISCHE BAUSTEINE

EINGANGSGEBET

Gott, zu dir kommen wir
mit unserer Sehnsucht und unserer Ratlosigkeit,
mit unserem Vertrauen und unserer Verzweiflung.
Du bist mit uns, wo wir auch sind.
Du kennst unsere Namen,
den Beginn unseres Lebens,
auch ohne Dokumente und Stempel.
Du kennst die Ängste und Sorgen aller, die ihr Zuhause verloren haben.
Du hörst unsere Hilferufe in vielen Sprachen.
Du siehst die ungezählten Spuren aller, die sich aufgemacht haben, um Schutz, Frieden und Zukunft zu suchen.
Bei dir ist Zuflucht und Geborgenheit.
Schenke uns Glaubensmut und die Kraft deiner Geistesgegenwart.
Durch Jesus Christus.
Amen.

■ Elisabeth Hartmann-Runge

BEKENNTNIS-GEBET

Gott, wir glauben an Dich als an den Gott, der die Fremdlinge liebt. Hilf uns heraus aus unserer Furcht vor den Fremden.
Gott, wir glauben an Dich als an den Gott, der die Schwachen und Ausgegrenzten schützt.
Hilf uns in unserem Einsatz für Flüchtlinge und andere Ausgegrenzte in unserer Gesellschaft.
Gott, wir glauben an Dich als an den Gott, der Recht und Gerechtigkeit für alle will. Hilf uns in unserem Einsatz für Gerechtigkeit und leite unsere Führenden in Wirtschaft und Politik auf diesen Weg.
Gott, wir glauben an Dich, dass Du stärker bist als der Tod – hilf unserem Unglauben.
Amen.

■ Dietrich Gerstner

FÜRBITTGEBET

Gott –
manchmal so unbegreiflich, dann doch zum Greifen nah.
Wir suchen dich im Himmel und übersehen dich auf der Erde.
Wir spannen dich ein für unsere Wünsche und Ziele und vergessen, dass deine Güte hinausgeht über unseren Horizont.
So machen wir dich klein,
und unsere Vorstellung von dir wird armselig.
Weite unseren Blick. Öffne unser Herz.
Lass uns groß von dir denken.
Weil selbst der Erdkreis dir keine Grenze ist, du Menschenfreund, rufen wir zu dir: *Kyrie Eleison!*

Wir denken in diesen Tagen an die Kinder, die von weit her zu uns kommen: auf dem Arm, auf dem Rücken ihrer Eltern, übers Meer, auf endlosen Fußwegen.
Wir denken an all die Frauen und Männer, die angstvoll unterwegs sind.
Nicht auszudenken, was sie erlebt und gesehen haben.
Stelle uns einen Menschen, eine Familie vor Augen unter all den vielen.
Begabe uns mit Gespür für das Leid und für ihr Angst, die sie aus ihren Ländern vertrieben haben.
Wir rufen zu dir: *Kyrie Eleison!*

Wir bitten für Menschen in Politik und Verwaltung, die mit Flüchtlingen zu tun haben.
Gib Weitsicht und Umsicht bei ihren Planungen,
Phantasie für menschengerechte Lösungen.
Gib ihnen Mut zu ungewöhnlichen Wegen,
auch wenn die nicht immer durch Paragraphen gedeckt sind.
Bewahre sie vor Müdigkeit, Überforderung und Zynismus bei der großen Aufgabe.

Lass sie Anerkennung erleben für ihren Einsatz, für das, was gelingt an Hilfe und Erleichterung. Wir rufen zu dir: *Kyrie Eleison!*

Wir bitten für die Kirchengemeinden in diesem Land in Städten und Dörfern; für alle, die angerührt sind von ihrer Liebe zu der Flüchtlingsfamilie aus Bethlehem; für alle, die freiwillig aktiv sind und Hilfe organisieren; für die, die sich verwickeln lassen in die Geschichte fremder Menschen:
dass sie bei Kräften und guten Mutes bleiben;
dass sie sich freuen über gelungene Schritte;
dass sie sich nicht übernehmen, sondern auch auf Grenzen achten.
Wir rufen zu dir: *Kyrie Eleison!*

Gott,
wir danken für alle guten Zeichen Deiner Gegenwart unter uns;
für die ausgestreckten Hände, für tröstende Gemeinschaft;
für die Schönheit erlebter Mitmenschlichkeit;
für jeden warmherzigen Blick;
für die Erfahrung, wenn aus Fremden Freunde werden.
Und was uns sonst noch bewegt an diesem Tag –
wir bringen es in der Stille vor dich …
Wir rufen zu dir: *Kyrie Eleison!*

■ Walter Bartels

NEUTRAL BLEIBEN – KEINE OPTION FÜR CHRISTEN BEI DER NUTZUNG KIRCHLICHER RÄUME

Theologinnen und Theologen der TU Dresden, der EHS Dresden und der EH Moritzburg haben an die Pfarrer und Pfarrerinnen, an die hauptberuflich im kirchlichen Dienst Tätigen und an alle, die im Bereich der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und des Bistums Dresden-Meißen Veranstaltungen zu aktuellen Themen in kirchlichen Räumen verantworten, im Februar dieses Jahres einen offenen Brief geschrieben, den wir in Auszügen dokumentieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schwestern und Brüder,

wir freuen uns, dass Kirchgemeinden beider Konfessionen Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen wie zur Flüchtlingsfrage und zum Islam veranstalten, weil dies ein Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft sein kann. Allerdings beobachten wir dabei auch einiges mit Sorge:

- Wir erleben Angriffe auf die Menschenwürde, die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte, die Prinzipien der Freiheit, der Toleranz und der Rechtsstaatlichkeit sowie einen Mangel an Empathie mit schutzbedürftigen Menschen.
- Wir erleben Wortführerschaft, die die parlamentarische Demokratie verächtlich macht oder ablehnt, offen Rassismus äußert und Gewaltakte verharmlost, billigt oder gar zu solchen aufruft.
- Wir erleben Diskussionen mit manipulativer, parteiischer oder inkompetenter Moderation.
- Wir erleben die Verbreitung von Gerüchten und übler Nachrede, Angstmache mittels Katastrophenszenarien und Verschwörungstheorien und die Diffamierung Andersdenkender.
- Wir erleben bei alledem Gemeindeleiter und -leiterinnen, die nicht von ihrem Hausrecht Gebrauch machen, die inaktiv die Dinge laufen lassen, sich aufs Beobachten und Schweigen beschränken oder keinerlei Widerspruch äußern – selbst dann nicht, wenn Wortmeldungen gegen die Prinzipien christlicher Ethik verstoßen.

1989 haben die Kirchen in Ostdeutschland ihre Räume für Bürgerversammlungen geöffnet, denen es darum ging, Bürgerrechte im Sinne von Freiheit und Demokratie in einem totalitären System und gegenüber staatlichen Organen durchzusetzen. Seinerzeit gab es kaum andere Räume für solche Veranstaltungen. Das ist heute anders. Für Veranstaltungen zu aktuellen Fragen kann man heutzutage auch andere öffentliche Räume nutzen. Darauf können Gemeindeleiter und -leiterinnen bei Anfragen zur Nutzung kirchlicher Räume für gesellschaftspolitische Veranstaltungen verweisen. Sie sollten aber zumindest verhindern, dass in kirchlichen Räumen Menschen zu Wortführern werden, denen auch die Hälfte unseres Rechtsstaats genügen würde, die Religionsfreiheit und das Recht auf Asyl einschränken möchten, die das Recht auf Meinungsfreiheit nur für sich beanspruchen und es Andersdenkenden verweigern und teilweise sogar ein in ihrem Sinne direktes Durchregieren weniger Volksvertreter wünschen. Mit solchen Vorstellungen und Äußerungen werden elementare Grundlagen unserer rechtsstaatlichen Demokratie in Frage gestellt und in gefährlicher Weise ausgehöhlt.

Aus unserer Perspektive können Veranstaltungen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen in kirchlichen Räumen gelingen, wenn grundlegende Aussagen der Bibel auf die heutige Situation bezogen und konkretisiert werden:

»Lasst euer Licht leuchten vor den Menschen« (Mt 5,16) – das kann heute heißen: Raum geben für fairen Streit und mit Sachargumenten ausgetragene Kontroversen, dabei aber das Hausrecht ausüben, gesellschaftspolitische Diskussionen eigenverantwortlich organisieren und sich dabei das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen, für Transparenz sorgen, klare Spielregeln vorgeben, für kompetente Moderation sorgen, sachliche Informationen und Klarstellungen gewährleisten, sachlich kompetente Expertinnen und Experten

© BAG K+R

hinzu bitten, Hetze und Demagogie nicht zulassen. Zeichen setzen, die allen Beteiligten klar machen, dass sie sich auf kirchlichem Boden befinden (z.B. mit Friedenslied, Instrumentalstück am Anfang) und Verantwortung übernehmen für das, was in kirchlichen Räumen veranstaltet wird.

»Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt eins in Christus Jesus« (Gal 3, 28) – das kann heute heißen: In den eigenen Räumen die Andersheit des / der Anderen achten, begonnen bei der politischen Ausrichtung bis zur kulturellen Differenz. Niemanden verächtlich machen wegen seiner Andersheit und energisch widersprechen, wenn Andere verächtlich gemacht werden.

„Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten« (Ex 20,16) – das kann heute heißen: Keine Gerüchte in die Welt setzen, keine ungeprüften Behauptungen als wahr nehmen und weitertragen, sich nicht an Hetzkampagnen und Hass-Mails im Netz beteiligen. Menschen, die man nicht kennt, nicht vorab beurteilen und verurteilen.

»Prüft alles, das Gute bewahrt« (1. Thess 5,21) – das kann heute heißen: Unterscheiden in Kommunikation und Diskussion, Sachargumente einfordern, Begriffe klären, Widersprüche aufdecken, guten Willen zeigen, Böswilligkeit beim Namen nennen und ihr entschieden widerstehen. Von Personen, die falsche Angaben in Wortbeiträgen machen, Reaktionen auf sachliche Klarstellungen einfordern.

»Gehe nicht verleumderisch unter deinen Mitmenschen umher, trete nicht gegen das Leben deines Nächsten auf« (Lev 19,16) – das kann heute heißen: Drohungen und Drohkulissen nicht zulassen, für einen angstfreien Raum sorgen, bedrohendes Fotografieren und Filmen unterbinden, weil Fotos/Filme auch in verleumderischer oder drohender Absicht verwendet werden. Sich entschieden solchem Tun widersetzen und zur Sprache bringen, was dabei mit den Menschen geschieht. Fotografierende öffentlich auf ihr Tun ansprechen und es explizit Unrecht nennen.

Aus unserer Sicht laufen Veranstaltungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen in kirchlichen Räumen gut, wenn Kirche dabei als christliche Kirche erkennbar wird, und wenn Christen sich dessen bewusst sind und dafür einstehen, dass der demokratische Rechtsstaat im Rahmen des Grundgesetzes auch aus christlicher Perspektive unbedingt erhaltenswert und schützenswert ist.

Nach dem Motto »Kirche ist für alle da, aber nicht für alles« (W. Leich) können Christenmenschen aber keinesfalls neutral bleiben, wo Flüchtlinge pauschal diskreditiert werden und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geschürt wird. Wo gegen Andere gehetzt wird, wo Menschen bedroht werden und die Grundlagen rechtsstaatlicher Demokratie angegriffen werden, dürfen wir Christen uns nicht hinter einer scheinbar neutralen Position verschanzen und den Harmoniebedürfnissen innerhalb christlicher Gemeinden mehr Gewicht beimessen als der Einheit von Gottesliebe und Menschenliebe.

Den Text inklusive der Unterzeichnenden finden Sie unter:
www.interkulturellewoche.de

KATHOLISCHER PREIS GEGEN FREMDENFEINDLICHKEIT UND RASSISMUS

Erstmalig vergab die Deutsche Bischofskonferenz im Jahr 2015 den Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Mit dem Preis will sie ein Zeichen setzen für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen.

PATER OLIVER UND SEIN TEAM IM SOZIALPASTORALEN ZENTRUM PETERSHOF

Duisburg-Marxloh ist ein Stadtteil, der öffentlich meist als sozialer Brennpunkt dargestellt wird. Hier engagieren sich Pater Oliver und sein Team, das sowohl aus Festangestellten als auch aus ungefähr 150 ehrenamtlich Helfenden besteht, im Sozialpastoralen Zentrum Petershof für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten und sozial benachteiligte Menschen. Die Einrichtung des Sozialpastoralen Zentrums im September 2012 war und ist eine Reaktion auf Herausforderungen, die durch Umbruchsbewegungen und große soziale Verwerfungen entstehen im Kontext einer sich ebenfalls wandelnden Kirche. Die Initiative für ein Sozialpastorales Zentrum erwuchs aus der Mitte der Gemeinde St. Peter heraus, die damit aktiver Teil des Prozesses ist.

Menschen ohne Krankenversicherung erhalten im Petershof kostenlose medizinische Versorgung. Es gibt eine Notunterkunft und eine Beratungsstelle. Der Petershof ist Anlaufstelle für Neu-Zugewanderte und bietet Integrationskurse an. Die Jugendarbeit und die Kinderkirche beziehen junge Menschen ein. Darüber hinaus gibt es ein Obdachlosencafé, eine Kleiderstube und andere grundversorgende Angebote. Für Pater Oliver geht Interreligiöser Dialog mit der konkreten Verbesserung der Lebensbedingungen in seinem Stadtteil einher: »Weil ich Christ bin, weil ich katholisch bin, kann ich mich nicht nur für die Katholiken engagieren … Die meisten Menschen, die ich hier außerhalb der Gemeindearbeit betreue, sind Muslime« so Pater Oliver, der eng mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften vor Ort zusammenarbeitet.

»Pater Olivers Wirken lässt christliche Nächstenliebe, Gastfreundschaft und Barmherzigkeit unter den Bedingungen einer durch Migration geprägten Gesellschaft erfahrbar werden« so Bischof

Trelle, der Vorsitzende der Jury und der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, zur Entscheidung, diese Initiative mit dem ersten Preis auszuzeichnen.

■ Weitere Informationen zu dem Projekt unter www.peter-und-paul-marxloh.de

© Bistum Essen

ÖKUMENISCHE INITIATIVE »HINGUCKEN … DENKEN … EINMISCHEN … MAGDEBURG AKTIV GEGEN RECHTS«

© »Magdeburg aktiv gegen rechts«

Die ökumenische Initiative gründete sich im Jahr 2007 in Reaktion auf und im Protest gegen die Eröffnung eines »Thor Steinar«-Geschäftes in Magdeburg. Mit einer Ausstellung und Protestkundgebungen konnte die Schließung des Ladens erreicht werden. Seitdem engagiert sich die Initiative mit verschiedenen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und ist für Demokratie und Menschenrechte im öffentlichen Raum Magdeburgs aktiv.

So gehört die Beteiligung an Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit ebenso zum Engagement wie die regelmäßigen Gedenkzeiten für die Opfer rechter Gewalt. Bereits im Jahr 2009 wurde durch die Plakatierung eines Hochhauses mit über 400 Portraits von Magdeburgerinnen und Magdeburgern unter dem Motto »Magdeburg zeigt Gesicht gegen Nazis!« ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt, Auch die Gestaltung einer Straßenbahn mit dem Slogan »Vielfalt gemeinsam gestalten« wirkt im öffentlichen Raum. Aktuell hat das Projekt »Türen öffnen«, in dem Hilfsangebote für Flüchtlinge vernetzt werden, Priorität.

In der Laudatio erklärte Bischof Trelle: »In einem Umfeld, in dem die Christen nur eine Minderheit darstellen, legt die ökumenische Initiative ein überzeugendes christliches Zeugnis gegen jede Form der Fremdenfeindlichkeit ab«.

■ Weitere Informationen unter www.hingucken-denken-einmischen.de.

INITIATIVE »CAMPUSASYL« DER KATHOLISCHEN HOCHSCHULGEMEINDE REGENSBURG

Rund 1.000 Studierende der Universität Regensburg engagieren sich mittlerweile ehrenamtlich in den Pausen zwischen ihren Vorlesungen für die über 2.000 Asylsuchenden in der Stadt. Jede und jeder entwickelt Angebote nach den eigenen Interessen und Fähigkeiten. Das Angebot reicht damit von Sprachkursen bis zum Streetdance für Kinder. Auch der Aufbau eines Dolmetscherpools, Sport- und Musikangebote sowie interkulturelle Schulungen für ehrenamtlich Engagierte gehören zum Repertoire der Initiative.

© Universität Regensburg / Meilinger

Damit nutzt »CAMPUSAsyl« der Katholischen Hochschulgemeinde Regensburg die Ressourcen und Kompeten-

zen der Universität, um nicht nur für Flüchtlinge und Asylsuchende, sondern auch mit ihnen eine lebendige Willkommens- und Integrationskultur auf den Weg zu bringen. »Alle, die direkte Kontakte knüpfen können, die sind sehr viel hoffnungsvoller, mutiger, couragierter durch diese persönliche Begegnung«, so der Hochschulpfarrer Hermann Josef Eckl über die Erfahrung der Studierenden. Er hatte zusammen mit Prof. Dr. Rupert Hochholzer vom Arbeitsbereich Deutsch als Zweitsprache an der Universität die Initiative, der sich mittlerweile viele weitere Dozentinnen und Dozenten, Institute und Studierende aus unterschiedlichen Bereichen von Universität und Ostbayerischer Technischer Hochschule angeschlossen haben, ins Leben gerufen. Auch viele studentische Gruppierungen und Fachschaften sowie Engagierte aus der Regensburger Zivilgesellschaft sind eingebunden.

Eine der wichtigsten Säulen des Engagements ist die Sprachförderung. Hier ist CAMPUSAsyl mit sechs Sprachkursprojekten jeweils mehrmals wöchentlich in Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften, Notunterkünften und mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen tätig. Studierende aus dem Bereich der Germanistik oder Pädagogik werden von jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Universität in ihre Aufgaben eingewiesen und haben auch die Möglichkeit, sich ihre Tätigkeit als Praktikum anerkennen zu lassen.

»Die Flüchtlingshilfe der Katholischen Hochschulgemeinde Regensburg ist ein herausragendes Beispiel für den Enthusiasmus und die Kreativität junger Christinnen und Christen« anerkannte Bischof Trelle im Zusammenhang mit der Verleihung des Preises.

■ Weitere Informationen unter campus-asyl.de

■ **Filmbeiträge zu den Projekten können Sie unter folgendem Link aufrufen:** www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit-und-rassismus/-preistraeger

VERGESST DIE GASTFREUNDSCHAFT NICHT – DIE GEMEINSCHAFT SANT'EGIDIO UND IHRE ERFAHRUNGEN MIT GEFLÜCHTETEN

Angelika Wagner

»Vergesst die Gastfreundschaft nicht; denn durch sie haben einige, ohne es zu ahnen, Engel beherbergt« (Hebr 13,2). Dieses biblische Wort ist der Leitfaden für den über 40jährigen Einsatz der Gemeinschaft Sant'Egidio für Menschen mit Migrationshintergrund und Asylsuchende. Immer wieder wurde dabei deutlich, dass diese Menschen eine Botschaft übermitteln, dass sie Boten Gottes sind: Sie holen heraus aus einem manchmal engen Horizont und einer eingeschränkten Weltsicht, sie öffnen den Blick und das Herz, um die Realität zu erkennen und dann auch zu verändern. Die Begegnung und Freundschaft mit ausländischen Menschen und Flüchtlingen sind eine Hilfe, um menschlicher zu sein.

Es ist nicht neu, dass Menschen auf der Flucht sind. Neu sind die Dimensionen der Flucht in Richtung Deutschland, die den Begriff »Flüchtlingskrise« geprägt haben. Das anfängliche Staunen, der anfängliche Enthusiasmus sind zum Teil geschwunden. Unsere Überzeugung, die sich aus jahrzehntelanger Erfahrung speist, bleibt jedoch unverändert: Was heute als Krise bezeichnet wird, ist eine Chance, eine Herausforderung, ja kann ein Kairos für unsere Gesellschaft und für die Kirchen sein.

Ein Anzeichen hierfür ist die enorme Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Wir nehmen einen breiten innerlichen und äußerlichen Aufbruch unterschiedlichster Menschen wahr, den in unseren Kirchen vielleicht keiner so erwartet hätte. Männer und Frauen, Jugendliche und Ältere, Menschen mit verschiedenem Glaubenshintergrund bieten ihre Unterstützung an, kommen und helfen an verschiedenen Stellen.

© Cornelia Paasch, Sant'Egidio

Weihnachtsfeier in der Gemeinschaft Sant'Egidio

So werden die Sprachkurse, die Sant' Egidio in verschiedenen Aufnahmeeinrichtungen organisiert, unter Einbeziehung einer großen Anzahl von Studierenden durchgeführt. Der Schatz einer jahrzehntelangen Erfahrung ist dabei eine wichtige Stütze. Neben dem Sprachunterricht gibt es vielfältige konkrete Angebote: die Begleitung bei Behördengängen, Information, Begegnungen und Feiern zu besonderen Festen (Weihnachten, Ramadan etc.) oder Friedensgebete. Dazu gehört auch die Möglichkeit, sich selbst ehrenamtlich zu engagieren, z.B. beim Besuch in Seniorenheimen, und damit die Erfahrung, trotz aller Schwierigkeiten etwas für andere tun zu können.

Die »Friedensschulen« von Sant'Egidio, in denen sozial benachteiligte Kinder Unterstützung erfahren, sind durch die Aufnahme von Flüchtlingskindern stark gewachsen; in ihnen engagieren sich zahlreiche Schülerinnen und Schülern. Hierbei arbeitet die Gemeinschaft mit verschiedenen Institutionen zusammen und konnte beispielsweise in Würzburg erreichen, dass nahezu sämtliche Kinder und Jugendliche aus Aufnahmeeinrichtungen zeitnah den Schulunterricht besuchen, was anfänglich unmöglich erschien.

Beim Weihnachtsmahl, zu dem die Gemeinschaft Sant'Egidio an jedem Weihnachten ihre ärmeren Freunde einlädt, zeigte sich diese Entwicklung besonders deutlich: Es beteiligten sich mehr ehrenamtliche Helfer als je zuvor. Trotz der hohen Anzahl an Gästen (in Würzburg ca. 2000 Personen) gingen so reichlich Geschenke, Essen und Geldspenden ein, dass es – wie bei der Brotvermehrung im Evangelium – für alle reichte.

Es bleibt nicht bei einem einseitigen »Helfen«. Inzwischen werden die Dienste von Sant'Egidio durch zahlreiche Jugendliche und Erwachsene aus Kriegsgebieten, den »Neueuropäern«, wie die Gemeinschaft sie gerne benennt, unterstützt: In den Friedensschulen, bei den Besuchen von alten Menschen, in der Mensa, in der die Gemeinschaft regelmäßig ältere bedürftige Menschen zu einem Essen einlädt: Überall sind schöne Freundschaften entstanden. Es bedeutet ihnen viel, auf diese Weise etwas von der Freude zurückzugeben, die sie selbst in der Gemeinschaft erfahren haben.

DIE GEMEINSCHAFT SANT'EGIDIO

Die Gemeinschaft Sant'Egidio wurde 1968 in Rom gegründet und ist eine christliche Laiengemeinschaft. Seit 1981 gibt es Gemeinschaften von Sant'Egidio in Deutschland, u.a. in Berlin, München, Würzburg, Mönchengladbach, Osnabrück und Bremen. Inzwischen ist Sant'Egidio in den meisten europäischen Ländern wie auch in Afrika, Amerika und Asien präsent und umfasst derzeit über 60.000 Mitglieder in 75 Nationen.

Ihre Mitglieder engagieren sich in sozialen Diensten ehrenamtlich und unentgeltlich, insbesondere mit Geflüchteten, einsamen alten Menschen in Senioren- und Pflegeheimen, Obdachlosen, sozial benachteiligten Kindern und Familien sowie Menschen mit geistiger Behinderung.

Das gemeinsame Abendgebet, Friedensgebete und Gottesdienste bilden die Grundlage für das gemeinschaftliche Leben und Wirken. U.a. ihre Friedensvermittlungen in Krisenregionen (z.B. 1992 Friedensvertrag für Mosambik), internationale Friedenstreffen der Weltreligionen und Menschenrechtskampagnen, wie der Einsatz gegen die Todesstrafe, haben Sant'Egidio international bekannt gemacht.

Auch die Gebete und Gottesdienste von Sant'Egidio werden durch die Anwesenheit von Geflüchteten bereichert. In manchen Städten wird das Gebet der Gemeinschaft Sant'Egidio bilingual abgehalten, bei Gottesdiensten und Friedensgebeten ist ihre Teilnahme groß. Ökumene ist dabei selbstverständlich.

Beide Seiten machen dabei die Erfahrung, dass die Begegnung eine Bereicherung ist. Hier wird wahr, was Franz von Assisi beschrieben hat: »Was mir früher als abstoßend und bitter erschien, hat sich in Freude und Wohlgefallen verwandelt«. Ja, die Menschen, die aus Kriegsgebieten zu uns kommen, schenken uns neue Visionen: Ihre Anwesenheit konkretisiert den Traum von einer friedlichen und gerechten Welt.

Bei all dem geht es auch um eine größere, europäische Dimension. Der leitende Bischof der VELKD (Vereinigte Evangelisch-lutherische Kirche in Deutschland), Landesbischof Gerhard Ulrich, sagte im September 2015 beim Internationalen Friedenstreffen der Gemeinschaft Sant'Egidio in Albanien: »Als Christen sind wir nicht frei, die Flüchtlinge in Europa nicht aufzunehmen.« In diesem Sinne hat Sant'Egidio in ökumenischer Verbundenheit mit der Union der evangelischen Kirchen Italiens und mit der italienischen Regierung das Projekt »Humanitäre Kanäle« entwickelt, dank dessen Menschen mit Anspruch auf internationalen Schutz humanitäre Visa erhalten, um sicher nach Europa zu kommen und ihr Asylverfahren durchzuführen. Die erste große Gruppe von syrischen Flüchtlingen kam Ende Februar dieses Jahres vom Libanon nach Italien.

Ja, die Geflüchteten sind Boten Gottes für unsere Welt. Gerade im Jahr der Barmherzigkeit, in dem Papst Franziskus die Gläubigen immer wieder direkt auffordert, Flüchtlinge aufzunehmen, sollten sich die Kirchen, die Gesellschaft, der Kontinent Europa öffnen und integrierend wirken. Denn die Barmherzigkeit Gottes hat keine Obergrenze.

- Weitere Informationen über die Gemeinschaft Sant Egidio finden Sie im Internet unter: www.santegidio.org

- Kontakt: info@santegidio.de

JUMA – JUNG, MUSLIMISCH, AKTIV

Lydia Nofal

»Nein! Eleven« ist das Motto der Gedenkaktion an die Opfer des 11. September. Junge Muslime, Juden, Christen und Bahaii widmeten hierfür ihren Song »Sweet Coexistence«. Sie wollen sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen für ein friedliches Miteinander und gegen den Missbrauch ihrer Religionen im Namen der Gewalt engagieren. Gefunden haben sie sich in der Themengruppe interreligiöser Dialog von JUMA und daraus JUGA – jung, gläubig, aktiv entstehen lassen. Sie organisieren Interreligiöse Poetry-Slams und gehen als Interreligious-Peers in Berliner Schulen, um mit Schülerinnen und Schülern zum Thema »Religiöse und weltanschauliche Vielfalt und Verständigung« zu arbeiten

JUMA – jung, muslimisch, aktiv ist eine Plattform für junge Menschen, die sich als muslimisch definieren und sich gesellschaftlich engagieren wollen. JUMA unterstützt junge Musliminnen und Muslime darin, aktiv, selbstbestimmt und selbstreflektiert in politischen Diskussionen mitzuwirken und gesellschaftliche Entwicklungen mitzugestalten. Seit 2010 haben über 500 Jugendliche bei JUMA mitgemacht. Viele von ihnen sind in Moscheegemeinden und in weiteren muslimischen Communities aktiv und wirken daher als Multiplikatoren.

Entscheidend für den Erfolg von JUMA ist, dass die jungen Menschen selbst entscheiden, was ihnen wichtig ist und wie sie sich einbringen wollen, dass sie die Themen und Methoden für ihre Aktivitäten im Projekt selbst aussuchen.

Ein weiteres Ziel von JUMA ist es, die Zusammenarbeit von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, verschiedener religiöser Identität und Praxis zu intensivieren. Bei JUMA sind muslimische Jugendliche unterschiedlicher Gemeinden und religiöser Ausrichtung gemeinsam aktiv. JUMA mischt seit 2010 in Berlin und seit 2014 auch in Baden-Württemberg mit.

© JUMA

PROJEKTANSÄTZE UND ARBEITSFORMEN

Im Projekt setzen sich die Teilnehmenden intensiv mit Themen auseinander, die für sie als deutsche Muslime bzw. Muslime in Deutschland von Bedeutung sind. Zu den Aktivitäten zählen u.a. Diskussionsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur, die die Jugendlichen intensiv vorbereiteten, öffentlichkeitswirksame Kampagnen bis hin zu groß angelegten Kampagnen und Veranstaltungen, über die eine breite Öffentlichkeit angesprochen wird (z.B. Umweltschutz, Abgeordnetenhauswahl, Anerkennungskampagne usw.). Begleitet werden die Maßnahmen von gruppenübergreifenden Fortbildungen und Workshops wie journalistisches Arbeiten, Pressearbeit, Reden Schreiben, Kampagnen-Organisation bis hin zu Seminaren zu Religious-Diversity.

Im Atlas zur muslimischen Jugendarbeit (http://www.muslimischer-jugend-atlas.de/) stellen 33 verschiedene Jugendgruppen, die mit JUMA kooperieren, sich und ihre Arbeit vor. 2015 haben sich zudem 11 Teilnehmer aus 7 verschiedenen muslimischen Jugendgruppen im Rahmen einer 9-monatigen JUMA-Fortbildung als Türöffner qualifiziert und sind nun Ansprechpartner ihrer Organisation für Interessierte aus Gesellschaft und Politik.

ZIELGRUPPE DES PROJEKTS

Primäre Zielgruppe des JUMA-Projekts sind muslimische Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren, die sich vor allem über ihre islamische Herkunft identifizieren. In dem Projekt gibt es eine große Vielfalt an jungen Musliminnen und Muslimen: Es nehmen Sunniten wie Schiiten teil. Unter ihnen folgen einige einem streng orthodoxen Islam, andere orientieren sich eher sufisch-spirituell. Viele dieser Jugendlichen sind in Moscheegemeinden oder anderen islamischen Vereinigungen aktiv.

Für das Projekt ist nicht entscheidend, wie sich ihre muslimische Identität in ihrem Leben ausdrückt. Ob sie also beten, fasten oder sonstige Rituale einhalten, ist nicht bedeutend, sondern ob sie sich selbst als muslimisch bezeichnen und sich angesprochen fühlen, wenn in der Öffentlichkeit über Muslime gesprochen wird. JUMA ist kein religiöses Projekt, aber verfolgt einen Ansatz, der junge Muslime mit ihren religiösen Bezügen aus einer ressourcenorientierten Perspektive wahrnimmt und ernstnimmt.

Infos und Kontakt:
Kofi Ohene-Dokyi (Projektleiter)
info@juma-projekt.de
www.juma-projekt.de

BUNDESWEIT STARK FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und die Förderung der Zivilgesellschaft durch die Ermutigung möglichst vieler Menschen, sich für unsere Demokratie zu engagieren, sind die erklärten Ziele des Bündnisses für Demokratie und Toleranz.

bfdt: Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt

Gegründet wurde das Bündnis nach mehreren fremdenfeindlichen Übergriffen in Deutschland am 23. Mai 2000, dem Tag des Grundgesetzes, von den Bundesministerien des Innern und der Justiz, um Verbänden, Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen einen bundesweiten Ansprechpartner und Impulsgeber zur Seite zu stellen. Die Geschäftsstelle ist seit 2011 Teil der Bundeszentrale für politische Bildung.

Themenschwerpunkte des BfDT sind die Bereiche Demokratie, Extremismus, Toleranz, Integration, Gewaltprävention und Antisemitismus. Die Koordination und Vernetzung von Initiativen und Verbänden, die sich lokal und auch überregional für Zivilcourage und Demokratieförderung engagieren, ist eine Hauptaufgabe des BfDT. Das Bündnis fungiert als Ansprechpartner für Projekte und Initiativen, wenn es um Beratung, die Vermittlung von Experten oder inhaltliche Unterstützung geht. Als Impulsgeber entwickelt es mit unterschiedlichen Akteuren eigene Angebote und Formate, die praxisorientierte Lösungsansätze vermitteln, weiterentwickeln und öffentlich machen. So organisiert das BfDT bundesweite Fachtagungen, bei denen sich ehrenamtlich Engagierte austauschen können.

Um das Demokratieverständnis bei Jugendlichen zu stärken und sich für deren vielfältiges Engagement öffentlich zu bedanken, veranstaltet das BfDT einmal im Jahr einen Jugendkongress, bei dem sich die Teilnehmenden in Workshops mit dem Thema Demokratie befassen. Das Serviceportal »Demokratie vor Ort« (www.demokratie-vor-ort.de) informiert über konkrete Partizipationsmöglichkeiten bei regionalen Initiativen und Projekten, die sich zivilgesellschaftlich für eine lebendige Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Gewalt engagieren und unterstützt mit Tipps und praktischen Hilfestellungen beim ehrenamtlichen Engagement.

Im Wettbewerb »Aktiv für Demokratie und Toleranz« zeichnet das BfDT jedes Jahr vorbildliche und nachahmbare Projekte aus. Die Ehrung ist mit bis zu 5.000 Euro dotiert und soll besonders kleine Initiativen unterstützen und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen, um weitere Menschen zu motivieren, sich selbst zu engagieren. Acht Preisträger des Wettbewerbs möchten wir Ihnen im Folgenden als Beispiele Guter Praxis genauer vorstellen.

■ Weitere Informationen über das Bündnis für Demokratie und Toleranz finden Sie im Internet unter: www.buendnis-toleranz.de und auf Facebook: www.facebook.com/buendnisdemokratietoleranz

■ Kontakt:
Bündnis für Demokratie und Toleranz
Friedrichstraße 50, 10117 Berlin
buendnis@bpb.bund.de

ZAUBERFADEN GUG (HAFTUNGSBESCHRÄNKT) I.G.: ZAUBERFADEN NÄHWERKSTATT MIT FLÜCHTLINGEN / SCHORNDORF, BADEN-WÜRTTEMBERG

© Zauberfaden gUG

Die »Zauberfaden Nähwerkstatt« bietet seit März 2015 rund 20 Geflüchteten eine Arbeitsmöglichkeit. Neben der Herstellung von Näherzeugnissen wie Taschen und Schürzen, die zum Verkauf angeboten werden, können die Geflüchteten im Rahmen des Projekts auch Sprachkurse besuchen.

Die Nähwerkstatt ist offen für alle interessierten Geflüchteten, die in Schorndorf leben – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Außer der Bereitschaft regelmäßig zu kommen und aktiv mitzuarbeiten, werden keinerlei fachliche Qualifikationen oder Deutschkenntnisse vorausgesetzt. Ehrenamtliche Fachkräfte vermitteln das Nähhandwerk und die gemeinsame Arbeit in der Werkstatt stärkt die kommunikativen Fähigkeiten. Langfristiges Ziel ist die Integration in den Arbeitsmarkt.

Beide Seiten sehen die Nähwerkstatt als gemeinsames Projekt, für das sich der intensive Einsatz lohnt. Da die hergestellten Näharbeiten anspruchsvoll gestaltet und qualitativ hochwertig verarbeitet sind, hat das Projekt eine langfristige Perspektive.

■ Weitere Informationen finden Sie hier: www.der-zauberfaden.de

FLÜCHTLINGSHILFE VELBERT UND PDL E.V.: HALLO NACHBARN – WILLKOMMENSKULTUR MAL ANDERS / VELBERT, NORDRHEIN-WESTFALEN

© Dr. Günther Coen

Das Projekt »Hallo Nachbarn« organisiert seit 2014 Abendveranstaltungen, bei denen Geflüchtete als Gastgeber ihren Velberter Nachbarinnen und Nachbarn ihre Alltagskultur näherbringen. Es werden landestypische Gerichte gekocht, traditionelle Architektur und Kleidung gezeigt oder Musik gehört. Bisher wurden schon Land, Leute und Bräuche der Länder Afghanistan, »Kurdistan«, China, Kirgisistan, Guinea und Eritrea vorgestellt. Daneben bietet das Projekt den Geflüchteten aber auch ein Forum, um über die Hintergründe ihrer Flucht zu berichten.

Geflüchtete Menschen werden durch das Projekt ehrenamtlich als Gastgebende aktiv, stärken ihr Selbstbewusstsein und haben die Möglichkeit, ihre Kultur und Talente vorzustellen. Sie gehen auf ihre Nachbarinnen und Nachbarn zu und zeigen, dass sie sich in die örtliche Gemeinschaft einbringen möchten. Durch die direkte Begegnung mit Geflüchteten werden Ängste einer vermeintlichen »Überfremdung« aktiv verhindert. Neben einer Willkommenskultur entstehen so auch Anerkennung und Wertschätzung gegenüber den Geflüchteten.

■ Weitere Informationen finden Sie hier: www.fluechtlingshilfe-velbert.de

ASYL-HELFERKREIS BURGKIRCHEN: GELEBTE MENSCHLICHKEIT / BURGKIRCHEN A. D. ALZ, BAYERN

© Rosi Spielhofer

Die ehrenamtlichen Burgkirchnerinnen und Burgkirchner engagieren sich schon in langer Tradition für die Integration von Heimatvertriebenen, »Gastarbeitern« und Spätaussiedlern. 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde haben selbst Migrationserfahrung und viel Verständnis für die Geflüchteten. Im Mittelpunkt des Projekts stehen Sprachkurse, um sich schnell zurechtzufinden und verständigen zu können. Für alleinerziehende Mütter werden spezielle Deutschkurse mit Kinderbetreuung angeboten. Feste Patenschaften sollen eine intensive Begleitung der Asylsuchenden ermöglichen, dazu gehört auch Nachhilfeunterricht und Hausaufgabenbetreuung. Daneben besuchen »Kümmerer« Flüchtlingsunterkünfte mit dem Ziel, durch regelmäßigen Kontakt Spannungen frühzeitig zu erkennen und zu lösen.

In einer »Radelwerkstatt« machen Helfer gespendete Fahrräder verkehrstüchtig und informieren über das richtige Verhalten im Straßenverkehr. Aufgrund von Badeunfällen bietet das Projekt auch Schwimmunterricht an und der örtliche Wanderverein lädt Geflüchtete ein, gemeinsam die Region zu erkunden.

■ Weitere Informationen finden Sie hier: www.burgkirchen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=236:helferkreis&catid=45&Itemid=292

JÜDISCHE GEMEINDE COTTBUS E.V.: GEMEINSAM UNTERSCHIEDE LEBEN / COTTBUS, BRANDENBURG

© privat

Das Projekt macht sich mit Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens auf die Spuren von Gemeinsamkeiten beider Religionsgruppen. Angeboten werden Führungen in der neu eröffneten Cottbuser Synagoge sowie Vorträge zur jüdischen Religion und zu jüdischen Bräuchen. Gemeinsame Ausflüge, Leseabende und Kochkurse sollen den direkten Kontakt zwischen den Teilnehmenden stärken. Zudem werden gezielt Vorträge angeboten, die beide Seiten gleichsam interessieren – wie beispielsweise das deutsche Gesundheitssystem.

Darüber hinaus wurden gemeinsam ein Basar sowie Gesangs-, Tanz- und Musikprojekte auf die Beine gestellt. Unabhängig von ihrer Herkunft bietet das Integrationszentrum der jüdischen Gemeinde Migrantinnen und Migranten Beratung und Orientierungshilfe, Begleitung zu Behördengängen oder einen Dolmetscherdienst an. Das Projekt hilft mit gemeinschaftlichen Veranstaltungen Vorurteile und Misstrauen abzubauen, aufeinander zuzugehen und ein tolerantes Miteinander zu pflegen. Die Veranstaltungen sind gut besucht und durch Mundpropaganda haben sich viele neue Interessierte gemeldet.

■ Weitere Informationen finden Sie hier: www.juedische-gemeinde-cottbus.de

ERNST-MACH-GYMNASIUM HÜRTH / KRISTINA WALTER / KJA KÖLN UND PARTNER WIE! ZIGEUNER? GEMEINSAM GEGEN ANTIZIGANISMUS / HÜRTH, NORDRHEIN-WESTFALEN

© Ernst-Mach-Gymnasium Hürth

Die Schauspielerin Kristina Walter hat von August 2014 bis Mai 2015 zusammen mit dem Ernst-Mach-Gymnasium Hürth das Theaterstück »Wie! Zigeuner? Gemeinsam gegen Antiziganismus« entwickelt und aufgeführt. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiteten gemeinsam mit jugendlichen Sinti und Roma eine Inszenierung, welche die Ausgrenzung und Diskriminierung der größten in Deutschland lebenden Minderheit thematisierte.

Das Ergebnis war die Aufführung in einem großen Kölner Museum. Damit machte die Projektgruppe vor einem breiten Publikum aus Schülern, Eltern, Lehrkräften sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft auf ihre Thematik aufmerksam.

Die jugendlichen Sinti und Roma wurden gleichberechtigt in das Projekt mit eingebunden.Durch die gemeinschaftliche Entwicklung der Aufführung wurde Ausgrenzung gezielt entgegengewirkt und Vorurteile und Ängste abgebaut. Der gute Kontakt zwischen beiden Gruppen besteht bis heute und es gibt bereits erste Überlegungen zu einem Nachfolgeprojekt – im Raum stehen auch Projektideen mit jungen Geflüchteten.

■ Weitere Informationen finden Sie hier: www.emg-huerth.de

KOMITEE DES GÜNTERSER FRÜHLINGSFESTES: GÜNTERSEN, BUNT STATT BRAUN / ADELEBSEN OT GÜNTERSEN, NIEDERSACHSEN

© Bernd Lehr

Im Februar 2014 wurde für den Ort Güntersen ein Horst-Wessel-Gedenkmarsch von Angehörigen der Hells Angels und mit ihnen verbündeten Rechtsextremisten für den 28. Februar 2015 angekündigt. Aus diesem Anlass gründeten die Bürgerinnen und Bürger ein Komitee zur Planung einer Gegenveranstaltung und der Ortsrat sendete einen erfolgreichen Hilferuf an die Gemeinde, den Landkreis und die ganze Bundesrepublik. Seit Herbst 2014 plante, organisierte und finanzierte das Bürger-Komitee für den Tag der angekündigten Nazi-Provokation ein großes Fest. Unter dem Motto »Güntersen, bunt statt braun« beteiligten sich am Ende in über zehn Arbeitsgruppen fast 75 Prozent der Dorfbevölkerung. Mit mehr als 2.500 Besucherinnen und Besuchern setzte das Projekt ein deutliches Zeichen gegen Rechts und konnte den Nazi- und Hells-Angels-Aufmarsch letztlich verhindern. Dadurch rückten die Günterser stark zusammen und das Vertrauen in Nachbarschaft und Dorfgemeinschaft wurde fundamental gestärkt. Durch die Organisation des Frühlingsfestes legte das Projekt in der Region den Grundstein für Zivilcourage und gesellschaftliches Engagement gegen organisierte Kriminalität und Rechtsextremismus.

■ Weitere Informationen finden Sie hier: www.guentersen.de/fruehlingsfest

FÖRDERVEREIN GEMEINSCHAFTSHAUS MORUS 14 E.V.: SHALOM ROLLBERG / BERLIN

© Hagar Levin

Das Projekt »Shalom Rollberg« organisiert interkulturelle und interreligiöse Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Menschen, deren Lebenswege sich in der Regel nicht kreuzen. Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinde suchen Kontakt zu jungen Muslima und Muslimen aus dem Rollbergviertel in Neukölln. Ziel ist es, sich durch gemeinsame Freizeitaktivitäten kennenzulernen und Vorurteile abzubauen. Die Organisation liegt bei derzeit 12 jüdischen Ehrenamtlichen, die regelmäßig Freizeitgruppen, wie Englischkurse oder Theaterworkshops für meist muslimische Kinder und Jugendliche aus Neukölln anbieten. Dabei lernen die Kinder und Jugendlichen häufig zum ersten Mal persönlich Menschen jüdischen Glaubens kennen und werden ohne ideologischen Auftrag an die Themen Judentum, Israel und Antisemitismus herangeführt. Der Spaß an der gemeinsamen Aktivität steht im Vordergrund. Zusätzlich werden interkulturelle und interreligiöse Veranstaltungen, Gesprächsrunden und Workshops für Erwachsene angeboten. Mit seinem Programm fördert der Verein aktiv die Sensibilisierung für jede Art von Diskriminierung oder Ausgrenzung.

■ Weitere Informationen finden Sie hier:
http://shalom-rollberg.morus14.de

KULTURBEWEGT E.V.: ROUTE 44 – STADTFÜHRUNGEN / BERLIN

© Gabi Kienzl

Seit 2008 führen muslimische Neuköllnerinnen Interessierte durch den Berliner Einwanderungsbezirk Neukölln. Die Touren werden individuell mit den einzelnen Stadtteilführerinnen erarbeitet und vermitteln persönliche Alltagskultur sowie Migrations- und Regionalgeschichte.

Die Teilnehmenden an den Touren kommen oft über Betriebsausflüge, Studiengruppen, Klassenfahrten, Parteien, Stiftungen oder internationale Austauschorganisationen in Kontakt mit dem Projekt. Während eines zweistündigen Rundgangs wird den Besucherinnen und Besuchern zum Beispiel durch Moscheebesichtigungen oder Besuche in einem arabischen Lebensmittelladen die islamische Kultur vor Ort vorgestellt. Die Teilnehmenden erhalten die Chance, Berührungsängste abzubauen und die Stadtteilführerinnen binden bewusst auch brisante Themen wie »Kopftuch«, Diskriminierung und alltäglichen Rassismus in ihre Führungen ein. Durch die Organisation der Touren werden die muslimischen Frauen zu selbstbewussten Botschafterinnen ihres Bezirks und ihrer Kultur, die vielen Menschen in Deutschland in ihrer Vielfalt noch fremd und beängstigend erscheint.

Weitere Informationen finden Sie hier: www.route44-neukoelln.de

»GUNDELFINGEN STECKT VOLLER TALENTE, DIE EINGEBRACHT WERDEN WOLLEN«

Wie eine Gemeinde sich engagiert, damit Flüchtlinge sich willkommen fühlen können. Mit Roswitha Strauß-Platzer vom Flüchtlingshelferkreis Gundelfingen sprach Antonella Serio vom Deutschen Caritasverband e.V.

Ursprünglich waren sie fünf Frauen und es gab wenige Flüchtlinge in Gundelfingen. Judith Knöbber, Kirstin Bertram, Roswitha Strauß-Platzer, Jean Tracy und Ursula Mohr war es ein Anliegen, mit ihnen in Kontakt zu kommen und, falls nötig, Hilfe anzubieten. Eine Anfrage der Caritas, einer Flüchtlingsfamilie beizustehen, ließ die Hilfe gleich konkret werden. Doch dann waren sie auf einmal in ganz anderem Ausmaß gefordert. Es kamen immer mehr Flüchtlinge, und die Gemeinde mit 11.600 Einwohnerinnen und Einwohnern nördlich von Freiburg musste klären, wo sie Platz für 240 weitere schaffen könnte. Das war begleitet von kontroversen Diskussionen, Bürgerversammlungen und führte schließlich zur Gründung eines Runden Tisches, aus dem heraus sich spontan eine Gruppe von Mitstreitenden für die Privatinitiative der fünf Frauen fand. So wurde der Flüchtlingshelferkreis Gundelfingen geboren.

Serio: In welcher Weise helfen Sie den Flüchtlingen?

Strauß-Platzer: Wir haben die Arbeit in mehrere Arbeitsgruppen aufgeteilt: Die Gruppe »Willkommen« etwa begrüßt, wie der Name schon sagt, die Neuankömmlinge, stattet sie mit Kleidung aus, vermittelt Kontakte und gibt Orientierungshilfen. Eine Gruppe, die sich »Offene Tür« nennt, steht für spontane Fragen zur Verfügung. Um Sprachbarrieren abzubauen, finden regelmäßig Deutsch- und Alphabetisierungskurse statt. Die Gruppe »Wohnen« kümmert sich darum, dass die Unterkünfte passend ausgestattet sind, die Gruppe »Arbeit« stellt Kontakte zu lokalen Arbeitgebern her und vermittelt Arbeitsplätze. Auch der kulturelle Austausch ist wichtig sowie der Kontakt zur lokalen Bevölkerung. Dies übernimmt die Arbeitsgruppe »Kultur«. Mittlerweile sind viele persönliche Kontakte zu den Flüchtlingen entstanden, unter anderem auch als enge »Tandems«. Das schafft Vertrauen. Wenn etwas unklar ist, haben sie immer jemanden, den sie direkt ansprechen können.

Wie finden Flüchtlinge den Weg zu Ihnen?

Wir erfahren von der Zuweisung der Flüchtlinge durch die Gemeinde. Unser Begrüßungsteam empfängt – zusammen mit einer Person aus der Verwaltung – Menschen, die neu zugewiesen wurden, und bringt sie zu ihrer Unterkunft. Am nächsten Tag werden sie zu einem Begrüßungskaffee eingeladen, wo sie schon einiges erfahren können: über den Ort, über das Angebot von Sprachkursen oder andere Aktivitäten. Wir unterstützen sie bei ihren ersten Schritten in Gundelfingen, gehen zum Beispiel mit zu Behörden. Unser Ziel ist es, die Flüchtlinge auf eigene Beine zu stellen. Das heißt, wir wollen dazu beitragen, dass diejenigen, die hierbleiben können, langfristig selbstständig und unabhängig hier leben.

Wie viele Gundelfinger engagieren sich denn bei Ihnen im Flüchtlingshelferkreis? Und wer sind sie?

Zurzeit sind wir etwa 40 aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter und viele, viele, die uns unterstützen. Das Schöne ist, dass sich Menschen aller Bevölkerungsschichten, unterschiedlichen Alters und Bildungsgrades, mit unterschiedlichen politischen und religiösen Überzeugungen engagieren. Gundelfingen war schon immer ein Ort mit großem gesellschaftlichem Engagement.

Flüchtlinge als Nachbarn – das ruft auch Ängste hervor. Fühlt sich der Flüchtlingshelferkreis gefordert, vermittelnd einzugreifen?

Natürlich ist es uns wichtig, zu einem guten Klima in Gundelfingen beizutragen und Ängste in der Bevölkerung abzubauen. Der Helferkreis hat sich mittlerweile gut etabliert und erfährt große

Zustimmung. Es kommen Spenden, interessierte Anfragen und Angebote zur Mithilfe. Das Fest der Kulturen, das der Flüchtlingshelferkreis im Juli dieses Jahres im Zentrum von Gundelfingen veranstaltet hat, hatte großen Zulauf. Natürlich können wir nicht alle Probleme lösen. Wenn es konkrete Konflikte mit Flüchtlingen in der Nachbarschaft gibt, treten wir als Vermittler auf.

Werden Flüchtlinge auch privat untergebracht?

Mittlerweile gibt es auch Privatpersonen, die Wohnraum an Flüchtlinge vermieten. Mit dieser Form der Unterbringung haben alle Beteiligten bisher sehr positive Erfahrungen gemacht.

Flucht und Asyl sind in den Medien momentan enorm präsent. Viele Menschen möchten sich für Flüchtlinge engagieren. Wie kann dieses Engagement langfristig aufrechterhalten werden?

Auch in Gundelfingen, das voller Talente steckt, die eingebracht werden wollen und können, möchten sich viele engagieren. Sie werden alle gebraucht, denn die Arbeit muss auf viele Schultern verteilt werden. Sie müssen aber voneinander wissen, und die Arbeit muss koordiniert werden, wenn sie effektiv sein soll. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind sehr gut darin, Kontakte zwischen Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung herzustellen und den Flüchtlingen als Mensch zu begegnen. Sie sind jedoch keine Sozialarbeiter. Freiwilliges Engagement braucht professionelle Entlastung, damit es sich nicht erschöpft.

© Deutscher Caritasverband e.V.

Geflüchtete im Zentrum beim Fest der Kulturen auf dem Rathausplatz in Gundelfingen.

Sie selbst sind mit Begeisterung aktiv. Unter anderem unterrichten Sie als Lehrerin ehrenamtlich Flüchtlinge in Deutsch. Was ist Ihre Motivation?

Mich reizt das »Anpacken«: Es geht darum, Brücken zu bauen zwischen Menschen verschiedener Kulturen, konkrete Hilfe anzubieten und den direkten Kontakt zwischen Gundelfinger Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltung und den Flüchtlingen herzustellen. Die Flüchtlinge sind froh über Menschen, die auf sie zugehen und ihnen im Alltag begegnen. Die Bürger in Gundelfingen sind froh, wenn das Miteinander mit den neuen Bewohnern gelingt. Ich glaube, dass ich meine sozialen Kompetenzen hier gut einbringen kann. Das tut auch persönlich gut!

■ Antonella Serio, Referentin im Referat Migration und Integration des Deutschen Caritasverbandes e.V. und Mitglied im ÖVA.

■ Kontakt:
Flüchtlingshelferkreis Gundelfingen
fhk@buergertreff-gundelfingen.de

Aus: MIGrations-MAGazin 2/2015, Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration (Hrsg.)

GEKOMMEN UM ZU BLEIBEN

Spanische Azubis in Hannover

Iris Ehlert

»Deutsch ist schwer, aber nicht unmöglich zu lernen!« Das ist das Fazit von Miguel Ángel Torrubia Moya nach zwei Jahren Deutschland als Teilnehmer im Projekt »Adelante!«. Das Projekt wurde im Jahr 2013 von der IHK Hannover in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband Hannover e.V. initiiert. Ziel ist es, für die immer häufiger unbesetzt bleibenden Ausbildungsplätze von Firmen der Region Hannover geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden, aber gleichzeitig auch der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, die je nach Region bis zu 50 % beträgt, entgegenzuwirken.

Der aus Sevilla stammende Miguel Torrubia kam im Frühjahr 2013 ohne Vorkenntnisse der deutschen Sprache nach Hannover, um zunächst ein Praktikum und im Anschluss eine Ausbildung zum Elektroniker für Betriebstechnik zu absolvieren. Er ist einer von zehn Jugendlichen des ersten Durchganges des Projekts »Adelante!«. Mittlerweile ist er 26 Jahre alt und der erste Projektteilnehmer, der seine Ausbildung erfolgreich beendet und seinen Arbeitsvertrag als Fachkraft in einem Elektronikfachbetrieb hat. »Der Praxisanteil bei der Ausbildung in Deutschland ist wesentlich höher! Daher habe ich hier in Deutschland sehr viel Neues gelernt.« Besonders die Anfangszeit in Deutschland war aufgrund der Sprachprobleme schwierig. »In meiner Firma haben alle meine Kollegen immer sehr viel Geduld mit mir gehabt und mich unterstützt« sagt Miguel Torrubia.

© Caritasverband Hannover e.V.

Das Foto wurde im von der Caritas organisierten Deutschkurs im vergangenen Jahr aufgenommen und zeigt die jungen Leute aus Spanien zusammen mit ihren Lehrkräften.

Die Unterstützung der Betriebe ist ein wichtiger Faktor für den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung. Fühlen sich die Jugendlichen gut aufgehoben und angenommen, besonders auch zu Beginn, wenn die Sprachprobleme noch am größten sind, dann ist der erste Grundstein gelegt. Ein weiterer, noch entscheidenderer Faktor ist jedoch der Besuch der Berufsschule. Hier kommen die jungen Menschen aufgrund der Sprache am schnellsten an ihre Grenzen und hier entscheidet sich maßgeblich, wer die Ausbildung durchhält. Der Caritasverband Hannover wirkt diesem sprachlichen Problem entgegen, indem er einen Deutschkurs während der gesamten Ausbildungszeit anbietet. Bei Bedarf organisiert die Caritas außerdem zusätzliche Nachhilfe, durch Ehrenamtliche. Neben dem Deutschkurs ist die sozialpädagogische Betreuung für den gesamten Zeitraum des Praktikums und der Ausbildung, die durch das Caritasprojekt angeboten wird, wichtig. Die Betreuerinnen und Betreuer sind Bezugspersonen für die jungen Menschen, die in Spanien durch die Caritas akquiriert wurden und die oftmals das erste Mal von zu Hause weg sind. Die spanischsprechenden Betreuungskräfte helfen bei der Lösung von Konflikten im privaten oder beruflichen Bereich und sind gleichzeitig auch Ansprechpartner für Firmen und Berufsschulen. Die Organisation von Freizeitaktivitäten gehört ebenso zu ihren Aufgaben wie die Unterstützung und Begleitung bei Ämtergängen und Arztbesuchen. Ein weiterer wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit ist die Unterstützung bei der Abwicklung der Formalitäten des Förderprogramms Mobi-Pro-EU der Bundesregierung, über das das Projekt »Adelante!« gefördert wird. Vor Beginn des Praktikums wird die Unterkunftssuche für die Jugendlichen von der Caritas übernommen. In der Regel erfolgt die Unterbringung in deutschen Familien, so dass die jungen Menschen schnell Anschluss finden, die Sprache sprechen können und den Alltag und die Kultur in Deutschland kennen lernen. Das Engagement und die Willkommenskultur, die in den Familien gelebt werden, sind eine große Unterstützung. So ist es für die Familien beispielsweise selbstverständlich, »ihren« Jugendlichen vom Flughafen abzuholen und beim Eingewöhnen in die neue Umgebung behilflich zu sein und ihn zu unterstützen.

Zufrieden mit ihrer Unterkunft ist auch Cristina Puertas Aldecoa. Die 23-Jährige ist eine der insgesamt 19 Teilnehmenden. Sie ist beim mittlerweile dritten Durchgang des Projektes im Juli 2015 nach Hannover gekommen. Cristina lebt in einer 3-er WG, die ein Zimmer zur Verfügung stellt. Die gebürtige Madrilenin absolviert ihr Praktikum bei einem großen Triebwerkshersteller der Luftfahrtbranche und ist sich bereits nach drei Wochen Praktikum schon sicher, dass sie ihre Ausbildung zur Fluggerätmechanikerin im Herbst beginnen möchte. Ihre Familie, ihre Freunde und ihre Heimat hinter sich zu lassen und in ein fremdes Land mit einer schwierigen Sprache auszuwandern, war ein großer Schritt für sie. »Deutsch ist sehr schwer, aber die Sprache gefällt mir trotzdem« stellt Cristina fest, die bereits in Spanien 500 Unterrichtseinheiten in einem Deutschkurs absolviert hat, den die Caritas mit Kooperationspartnern vor Ort organisiert. »Der Kurs war hart, aber eine gute Vorbereitung, bei der wir auch viel über die deutsche Kultur gelernt haben« meint Cristina. Nach zwei Wochen Praktikum ist sie sich schon sicher, dass sie dauerhaft in Deutschland leben möchte. Diese positive Grundeinstellung hat wohl auch ihren Betrieb, wo sie das Praktikum macht, überzeugt, der bereits die Erstellung des Ausbildungsvertrages für Herbst in Auftrag gegeben hat. Cristina ist gekommen, um zu bleiben.

■ Iris Ehlert ist Projektkoordinatorin des Projekts »Adelante!« im Caritasverband Hannover e.V.

■ Kontakt:
fsanchez-manzanares@caritas-hannover.de

Leicht gekürzte Fassung eines Beitrages aus: neue caritas, Migration und Integration-Info 4, Oktober 2015, Deutscher Caritasverband e.V. (Hrsg.)

TAG DER OFFENEN MOSCHEE

Der Tag der offenen Moschee findet bundesweit jedes Jahr am 3. Oktober statt.

Die Broschüre zum Download und weitere Infos unter:

www.tagderoffenenmoschee.de

SMARTPHONE-RALLYE

Angekommen, aber heimatlos?! – Eine Veranstaltung der politischen Jugendbildung der Evangelischen Akademie der Nordkirche

Claudia Carla

Digitale Medien sind in der Welt der Jugendlichen selbstverständlich. So entstand die Idee, das aktiv zu nutzen und mit politischen Bildungsinhalten zu verknüpfen. Wir wollten Jugendliche begeistern, sich mit der aktuellen Flüchtlingssituation in Deutschland und speziell in ihrer Region auseinanderzusetzen. Technisch ließ sich das mit »Actionbound« umsetzen: Am Computer wird eine Schnitzeljagd erstellt und anschließend mit der kostenlosen App mit dem Smartphone oder Tablet gespielt. Besonders wichtig war dabei das Zusammenwirken verschiedener Kooperationspartner*innen in dem Vorhaben. So konnten wir dafür das DRK, den Jugendmigrationsdienst, das Jugendsozialwerk und zwei Schulen gewinnen.

Zunächst führten wir ein Projekt mit Jugendlichen durch, in dem es darum ging, die Situation von Migrant*innen in der Kleinstadt Bad Doberan kennenzulernen. Besonderen Reiz bot das Projekt durch die Einbindung der digita-len Mediennutzung. Die teilnehmenden Jugendlichen setzten sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen. Einige deutsche Jugendliche, andere aus Flüchtlingsunterkünften und Jugendliche mit Migrationshintergrund nahmen teil. Die meisten kannten sich schon einige Jahre, hatten aber noch nie miteinander darüber gesprochen, wie unterschiedlich ihre Lebenssituationen sind und was das für sie bedeutet.

Sie suchten verschiedene Orte auf, die für Migrant*innen wichtig sind: die Gemeinschaftsunterkunft, Kindertagesstätte, Beratungsstellen und Kultureinrichtungen. Auf diese Weise erfuhren sie in den dortigen Gesprächen viel Neues über die Lebenssituation von Migrant*innen, speziell von Asylsuchenden: Welche Unterstützung bekommen Asylbewerber*innen? Wo und wie wohnen sie? Was ist, wenn sie krank werden? Wo können sie die deutsche Sprache lernen? Und vieles mehr. So wurde es auf der einen Seite

möglich, die Vorbehalte und Vorurteile der Jugendlichen herauszuarbeiten und zu hinterfragen. Andererseits konnten die Jugendlichen eine neue Perspektive einnehmen, nämlich die der Migrant*innen. Das neue Wissen haben die jungen Menschen genutzt, um damit eine digitale Schnitzeljagd durch Bad Doberan zu erstellen. Die technische Umsetzung und das Arbeiten in der Plattform mit Actionbound hat den jungen Leuten viel Spaß gemacht. Die Rallye ermöglichte es, die Perspektive von Flüchtlingen, die hier neu ankommen oder sich bereits seit Jahren im Asylverfahren befinden, einzunehmen. All das mündete in eine Veranstaltung innerhalb der Interkulturellen Woche im Landkreis Rostock, in der die Jugendlichen gemeinsam mit Erwachsenen (Mitarbeiter*innen aus den vorab besuchten Einrichtungen, Stadtpolitiker*innen, Lehrer*innen) in Gruppen die fertige Rallye spielen konnten. Ein Jahr später spielten wir mit Jugendlichen eine modifizierte und vor allem aktualisierte Rallye erneut in der Interkulturellen Woche. Die Route musste neu erstellt werden – das machte die sich täglich verändernde Flüchtlingssituation notwendig.

Die Stationen, die die Jugendlichen aufsuchten, waren Ämter wie das Ausländeramt, das Gesundheitsamt, das Rathaus, die Touristeninformation, Hilfsorganisationen, Kultureinrichtungen mit Angeboten für Migrant*innen.

Die Rallye bietet Informationen zur aktuellen Flüchtlingspolitik, ist Quiz und Meinungsumfrage zugleich und will Möglichkeiten des Engagements für Zugewanderte aufzeigen. Sie bietet ein intensives Gruppenerlebnis, da gemeinsam nach dem Weg und der richtigen oder auch mal kreativen Antwort gesucht wird, und zudem Meinungsäußerungen von allen wichtig sind. Dabei entstehen zum Beispiel auch Fotos und kleine Videos in denen die Jugendlichen ihre Antworten präsentieren.

Eine gemeinsame Auswertung der Outdoor-Aktionsrallye war im Anschluss sehr wichtig und fand in einem geschützten Rahmen statt.

Natürlich ist der spielerische Charakter einer solchen Rallye nicht zu unterschätzen. Der macht nämlich Lust, sich mit so einem schweren Thema wie der Flüchtlingspolitik zu beschäftigen.

Kontakt: Claudia Carla
Studienleiterin für Jugendbildung
Evangelische Akademie der Nordkirche
Claudia.Carla@akademie.nordkirche.de
www.akademie-nordkirche.de

WAS UNS MUT MACHT: DEUTSCHLAND IN ZEHN JAHREN – CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Im Rahmen der bundesweiten Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2016 am 19. und 20. Februar in Magdeburg fand unter der Überschrift: »Was uns Mut macht: Deutschland in zehn Jahren – Chancen und Herausforderungen« ein »World Café« statt. Wir dokumentieren eine Auswahl der dort diskutierten Themen und bedanken uns bei allen Beteiligten für die Impulse und die engagierten Diskussionen.

RASSISMUS

Wir beobachten in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern einen drastischen Anstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen. Rassistische Äußerungen von Politiker*innen, bei Kundgebungen und in den Medien nehmen zu. Das ist erschreckend. Rassismus in Form von Äußerungen, Ausgrenzungen und Übergriffen richtet sich vor allem gegen geflüchtete Menschen, seit den Ereignissen der Silvesternacht in Köln nun vor allem unverblümt gegen Männer aus Nordafrika und der arabischen Welt. Die Zurückweisung und Verurteilung sexualisierter Übergriffe steht außer Frage. Derzeit beobachten wir aber eine Instrumentalisierung dieser Übergriffe für rassistische Zwecke und Argumentationsweisen. Hier muss man sensibel differenzieren und achtsam sein.

Im Vergleich zu den rassistischen Stimmungen in den 90er Jahren gibt es heute bei politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen ein differenzierteres Wissen über Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, auch über die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Diskriminierungsformen, darin liegt eine Chance. Gleichzeitig sind die derzeit virulenten rassistischen Stimmungen erschreckend und bedeuten eine große Herausforderung für eine offene und inklusive Einwanderungsgesellschaft.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Unabhängig von ihrer tatsächlichen Religionszugehörigkeit werden Menschen seit Jahren entlang ethnischer Kriterien als »Muslime« markiert. Gleichzeitig sind Muslime, die sich z.B. durch das Tragen religiöser Kleidung als solche zu erkennen geben, Anfeindungen und offener Diskriminierung ausgesetzt. Die fehlende Anerkennung von Muslimen als fester Bestandteil der Gesellschaft manifestiert sich institutionell in der mangelnden Einbindung muslimischer Interessensorganisationen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen.

Ironischerweise bietet nun die vermehrte Zuwanderung von Menschen aus muslimisch geprägten Ländern die Chance, bisher ausgebliebene Anerkennung zu erfahren. Zunehmend geraten muslimische Organisationen als kompetente Ansprechpartner*innen für Staat und Politik in den Fokus, wenn es um die Ansprache neu zugezogener Muslime geht.

FLÜCHTLINGSRECHT

Rund 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht und suchen Schutz, ein Teil davon auch in Deutschland und Europa. Viele Bürgerinnen und Bürger zeigen eine überwältigende Hilfsbereitschaft. Deutschlandweit werden Runde Tische gegründet, um die Aufnahme von Flüchtlingen gemeinsam zu organisieren.

Die Schattenseite: Im Eilverfahren werden mit dem Asylpaket I und II Gesetze auf den Weg gebracht, die mit einer Politik von Härte und Unverhältnismäßigkeit auf Menschen reagiert, die bei uns Schutz suchen. Die neuen beschleunigten Verfahren gefährden massiv die Menschenrechte von Flüchtlingen. Politikerinnen und Politiker bedienen oft einen gefährlichen Populismus, und stehen in der Gefahr, zu »geistigen Brandstifterinnen und Brandstiftern« zu werden. Es ist auch deutsche Realität, dass fast täglich in Deutschland Unterkünfte angezündet werden. Auch gibt es vermehrt Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterstützer und Unterstützerinnen.

Die Chance, die in den aktuellen Diskussionen und Überlegungen und in der Notwendigkeit, bestehende Integrationsstrukturen zu verändern und neue entstehen zu lassen liegt, besteht darin, dass es zu einer Überwindung von partikularen Integrationskonzepten für Migranten*innen oder Flüchtlinge kommen könnte.

In zehn Jahren könnten wir uns einem Modell angenähert haben, in dem nicht Integrationskonzepte, sondern Konzepte für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte für alle in einer Kommune lebenden Menschen im Mittelpunkt stehen. Das würde zu einer offenen und gleichberechtigten Stadtgesellschaft beitragen.

Die Herausforderung besteht darin, die Antworten auf partikulare Bedürfnisse und die Rechte von Asylsuchenden in die Regelstrukturen zu integrieren. Für die Verwaltung bedeutet das eine Neuorientierung der Einrichtungen, Angebote, Dienstleistungen, der Wohnungsplanung, Beratungsstrukturen, nicht zuletzt des Personals. Die Herausforderung für die Zivilgesellschaft wird sein, mit Pluralität und Offenheit solidarisch umgehen zu lernen.

INTEGRATIONSKONZEPTE FÜR FLÜCHTLINGE IN KOMMUNEN

KIRCHENGEMEINDEN

Kirchengemeinden sind mit ihren Räumlichkeiten, Strukturen und vor allem mit den vielen freiwilligen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern eine zentrale Größe bei der Aufnahme und Begleitung von Flüchtlingen und werden das auch weiterhin bleiben. Dabei zeigt sich, dass sehr viele der ehrenamtlich Engagierten eher aus dem weiteren Umfeld der Kirchengemeinden kommen als aus dem Kernbereich der sonntäglichen Gottesdienstbesucher. Im Engagement für Flüchtlinge wird gelernt, was kirchliches Leben heute sein kann und dass karitatives und diakonales Handeln nicht (nur) eine Aufgabe der Spezialisten in Caritasverband oder Diakonischem Werk, sondern selbstverständlicher Bestandteil des Handelns aller Gemeindemitglieder ist. Flüchtlinge sind so auch ein Geschenk an die Christen und ihre Kirchengemeinden, Neues über ihren Glauben zu lernen und zu verwirklichen.

Gleichzeitig ist auch ein Riss in den Gemeinden nicht zu leugnen; Menschen mit Ängsten vor zu viel Neuem und vor zu schneller Veränderung sind auch anzutreffen. Ihnen ist mit Respekt zu begegnen, ohne aber die nötige Klarheit vermissen zu lassen, was Nächstenliebe und Solidarität für eine christliche Gemeinde heute bedeuten.

Eine besondere Kompetenz, die über kirchliche Strukturen eingebracht werden kann und wird, ist die professionelle Begleitung der Ehrenamtlichen, nicht zuletzt zu ihrem eigenen Schutz vor Selbstüberforderung und Frustration.

Bildung ist der Treibstoff moderner Gesellschaften. Sie ermöglicht jungen Menschen Qualifikation, Selbstverwirklichung und Partizipation. Gleichzeitig ermöglicht Bildung den Blick für Vielfalt und befähigt junge Menschen dazu, Widersprüche moderner Gesellschaften zu erkennen und Ungleichbehandlungen kritisch zu hinterfragen. Bildung schafft Raum für Dialog und bietet die Chance, Interessenskonflikte auf konstruktive Art zu lösen.

Bildung benötigt einen geschützten Raum. Die größte Herausforderung im Zusammenhang mit Bildung liegt in der Modernisierung der Bildungsinstitutionen und -strukturen unter dem Stichwort der Inklusion. Im Zusammenhang mit verstärkter Zuwanderung bedarf Bildung eines geschützten Raumes. Dieser geschützte Raum muss die Teilhabe junger Menschen an Bildung durch Inklusion ermöglichen. Gleichzeitig eröffnet Inklusion die Perspektive, Bildungsstrukturen interkulturell auszurichten und damit die Chancengleichheit für alle Beteiligten zu erhöhen.

Die Diskussion am Tisch drehte sich um die Fragen: Wie kann man junge Menschen an diesen Prozessen beteiligen? Was benötigen wir für eine nachhaltige Veränderung inklusiver Bildungseinrichtungen? Welche Herausforderungen stellen sich aus Sicht der nachhaltigen Personal- und Organisationsentwicklung?

SCHUTZ UND BILDUNG FÜR JUGEND IN VIELFALT

FEHLER VON INTEGRATION IM LETZTEN JAHRHUNDERT UND WAS WIR DARAUS LERNEN KÖNNEN

»Wir haben Arbeitskräfte gerufen, und es sind Menschen gekommen.«
Max Frisch

Immigration war und ist kein modernes Phänomen. Spätestens Anfang des 19. Jahrhunderts war die Auswanderung aus Europa, insbesondere nach Amerika, Kanada oder nach Australien ein gesellschaftspolitisches Thema, das das Schicksal vieler Menschen direkt beeinflusst hat. Auch die Binnenmigration in Europa war gang und gäbe. Wegen des Fachkräftemangels wurden ab 1955 mit diversen Ländern Anwerbeabkommen unterzeichnet, unter anderem mit Italien, Griechenland, Spanien, Türkei, Portugal, Marokko, Tunesien oder Jugoslawien. Die Anwerbung von Arbeitskräften war geleitet von der Idee, Menschen für einige Jahre für den wirtschaftlichen Aufschwung ins Land zu holen.

Zuwanderung wurde als ein zeitlich begrenztes Phänomen betrachtet. Begriffe wie »Rotationsprinzip« standen hoch im Kurs. In den Anwerbevereinbarungen war alles detailliert geregelt: Anwerbung, berufliche Bildung, ärztliche Untersuchung, Aushändigung des Arbeitsvertrages und Verschickung nach Deutschland, wo der Arbeitgeber in der Regel für Unterbringung in Firmenwohnheimen sorgte. Gesellschaftliche Integration war nicht vorgesehen. Die Folgen dieser damaligen Politik sind heute noch bei der »Gastarbeiter-Generation« zu spüren.

Ein Paradigmenwechsel fand erst mit dem Bericht der Süßmuth-Kommission im Jahr 2000 statt. Danach wurde das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert. Seit 2005 erst wurde der Anspruch auf Integrationskurse/Sprachkurse mit dem neuen Zuwanderungsrecht verankert.

Zuwanderung/Migration ist kein »zeitlich begrenztes Phänomen«, sondern eine Konstante in der Geschichte und bedarf einer langfristigen und strategischen Politik, die das Ziel hat, eine umfassende Integration der Menschen, die hier leben, zu ermöglichen. Zur Strategie gehören, wie in jedem Feld der Politik, Konzepte, Visionen und konkrete Maßnahmen. Natürlich auch Strukturen und finanzielle Ressourcen. Das in die Integration investierte Geld ist gut angelegtes Geld und trägt zu einer positiven Entwicklung der Gesellschaft bei.

INTERRELIGIÖSE DIALOGE

Interreligiöse und interkulturelle Dialoge sind das Gebot der Stunde. In einer zunehmend polarisierten Gesellschaft eröffnen sie den Blick für andere, helfen Gemeinsamkeiten zu entdecken und Unterschiede zu würdigen. Die große Chance der interreligiösen Dialoge liegt darin, den Blick und das Zeugnis des religiös Andersdenkenden wahrzunehmen, mit- und nicht übereinander zu sprechen und einen Blickwechsel zu lernen: Weißt du, wer ich bin? So bietet der Dialog die Chance, nicht nur über den Anderen, sondern auch über sich selbst etwas Neues zu erfahren.

Interreligiöse Dialoge finden nicht im luftleeren Raum statt, sie müssen in den jeweiligen Kontexten verortet werden. Eine große Aufgabe besteht darin, interreligiöse Begegnungen über den »akademischen Bereich« hinaus als »Dialog des Lebens und des Handelns« zu gestalten.

Interreligiöse Dialoge benötigen neben gutem Willen auch Kompetenzen in Haltung, Wissen und Handlung. Andere Herausforderungen sind praktischer Art: Wo und wie beginnen? Mit wem? Wie den Weg eines Dialogs gestalten? Wie mit Ein- und Widerspruch umgehen?

THEATER: FREMD MUSLIM NIEMAND SEIN
EIN KRIMI ÜBER KOLONIALISMUS, ISLAM UND EUROPÄISCHE ARROGANZ

Ein Jugendlicher ist verschwunden und zwei Polizisten begeben sich auf die Suche nach ihm. Doch was hat es mit Jamal auf sich? Denn seine Name Jamal al-Din al-Afghani ist erfunden. Und dann erfahren die Polizisten auch noch, dass sich Jamal gut mit dem Koran auskennt, Suren zitieren kann und gerne über den Islam spricht. Ist Jamal also ein Terrorist?

Allerdings muss sich der Kommissar bald eingestehen, dass Jamal nicht in die üblichen Schubladen passt. Die Salafisten sind offensichtlich schlecht auf ihn zu sprechen und außerdem hat sich Jamal ausführlich mit der Kolonialgeschichte Asiens beschäftigt. Dadurch gerät der Kommissar immer tiefer in die Hintergründe der europäischen Intoleranz gegenüber dem Islam hinein ...

»fremd muslim niemand sein« ist ein spannender Krimi, in dem sich der Islam von einer für europäische Augen »neuen« Seite zeigt, quasi seine freiheitlichen Wurzeln und seinen Sinn für Gleichberechtigung und Menschenrechte offenbart. Gleichzeitig entblößt das Stück die westliche Version von Zivilisation und Demokratie als Masken, hinter denen sich Ausbeutung und Arroganz verbergen.

Theater odos bringt Jugendlichen und Erwachsenen wichtige Themen nahe, die meist in der Öffentlichkeit unbeachtet bleiben. Theater odos geht auf Reisen und spielt an jedem Ort. Die entsprechende technische Ausstattung wird mitgebracht. Theater odos kann für die Interkulturelle Woche gebucht werden.

■ Infos und Kontakt:
Heiko Ostendorf
kontakt@theater-odos.de
oder: 0178 / 799 78 50
www.theater-odos.de

BROSCHÜRE: FAIRPLAY STATT HASS
WAS WIR GEGEN MENSCHENVERACHTUNG UND RECHTSEXTREME IDEOLOGIEN IM FUßBALL MACHEN KÖNNEN

Seit mehr als 25 Jahren engagieren sich Fans, Vereine und Fußballverbände gegen Menschenverachtung und Rechtsextremismus im Fußball. In der Folge hat sich das Klima in den Stadien deutlich gebessert, aber noch sind nicht alle Formen des Hasses aus den Fußballarenen verschwunden. In dieser Broschüre soll gezeigt werden, wo die Ursachen von Menschenverachtung im Fußball liegen, welche gefährliche Rolle rechte Hooligans und organisierte Nazis weiterhin spielen und was auf den verschiedenen Ebenen dagegen getan werden kann. In den Artikeln werden nachahmenswerte Beispiele der Good Practice vorgestellt, die wie die Kampagne »Fußballfans gegen Homophobie« sogar schon weltweit adaptiert wurden oder wie die Initiative »Augsburg Calling« eine neue Spielart der Fankultur etablieren könnten. Auf der Homepage der Amadeu Antonio Stiftung steht die Broschüre zum Download bereit. Eine Printversion kann dort bestellt werden.

■ Kontakt: Amadeu Antonio Stiftung
Telefon 030 / 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

FILM: NEULAND

Sie sind weit gereist – per Flugzeug, Zug, Bus oder Boot. Jetzt finden sie sich in der Integrationsklasse von Lehrer Christian Zingg in Basel wieder, wo Jugendliche aus aller Welt innerhalb von zwei Jahren Sprache und Kultur der Schweiz kennenlernen. Unter ihnen der 19-jährige Ehsanullah aus Afghanistan, der das Meer in einem Schlauchboot und die Berge zu Fuß überquert hat. Oder die albanischen Geschwister Nazlije und Ismail, die ihre Mutter verloren haben und Serbien verlassen mussten.

Wie die drei hoffen alle in Christian Zinggs Klasse, in der Schweiz ihre Träume leben zu können. Der Lehrer macht sich und ihnen keine Illusionen darüber, dass es schwierig ist, in einem fremden Land einen beruflichen Einstieg zu finden. Gleichwohl wird Herr Zingg nicht müde, den Glauben seiner Schülerinnen und Schüler an sich selbst und an eine bessere Zukunft zu stärken.

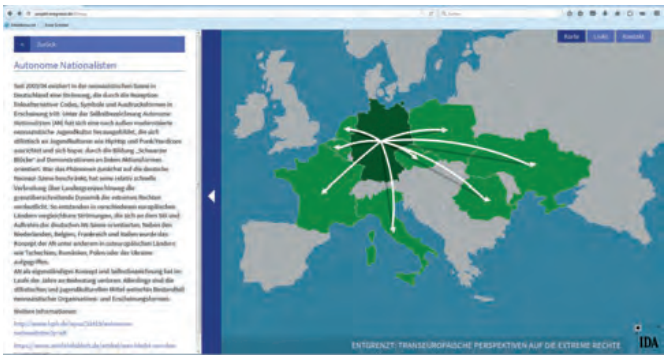
Anna Thommens Dokumentarfilm verwebt verschiedene, einfühlsam beobachtete Geschichten. NEULAND ist engagiert, bringt einem die porträtierten Menschen nahe, entkräftet Vorurteile – ein fesselnder, sensibler und eindringlicher Film.

■ Weitere Infos: www.neuland-film.ch

■ Kontakt: info@riseandshine-berlin.de

ONLINE-KARTE: ENTGRENZT
TRANSEUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN AUF DIE EXTREME RECHTE

Rechtsextremismus stellt ein gesamteuropäisches Phänomen und Problem dar. In nahezu allen europäischen Staaten existieren extrem rechte Strukturen, Organisationen und Strömungen, die von rechtspopulistischen Parteien bis hin zu militant auftretenden neofaschistischen und neonazistischen Gruppen und Bewegungen reichen. Die extreme Rechte vernetzt sich und kooperiert grenzüberschreitend. Dabei werden Themen, Strategien und Aktionsformen aufgegriffen, diskutiert und in den länderspezifischen Kontext übertragen. Die Zusammenarbeit der extremen Rechten in Europa findet nicht nur über parteienförmige Bündnisse statt, wie sie beispielsweise im Europaparlament zu finden sind, sondern insbesondere im sub- und jugendkulturellen Bereich wie dem internationalen RechtsRock, ist ihre europäische Dimension von zentraler Bedeutung.



IDA e.V. stellt eine Online-Karte bereit, die die grenzüberschreitenden Aktivitäten und Phänomene der extremen Rechten in Europa darstellt. Die Karte lässt sich gut in der Bildungsarbeit zum Thema »Rechtsextremismus« einsetzen. Im Fokus steht die Bedeutung grenzüberschreitender Kooperationen für die extreme Rechte in Deutschland. Sie beinhaltet aber auch Beispiele ohne deutsche Beteiligung. Die Informationen beziehen sich exemplarisch auf Strukturen, Veranstaltungen und Treffen der letzten 10 Jahre. Die Karte wird weiter ergänzt.

■ Die Karte im Netz:
www.projekt-entgrenzt.de/d3map

FILM: MEDITERRANEA

Ayiva hat sein Zuhause in Burkina Faso zurückgelassen und macht sich gemeinsam mit seinem besten Freund Abas auf nach Europa, um seine Tochter finanziell versorgen zu können. Die gefährliche Überfahrt mit einem Schmugglerboot überleben die beiden nur knapp.

© DCM

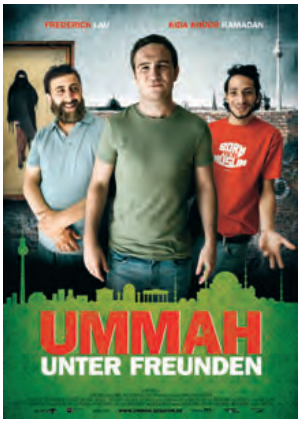
Angekommen in Italien stoßen die beiden auf ein feindseliges Klima, das die Eingewöhnung an ihr neues Leben schwierig macht. Auf einer Plantage finden sie schließlich Arbeit und neue Freunde, doch als es zu gewaltsamen Übergriffen gegen Einwanderer kommt, steht für Ayiva und Abas alles auf dem Spiel.

Die Geschichte des Films basiert auf den Übergriffen der Bewohner der italienischen Kleinstadt Rosarno gegen Flüchtlinge im Jahr 2010. Damals war es zu Straßenschlachten mit mehr als 60 Verletzten gekommen. Tausende Migrantinnen und Migranten mussten evakuiert werden. Die Figuren im Film des italienischen Regisseurs Jonas Carpignano werden von Flüchtlingen und Immigranten verkörpert, die selbst von den Unruhen betroffen waren und ihre eigenen Erfahrungen mit Flucht, Vertreibung und Fremdenfeindlichkeit in den Dreh einfließen ließen.

■ Weitere Informationen:
www.dcmworld.com/portfolio/mediterranea

■ Kontakt: monique.marczak@dcmteam.com

FILM: UMMAH – UNTER FREUNDEN



Daniel, gespielt von Frederick Lau, arbeitet als verdeckter Ermittler für den Verfassungsschutz. Nach einem missglückten Einsatz gegen Rechtsterroristen muss er untertauchen. Er wird in einer heruntergekommen Wohnung in der türkisch-arabischen Community Berlins untergebracht. Als Daniel beschließt, sich einen Fernseher zu kaufen, trifft er auf Abbas, der von Kida Khodr Ramadan gespielt wird und dessen Kumpel Jamal (Burak Yigit), die neben Elektrogeräten auch – selbstverständlich professionelle – Reparaturdienste anbieten. Und nach ein paar kleineren Missverständnissen und größeren Vorurteilen entwickelt sich eine wunderbare Freundschaft zwischen den Männern. Doch die Schatten von Daniels Vergangenheit holen ihn und seine neuen Freunde ein.

Wir empfehlen, den Film im Rahmen einer Veranstaltung vorzuführen, die im Anschluss an die Filmvorführung die Möglichkeit zu einer moderierten Diskussion gibt. Der Film ist nach FSK ab 12 Jahren freigegeben. Jugendliche sollten aber Vorkenntnisse zur Funktion des Verfassungsschutzes haben.

■ Weitere Infos und Kontakt:
www.wildbunch-germany.de/screening

■ Wenn Sie planen, einen der hier vorgestellten Filme im Rahmen der Interkulturellen Woche öffentlich vorzuführen, nehmen Sie bitte vorab Kontakt mit der jeweiligen Verleihfirma auf. Die Kontaktdaten finden Sie am Ende der Filmbesprechungen.

ONLINE-SPENDEN-AKTION: HASS HILFT

Das Internet wird derzeit mit rassistischen und fremdenfeindlichen Kommentaren geflutet. Die Initiative »Rechts gegen Rechts« hat etwas dagegen. Eine ganz einfache Idee. Sie präsentiert: HASS HILFT – die erste unfreiwillige Online-Spenden-Aktion.

Die Idee dahinter: Jeder menschenverachtende Kommentar, der der Aktion gemeldet wird, wird von dieser zu einer 1 EURO SPENDE umgewandelt. Diese Spende geht an Flüchtlingsprojekte der »Aktion Deutschland Hilft« und an »EXIT-Deutschland«, einer Initiative gegen Rechts.

Und so geht's:

1. Jemand postet einen Hass-Kommentar auf Facebook.
2. Einer der Partner von HASS HILFT antwortet mit einem bereitgestellten »HASS HILFT«-Post.
3. Dadurch wird dieser Hass-Kommentar gezählt und unfreiwillig zur 1 EURO SPENDE.

So spenden alle Hasser*innen und Hetzer*innen praktisch gegen sich selbst. Zwickmühle, nennt der Fachmensch sowas. Die Geldmittel, mit denen auf diese Weise Hass-Kommentare zu unfreiwilligen Spenden gemacht werden, stammen von Partnern und Unterstützern. So kann gemeinsam ein Zeichen für Menschenwürde und ein tolerantes Deutschland gesetzt werden.

■ Die Erklärung »Was ist ein Hasskommentar?«, Banner, die zum Einbinden auf Facebook oder den eigenen Profilen bereitstehen und Informationen zu (rechtlichen) Möglichkeiten, um Hass und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen, stehen auf www.hasshilft.de

WAS · WANN · WO? Mehr Infos zur Interkulturellen Woche

Veranstaltungen

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur Interkulturellen Woche auf der Homepage

www.interkulturellewoche.de

Dadurch wird die Breite des Engagements in der Interkulturellen Woche sichtbar. Bitte senden Sie uns Ihre Veranstaltungen im Sommer per Post und per E-Mail zu.

Newsletter

Drei- bis viermal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren, Materialien und gute Beispiele vorstellen.

Gerne senden wir Ihnen den Newsletter kostenlos per E-Mail zu.

Sie können ihn in der entsprechenden Rubrik auf der Website **www.interkulturellewoche.de** abonnieren.

Good-Practice-Recherche

In der Interkulturellen Woche gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2017 vorstellen. Bitte mailen Sie uns Berichte über gute Projekte und Fotos von Veranstaltungen.

Bausteine für Gottesdienste

Vorschläge für Aktionen und Texte, die in Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche verwendet werden können bzw. die bereits erfolgreich erprobt sind, sind uns willkommen. Wir stellen diese Impulse fortlaufend auf der Homepage ein. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge – nach Möglichkeit mit Bildmotiv – per Mail an uns.

Terminhinweis

17. und 18. Februar 2017: Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2017 in Hannover.

Das Programm wird Anfang Dezember auf der Homepage www.interkulturellewoche.de abrufbar sein.

Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2016 können Sie unter www.interkulturellewoche.de bestellen. Auf dieser Website finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.

HERAUSGEBER
Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.
Tel.: 069 / 24 23 14 60, Fax: 069 / 24 23 14 71
E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Im Internet: **www.interkulturellewoche.de**

Vorstand
Vorsitzende: Gabriele Erpenbeck, Beraterin der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Hannover
Stellv. Vorsitzender: Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
Stellv. Vorsitzender: Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Leiter des Bereichs Flucht, Interkulturelle Arbeit und Migration in der Diakonie Hessen, Frankfurt/M.

Weitere Mitglieder
Erzpriester Eleftherios Argyropoulos, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde Wuppertal
Msgr. José Antonio Arzoz, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
Ahmad Aweimer, Dialog- und Kirchenbeauftragter des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Köln
Pastorin Dr. Gyburg Beschnidt, Vereinigung Evangelischer Freikirchen, Berlin
Johannes Brandstäter, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Berlin
Gabriella Costabel, Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
Dr. Karamba Diaby, MdB, Berlin
Kerstin Düsch, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin
Dr. Werner Höbsch, Referat Dialog und Verkündigung, Erzbistum Köln
OKR Thorsten Leißer, Kirchenamt der EKD, Hannover
Dr. Ulrich Raiser, Senatsverwaltung für Bildung und Wissenschaft, Berlin
Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Stefan Schohe, Nationaldirektor für Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
Antonella Serio, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Anja Treichel, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Leipzig
Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Geschäftsführung: Günter Burkhardt, Frankfurt/M.

Redaktion: Günter Burkhardt, Friederike Ekol

Titelbild: european school of design, Frankfurt/M.
Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz
Herstellung: alpha print medien AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck (bitte mit Quellenangabe), auch auszugsweise, gerne gestattet.
Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder.

Als Termin für die Interkulturelle Woche 2016 wird der 25. September – 1. Oktober 2016 empfohlen.

Freitag, den 30. September 2016 ist der Tag des Flüchtlings.